



56. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 9. März 2007

Mitteilungen der Präsidentin6209

1 Aktuelle Stunde Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen (PKS 2006)

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3902.....6209

Theo Kruse (CDU).....6209
Horst Engel (FDP)6210
Thomas Kutschaty (SPD).....6212
6216
Monika Düker (GRÜNE).....6213
6223
Minister Dr. Ingo Wolf.....6215
Werner Lohn (CDU)6217
Dr. Robert Orth (FDP)6219
Dr. Karsten Rudolph (SPD).....6220
Hendrik Wüst (CDU).....6221
Peter Biesenbach (CDU).....6224
Frank Sichau (SPD)6225

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3913

erste Lesung.....6227

Peter Biesenbach (CDU).....6227
Johannes Rimmel (GRÜNE)6228

Ergebnis.....6229

3 Handlungsoffensive der Landesregierung zum Klimaschutz konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3845

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3932.....6229

Christian Weisbrich (CDU)6229
Holger Ellerbrock (FDP)6231
Norbert Römer (SPD)6232
Reiner Priggen (GRÜNE)6235
6242
Ministerin Christa Thoben.....6236
André Stinka (SPD)6239
Marie-Luise Fasse (CDU).....6241
Dietmar Brockes (FDP)6243
Minister Eckhard Uhlenberg6244

Ergebnis.....6245

4 Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3848.....6245

Johannes Rimmel (GRÜNE)6245
Oskar Burkert (CDU)6247
Bodo Wißen (SPD)6248
Holger Ellerbrock (FDP)6249
6255
Ministerin Christa Thoben.....6250
Stefanie Wiegand (SPD)6252
Karl Kress (CDU)6253
Horst Becker (GRÜNE)6255
Minister Eckhard Uhlenberg6256

Ergebnis.....6257

5 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

erste Lesung.....6257

Ursula Meurer (SPD).....6257
Rudolf Henke (CDU)6260
Barbara Steffens (GRÜNE)6262
6269
6272
Dr. Stefan Romberg (FDP).....6263
Minister Karl-Josef Laumann.....6265
Britta Altenkamp (SPD)6267
Dr. Gerhard Papke (FDP).....6271

Ergebnis.....6272

6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/3863

zweite Lesung.....6272

Wolfgang Aßbrock (CDU).....6273
Hans-Willi Körfges (SPD)6274
Horst Becker (GRÜNE)6275
Horst Engel (FDP)6276
Minister Dr. Ingo Wolf.....6276

Ergebnis.....6277

7 Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2006

Große Anfrage 3
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1910

Antwort
der Landesregierung
Drucksachen 14/3156 und 14/3479..... 6277

Marc Jan Eumann (SPD)..... 6277
Dr. Michael Brinkmeier (CDU) 6280
Oliver Keymis (GRÜNE) 6282
Ralf Witzel (FDP) 6284
Ministerin Christa Thoben..... 6286

Ergebnis..... 6287

Nächste Sitzung 6287

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
Minister Michael Breuer
(bis 16:00 Uhr)
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
(bis 11:30 Uhr)

Monika Brunert-Jetter (CDU)
Rainer Deppe (CDU)
Marie-Theres Kastner (CDU)
Heinrich Kemper (CDU)
Franz-Josef Knieps (CDU)
Bernd Krüchel (CDU)
Manfred Palmen (CDU)
Rolf Seel (CDU)
Axel Wirtz (CDU)

Michael Groschek (SPD)
Ute Schäfer (SPD)
Gabriele Sikora (SPD)
Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 56. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **15 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

**1 Aktuelle Stunde
Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen (PKS 2006)**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3902

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben mit Schreiben vom 5. März 2007 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und gebe Herrn Kollegen Kruse von der CDU-Fraktion das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kriminalitätsentwicklung, die entsprechend vorgelegte Statistik für das abgelaufene Jahr und die damit verbundene öffentliche Vorstellung durch unseren Innenminister Dr. Ingo Wolf waren in den vergangenen Jahren und sind auch heute Anlass für Berichterstattung und Kommentierung.

CDU und FDP haben die Aktuelle Stunde zur Kriminalitätsentwicklung beantragt,

(Carina Gödecke [SPD]: Aber sie findet kein Interesse bei der FDP!)

weil wir der Auffassung sind, dass wir über die Gesamtentwicklung zu reden haben.

Natürlich freuen wir uns darüber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass sich der positive Trend der Polizeilichen Kriminalitätsstatik 2005 auch im letzten Jahr fortgesetzt hat. Die Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten in Nord-

rhein-Westfalen ging im zweiten Jahr nacheinander zurück. Sie sank in 2006 um weitere 0,8 % auf ca. 1,49 Millionen registrierte Straftaten, nachdem sie schon 2005 um 1,8 % gesunken war. Die Aufklärungsquote stieg um 0,6 % auf nahezu 50 % und hat damit immerhin den höchsten Stand der letzten sechs Jahre erreicht. Das ist eine außerordentliche positive Entwicklung. Damit ist auch das Entdeckungsrisiko für Rechtsbrecher gestiegen.

Gleichwohl – auch das sage ich in aller Deutlichkeit – ist diese erfreuliche Gesamtentwicklung kein Grund, in Euphorie und/oder Jubelstimmung zu verfallen. Dafür gibt es keinen Anlass.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich zunächst den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und allen Mitarbeitern im Polizeibereich für die geleistete Arbeit im Berichtszeitraum herzlich danken.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich spreche diesen Dank vor dem Hintergrund der beiden sportlichen Großereignisse aus – Fußballweltmeisterschaft und Hockeyweltmeisterschaft –, die im letzten Jahr stattgefunden haben und natürlich von polizeilichem Einsatz begleitet waren.

Wir alle wissen, dass sich zurzeit neben den Bediensteten in den öffentlichen Verwaltungen auch die nordrhein-westfälische Polizei in einem Umstrukturierungsprozess befindet, weil sich die neue Landesregierung das Ziel gesetzt hat, die Polizei unseres Landes effizienter auszurichten. Ja, wir sind für die Verschlinkung der Polizeiverwaltung, für den Abbau unnötiger Bürokratie, für die Optimierung der internen Organisationsstruktur, für mehr Fahnden statt Verwalten und für die Konzentration auf die Kernaufgaben.

Wir haben in den letzten knapp 20 Monaten damit begonnen, umzusetzen, was wir im Wahlkampf gesagt und in der Koalition vereinbart haben: zum Beispiel die Auflösung der Autobahnpolizeien und die Zuordnung an bestehende Kreispolizeibehörden, zum Beispiel die Abschaffung der Dezernate 25 und 26 bei den Bezirksregierungen. Alle gewonnenen Synergien sollen der gesamten Polizei des Landes zugute kommen. Kirchturm- und/oder Besitzstandsdenken dürfen hier keinen Platz haben. Es kommt in der Tat auf jede Stelle an.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind wir froh darüber, dass bei Autodiebstählen die Statistik des Jahres 2006 den besten Wert seit über 41 Jahren aufweist. Der Rückgang um 17 % markiert einen neuen Tiefstand in der statistischen Erfassung. Ebenso war die Anzahl

der Wohnungseinbrüche 2006 die geringste seit 24 Jahren.

Gleichwohl zeigen die geringen Aufklärungsquoten in diesen Bereichen die Notwendigkeit der konsequenten Bearbeitung von Tatorten, der Suche und Auswertung von Fingerabdrücken und DNA-Spuren. Hier hat die nordrhein-westfälische Kriminalpolizei ganz ohne Frage Nachholbedarf.

Hinweisen möchte ich auf die Erfolge der Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung der Intensiv- und Serientäter, denen der Kampf angesagt ist. Die Statistik von 2006 verdeutlicht, dass im vergangenen Jahr 27 Intensivtäter, denen rund 850 Straftaten zugeordnet werden konnten, hinter Schloss und Riegel gebracht wurden.

Die neue Landesregierung hat auch Graffiti den Kampf angesagt. Die Schäden an S-Bahnen, Gebäuden, Brücken, Lärmschutzwänden usw. belaufen sich nach Angaben des Städtetages auf ca. 200 Millionen € im Jahr. In Nordrhein-Westfalen wird massenhaft gesprüht. In Köln zum Beispiel gab es 2006 einen Anstieg um 22 % auf 1.983 Fälle, in Münster stieg die Zahl um 5,3 % auf 777 Straftaten.

Ich kann mich noch gut daran erinnern – dafür bitte ich fast um Nachsicht –, dass die Fraktion der Grünen in der vorletzten Wahlperiode Graffiti als Kultur und Kunst bezeichnet hat. Wir setzen im Kampf gegen illegale Graffiti allerdings auch auf die Wachsamkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Ordnungspartnerschaft in den Kommunen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit außerordentlicher Sorge erfüllt uns alle – da bin ich ganz sicher – die stetige Zunahme der Gewaltkriminalität, der gefährlichen und schweren Körperverletzung. Sie zeigt den weiter abnehmenden Respekt vor der körperlichen Unversehrtheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Dass bei Raubdelikten und Körperverletzung Jugendliche überpräsentiert sind, ist seit Langem mehr als besorgniserregend. Einer meiner Kollegen wird hierzu gleich noch näher ausführen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht innerhalb von knapp zwei Jahren und voraussichtlich auch nicht in einer Periode die Fehlentwicklungen der vergangenen zehn bis 15 Jahre korrigieren. Ja, wir reden nicht nur über die Altersstruktur bei der Polizei, sondern wir brauchen in den nächsten Jahren ganz ohne Frage eine Verjüngung. Wir brauchen ebenfalls eine langfristig ausgerichtete Personalentwicklung und auch Personaleinsatzkonzepte. Wir sind ebenfalls weiterhin für eine orts- und bürgernahe Polizei.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss das sagen, was ich – so habe ich es in Erinnerung – immer wieder angesprochen habe. Ich sage in aller Nachdenklichkeit: Diese neue Landesregierung wird nicht zulassen, dass die Gewährung eines hohen Maßes an innerer Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger der desolaten Haushaltslage geopfert wird.

Das ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die wir nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Wir sind bereit dazu. Für die schwarz-gelbe Landesregierung bleibt das Thema „Innere Sicherheit“ ganz oben auf der Tagesordnung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kruse. – Für die FDP spricht nun der Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als CDU und FDP vor ca. 20 Monaten die Regierungsverantwortung übernommen haben, war es um den Bereich der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen nicht so gut bestellt. Wir hatten über 1,5 Millionen Straftaten, eine schlechte Aufklärungsquote und einen riesigen Reformstau vor allen Dingen innerhalb der Polizei.

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

Die Hinterlassenschaft von Rot-Grün, festgemacht an den Zahlen der Kriminalstatistik, spricht Bände.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die kann man nicht an Zahlen festmachen!)

Der Anstieg bei den Straftaten von 2000 zu 2004 lag bei 15,3 %, absolut bei 203.792 Delikten. Dies entsprach dem jährlichen Gesamtaufkommen an Straftaten in Städten wie Bonn, Düsseldorf und Dortmund zusammen. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, stieg von 2000 zu 2004 um 14,8 %. Die Aufklärungsquote verschlechterte sich im gleichen Zeitraum um 2,44 % von 49,1 auf 47,9 %. Die Gewaltkriminalität stieg vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 um 18,7 %, bei Raub plus 21 %, bei Körperverletzung plus 42 %. Die Zahl der Opfer von Körperverletzungsdelikten stieg um über 48 %, der Diebstahl um 11 %.

An dieser Stelle erinnere ich gerne daran, dass aufgrund einer Kleinen Anfrage der FDP-Landtagsfraktion zu Beginn der 13. Legislaturperiode zum Wohnungseinbruch erschreckende Aufklärungsquoten öffentlich wurden, und das

obwohl bundesweit die Fallzahlen sanken, in NRW zum Beispiel im Jahr 2000 um 0,3 %, während das Personal in den Kriminalkommissariaten hier von 1996 bis 1999 um 983 Beamte wuchs. Letztlich wurden im Jahr 2000 in Nordrhein-Westfalen von 100 Wohnungseinbrüchen 88 nicht mehr aufgeklärt: 12 % Aufklärungsquote.

Das war für die FDP-Fraktion Anlass genug, mit einer Plenarinitiative Dampf zu machen. Mit Erfolg: Tatortaufnahme und Spurensicherung wurden verbessert. Die Aufklärungsquote stieg, brach aber bald wieder mit einer Verschlechterung um 13,5 Prozentpunkte von 28,8 % – das ist schon ein guter Wert – auf nur noch 24,9 % ein. Nur der Vollständigkeit halber: Bei Taschendiebstahl gab es in der Zeit einen Anstieg um 50 %, bei Betrug einen Anstieg um 31 % und bei Rauschgiftdelikten – einem reinen Kontrolldelikt; die Fachleute wissen, was damit gemeint ist – einen Anstieg um fast 9 %.

Insbesondere die katastrophalen Zahlen bei Raub- und Körperverletzungsdelikten, aber auch bei Delikten wie Taschendiebstahl waren besonders beunruhigend, da sie großen Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl haben. Japanischen Reisegruppen, die zum Beispiel eine Reise in die Domstadt Köln planten, wurde in Tokio als touristischer Hinweis mit auf den Weg gegeben: Passt auf, in Köln gibt es viele Taschendiebe!

Seit der Regierungsübernahme haben wir mit einer Fülle von Maßnahmen – im Koalitionsvertrag nachzulesen, aber auch deutlich darüber hinaus – wesentliche neue Akzente gesetzt. Dabei fand mein Leitgedanke „Mehr fahnden, weniger verwalten“ Eingang in konkretes Regierungshandeln, in das sogenannte Dreisäulenmodell: mit einer Polizeistrukturreform, mit weniger Polizeibehörden, der Polizeibinnenmodernisierung, die endlich Ressourcen und Ergebnisverantwortung in einer Hand zusammenführte, bekannt unter dem sogenannten Direktionsmodell als Ergebnis der beiden Pilotbehörden Köln und Aachen, und dem Wegfall überflüssiger Verwaltungsarbeit.

Mit weniger Polizeibehörden haben wir größere und leistungsfähigere Einheiten geschaffen – übrigens auch ein Weg, um die demografische Entwicklung, die alle gesellschaftlichen Gruppen, auch die Polizei, erfasst, in ihrer Wirkung hinsichtlich der Überalterung in besonders kleinen Polizeibehörden, den sogenannten Verwendungsendbehörden, aufzufangen.

Mit der Binnenmodernisierung der Polizei haben wir es geschafft, den Bezirksdienst, die Kommissariate und den Streifendienst zu verstärken. Mehr Bezirksdienstbeamte führen zu mehr Bür-

gernähe, mehr Kommissariatsbeamte führen zu besseren Aufklärungsquoten, und mehr Streifenbeamte führen zu kürzeren Einsatzreaktionszeiten.

Der Wegfall überflüssiger Verwaltungsarbeit mit der Auflösung von unzähligen Arbeits- und Projektgruppen, dem Wegfall von „MACH Web“, der Verpflichtung von Streifenbeamten, ihre ohnehin schon gespeicherten Tätigkeiten einer Dienstschicht noch einmal in eine besondere Datenbank eingeben zu müssen, was übrigens landesweit gut 400 Stellenäquivalente kostete, und die deutliche Reduzierung von Produktkennziffern von ehemals 1.605 auf 271 – minus 83 % – brachten fast 1.500 Stellenäquivalente zurück zur polizeilichen Arbeit.

Derzeit sind wir im Gesetzgebungsverfahren, die Polizeidezernate 25 und 26 aus den Bezirksregierungen herauszulösen und mit dem Effizienzgewinn erneut den operativen Dienst zu stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles trägt erste Früchte. 2006 ist der beste Beweis: Wir haben das zweite Jahr in Folge weniger Straftaten und dafür eine höhere Aufklärungsquote. Die Zahl der Straftaten insgesamt sank um 0,8 %, die Aufklärungsquote stieg erneut um 0,6 % auf 49,9 %.

Bei der Zahl der Autodiebstähle haben wir einen unglaublichen Rückgang, aber auch bei der Zahl der Wohnungseinbrüche. Das ist besonders wichtig, weil gerade Wohnungseinbrüche eine sehr sozialschädliche Kriminalitätsform sind und bei den Menschen eine unangenehme, sehr lang anhaltende negative Erinnerung hervorrufen.

Das ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur eine erste Zwischenbilanz. Wir müssen den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Gerade im Bereich der Gewaltkriminalität, die leider erneut gestiegen ist – plus 2,3 % –, werden wir und die gesamte Gesellschaft weiter stark gefordert sein.

Ich spreche Ihnen, Herr Innenminister, Ihren Mitarbeitern im Hause, aber auch den vielen Polizeibeamten in den Kommissariaten, im Bezirksdienst und im Streifendienst den Dank der FDP-Landtagsfraktion aus. Geben Sie ihn bitte weiter. – Bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Herr Kutschaty von der SPD hat nun das Wort.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Worten von Herrn Engel könnte man fast meinen, die Straftäter gucken, bevor sie Straftaten begehen, welche Landesregierung gerade regiert.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir reden hier über Statistiken. Statistiken bieten nun einmal die Möglichkeit, nahezu alles oder auch nichts aus ihnen zu lesen oder das zu lesen, was man lesen möchte, und das zu übersehen, was man übersehen möchte.

Klar ist insgesamt – das besagt zumindest die Statistik –: Die Zahl der bei der Polizei registrierten Straftaten ist im Jahre 2006 im Vergleich zu 2005 um 0,8 % zurückgegangen.

Was bedeutet diese Zahl? Was bedeutet überhaupt die Polizeiliche Kriminalstatistik? Vielleicht sollten wir uns ein bisschen grundsätzlicher darüber Gedanken machen: Welchen Inhalt hat eine Polizeiliche Kriminalstatistik überhaupt? Welchen Aussagewert hat sie? Und kann man daraus die Schlüsse ziehen, die Sie, Herr Kruse, und Sie, Herr Engel, gerade gezogen haben?

(Horst Engel [FDP]: Ja, das kann man!)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik registriert alle von der Polizei bearbeiteten Straftaten, und zwar nach dem Datum bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen. Daraus ergeben sich für uns zwei Probleme:

Erstens. Was passiert nach der Ermittlung der Straftaten? Es gibt eine ganze Reihe von Verfahren, die anschließend von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Es gibt Verfahren, die im Rahmen des Gerichtsverfahrens eingestellt werden. Es gibt Freisprüche. Insoweit ist die Polizeiliche Kriminalstatistik alleine nicht aussagekräftig genug.

(Beifall von der SPD)

Das zweite Problem bei der Polizeilichen Kriminalstatistik ist das Dunkelfeld. Wissenschaftler sagen, dass mindestens genauso viele Delikte, wie angezeigt werden, nicht angezeigt werden. Manche Wissenschaftler gehen sogar davon aus, dass die doppelte Anzahl an Delikten nicht angezeigt wird. Ein Diebstahl im Kaufhaus beispielsweise wird nur dann angezeigt, wenn er auch bemerkt wird, wenn er auffällt. Wenn man den Ladendieb gleich hat, hat man natürlich auch eine Aufklärungsquote von 100 %.

All das sind statistische Probleme. Deshalb kann ich nur dazu auffordern, mit solchen Polizeilichen Kriminalstatistiken ganz vorsichtig umzugehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie ist aber nun der Rückgang der Zahl um 0,8 % zu interpretieren? Dafür gibt es zwei Möglichkeiten.

Die erste Möglichkeit ist: In 2006 ist weniger angezeigt worden als in 2005. Auch darüber müssen wir uns Gedanken machen. Denn das Anzeigeverhalten der Bevölkerung hat natürlich Einfluss auf die entsprechenden Statistiken.

Die zweite Möglichkeit ist: Die Verfolgungsintensität der Polizei hat im Vergleich zu 2005 abgenommen. Auch das wäre natürlich ein möglicher Grund, dass die Polizei in 2006 weniger Straftaten bearbeiten konnte. Mich würde das bei dem Organisationschaos, das der Innenminister bei der Polizei anrichtet, nicht wundern:

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

sinnlose Zusammenlegung von Präsidien und zwangsweise Herauslösung der Dezernate 25 und 26. Allein 300 Leute in Ihrem Hause sind damit beschäftigt, die Organisation umzukrempeln, ohne zu fahnden. All das kann natürlich zwangsweise dazu führen, dass weniger ermittelt werden kann.

(Beifall von der SPD)

An dieser Stelle muss man der Polizei tatsächlich Dank aussprechen, dass die Aufklärungsquote trotz dieses Innenministers noch gesteigert werden konnte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bei der Auslegung der Statistik ist also Vorsicht geboten. Wir müssen gründlich herangehen.

Sie haben ein paar Zahlen genannt und als Ihren Erfolg verbucht. Der Rückgang bei den Diebstählen aus Kraftfahrzeugen betrug nicht 17 %, sondern nur 4 %. Da sollten Sie einmal genauer nachsehen. Aber glauben Sie wirklich, Herr Kruse und Herr Engel, das sei ein Verdienst der Landesregierung? Glauben Sie wirklich, dass die Landesregierung, dass Sie als CDU und FDP etwas mit dem Rückgang der Zahl der Autodiebstähle zu tun haben? Heute sind in Autos elektronische Wegfahrsperren eingebaut. Das sorgt doch dafür, dass die Zahlen zurückgehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben als Beispiel auch den Rückgang der Zahl der Wohnungseinbrüche genannt. Das war

auch nicht so viel, wie Sie gesagt haben. Sehen Sie sich das einmal genauer an. Der Rückgang betrug hier 1 %. Richtig: Da macht sich die langjährige Arbeit der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen bezahlt. Das muss man so sehen.

(Beifall von der SPD)

Aber auch das ist kein Verdienst Ihrer Regierung.

Ein weiteres Beispiel haben Sie gar nicht genannt, das zeigt, wie Statistiken beeinflusst werden können. Bei den Verstößen gegen das Asylverfahrensgesetz haben wir einen deutlichen Rückgang um 42,8 %. Darüber müssten Sie eigentlich jubeln. Wissen Sie, woher das kommt? Die Zahl der Asylbewerber ist um zwei Drittel zurückgegangen. Die können gar keine Straftaten mehr begehen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie die positiven Zahlen für sich sprechen lassen und sagen, das sei ein Verdienst von CDU und FDP, dann müssen Sie sich aber bitte auch die negativen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik zurechnen lassen. Ich nenne einige Beispiele für Auffälligkeiten im Vergleich von 2005 zu 2006. Die Zahl der Mordfälle ist um 9,3 % gestiegen, die Zahl der Totschlagsdelikte um 18 % und die der Körperverletzungen um 4,7 %. Herr Kruse und Herr Engel, dazu haben Sie nichts gesagt. Ist das auch eine Auswirkung der neuen Landesregierung?

(Beifall von der SPD)

Womit wir tatsächlich ein Problem haben und uns beschäftigen müssen, das ist die Jugendkriminalität. Aber auch an diese Zahlen müssen wir ganz sauber und differenziert herangehen. Insgesamt können wir feststellen, dass die Jugendkriminalität sogar um 1,2 % zurückgegangen ist, während die Erwachsenenkriminalität nur um 0,8 % gesunken ist. Bei Kindern im Alter bis zu 14 Jahren, die zwar nicht strafmündig sind, in der Polizeilichen Kriminalstatistik aber dennoch registriert werden, betrug der Rückgang sogar 3,9 %. Insofern sind diese Zahlen sehr differenziert zu betrachten.

Straftaten sind auch kein alleiniges Problem nichtdeutscher Straftäter. Deren Zahl ist sogar um 4,6 % zurückgegangen.

Auffällig ist – das ist unstrittig – die wohl gestiegene Gewaltbereitschaft bei jungen Menschen. Das betrifft insbesondere Körperverletzung und Raub. Dazu werden wir sicherlich noch in der zweiten Runde etwas sagen können, auch zu den wüsten Vorschlägen des Kollegen Wüst. Eines ist an dieser Stelle aber schon einmal festzuhalten: Nordrhein-Westfalen ist nicht sicherer geworden

dank FDP oder CDU. Die Polizeiliche Kriminalstatistik belegt dazu nämlich gar nichts. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kutschaty. – Nun hat Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Engel, Sie haben wieder einmal bewiesen, dass Sie die Polizeiliche Kriminalstatistik eher als Munitionslager ansehen und nicht als das, was sie wirklich ist, was sie aussagt. Sie haben sich in den letzten Jahren, als Rot-Grün regiert hat, Zahlen aus der PKS herausgesucht, um auf Rot-Grün draufzudreschen. Jetzt suchen Sie sich die positiven Zahlen heraus, um Ihr gutes Regierungshandeln zu belegen. Ich habe mich damals immer geweigert, mich an diesen Debatten zu beteiligen, weil sie schlicht und einfach sehr unseriös waren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich mache noch einmal den Versuch – wir hatten häufig Debatten dazu –, das aufzuschlüsseln. Nehmen wir einmal die Delikte aus der PKS, die wirklich etwas über die Kriminalitätsentwicklung aussagen. Das sind all die Delikte, die angezeigt werden; nur diese haben wirklich eine Aussagefähigkeit.

Natürlich ist es positiv, dass es weniger Diebstähle aus Kfz gibt, weniger Autodiebstähle, weniger Wohnungseinbrüche, weniger Fahrraddiebstähle, weniger Debitkartenbetrügereien usw. Aber warum kommt es zu diesen Rückgängen? Kollege Kutschaty hat auf einige Hintergründe hingewiesen. Diese Rückgänge beruhen darauf – das hat nichts mit Ihrer Regierung zu tun –, dass Behörden – auch schon in der letzten Legislaturperiode – bei den steigenden Zahlen von Wohnungseinbrüchen mit strukturellen Maßnahmen reagiert und zentrale Ermittlungseinheiten eingesetzt haben. Sie haben stärker in die Aufklärung und stärker in die Sicherheitsberatung investiert. Diese Investitionen machen sich jetzt bemerkbar. Das ist richtig. Ich kann dazu nur allen Behördenleitern gratulieren, aber nicht Ihnen, Herr Engel.

Jetzt komme ich auf die Delikte zu sprechen, für die diese PKS überhaupt keine Aussagefähigkeit hinsichtlich der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung hat. Das sind die Delikte, in denen wir eine Hell- und Dunkelfeldproblematik haben. Da wissen wir nicht wirklich, wie sich die Kriminalitätsentwicklung darstellt, weil das Anzeigeverhalten

der Menschen nicht konstant ist. Das betrifft insbesondere den Bereich der Gewaltkriminalität. Natürlich ist es besorgniserregend, dass wir hier eine Steigerung von 2,3 % haben.

Wir wissen auch – das wissen wir aber auch ohne die PKS –, dass Gewalt a) männlich und b) jung ist. Das ist der Typus Gewalttäter, der am häufigsten auftritt. Das ist in der Tat besorgniserregend. Aber: Die Information, die wir aus der PKS erhalten, ist die registrierte Jugendkriminalität. Sie ist keinesfalls mit der wirklichen Jugendkriminalität gleichzusetzen.

Was beeinflusst denn die Zahlen?

Erstens: das Anzeigeverhalten. Allein dadurch, dass in vielen Behörden jetzt die Möglichkeit der Online-Anzeige besteht – das steht auch in der PKS –, ändert sich das Anzeigeverhalten. Delikte, die früher nicht angezeigt wurden, werden jetzt angezeigt.

Zweitens: die Kontrolldichte der Polizei. Steigende Zahlen kann man mit guter Polizeiarbeit belegen, aber nicht mit wachsender Kriminalität – das nur unter Umständen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens: neue gesetzliche Grundlagen. Wir wissen doch, dass die Anzahl der Delikte im Gewaltbereich durch das Gewaltschutzgesetz für Frauen, die Änderungen des Polizeigesetzes mit den Wegweisungsrechten für gewalttätige Männer sprunghaft angestiegen ist, weil wir durch neue Möglichkeiten für die Frauen, durch neue Gesetze ein Dunkelfeld erhellt haben. Auch diese steigenden Zahlen zeigen eigentlich nur, dass sich etwas mit dem Hell- und Dunkelfeld verändert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Ausland geht man ganz andere Wege, um sich ein Bild von der Kriminalität zu schaffen. In England hat man Befragungen von Opfern über ihr Anzeigeverhalten und über die Situation durchgeführt. Innerhalb von zehn Jahren hat sich gerade im Gewaltdeliktbereich die Anzahl der angezeigten Delikte von 31 % auf 43 % gesteigert. Allein das veränderte Anzeigeverhalten zeigt ganz klar, dass wir mit diesen statistischen Zahlen sehr vorsichtig umgehen müssen, um daraus Politik zu machen. Das tun Sie immer wieder, Herr Engel. Das geht mir, ehrlich gesagt, langsam auf die Nerven.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Welche Hausaufgaben haben wir als Politik außerhalb der Statistik zu erledigen? Da ist die

Feststellung, dass die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft besorgniserregend ist, auf einem hohen Niveau ist und wir dagegen etwas tun müssen.

Und was macht die CDU? Herr Wüst, ich sage nur: Nomen est omen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Wüst hat ein paar ganz klasse Ideen. Was brauchen wir zur Bekämpfung der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen? Geschlossene Unterbringung, Anwendung des Erwachsenenstrafrechts, überall Videoüberwachung, Ausweisung von jugendlichen ausländischen Straftätern – das ist die Antwort der CDU. Meine Damen und Herren von der CDU, ich spreche Ihnen mit diesen platten Popolismen die Problemlösungskompetenz im Bereich der Jugendkriminalität ab.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die spreche ich Ihnen in der Tat ab; denn für all diese Maßnahmen, die ich gerade zitiert habe – das wissen Sie auch, Sie haben genug Juristen in der Fraktion –, gibt es bereits gesetzliche Grundlagen.

Jetzt müssen Sie sich doch fragen, warum die nicht genutzt werden, Herr Wüst. Warum wird denn von der Polizei an Kriminalitätsbrennpunkten im ganzen Land nur viermal die Möglichkeit der Videoüberwachung genutzt? Warum denn? Weil sie weiß, dass der Polizist auf der Straße für die Gewaltprävention viel wirksamer ist als eine Kamera.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Weil die Polizei schlauer ist als die CDU!)

Reden Sie einmal mit den Polizeipräsidenten.

Anwendung von Erwachsenenstrafrecht bei Heranwachsenden – auch das ist schon jetzt möglich, Herr Wüst. Sie können sich hier doch nicht für eine Abschaffung des Jugendstrafrechts aussprechen, wenn wir gerade darüber diskutieren, beim Jugendstrafrecht den Erziehungsgedanken für junge Menschen mehr in den Vordergrund zu rücken und ihn nicht abzuschaffen. Die Debatte geht doch in eine ganz andere Richtung. Wo leben Sie denn?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Ausweisung von jugendlichen ausländischen Straftätern ist mein letzter Punkt, da meine Redezeit zu Ende geht, auch wenn ich das noch fortsetzen könnte. Straftäter abschieben – das ist Ihre Antwort. Auch hier gibt es gesetzliche Grundlagen; das wissen Sie. Mit einem bestimmten Straf-

tatenkatalog können ausländische Jugendliche ausgewiesen werden. Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Form der Jugendkriminalität der zweiten oder dritten Einwanderergeneration kein ausländisches Problem ist, das man abschieben kann. Es ist ein hausgemachtes, ein deutsches Problem. Die Probleme müssen wir auch hier lösen. Das, was Sie dazu vorschlagen, ist alles, aber nicht sehr wirksam.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Die Landesregierung wird jetzt von Herrn Innenminister Dr. Wolf vertreten. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kriminalstatistik des letzten Jahres bietet viel Licht und wenig Schatten. Ich glaube, wir sollten nicht allzu viel Zeit darauf verwenden, die Frage der Glaubhaftigkeit der Statistik in den Vordergrund zu stellen.

Wir alle wissen, dass gerade auch die SPD, als sie noch den Innenminister stellte, diese Statistik immer zum Maßstab ihrer Erfolge gemacht hat. Deswegen können Sie jetzt, wenn Positives da ist, nicht sagen: Die Statistik ist falsch.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das hat er nicht gemacht! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch falsch! Beweisen Sie das! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich denke, wir haben eine gute Tendenz. Die Zahl der Straftaten insgesamt nimmt ab, und die Aufklärungsquote nimmt zu.

(Frank Sichau [SPD]: Seit Jahren!)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sagen, dass uns trotz der vielen guten Botschaften, die der Kollege Kruse genannt hat, die Verlagerungen und der Anstieg von Kriminalität natürlich auch Sorge bereiten.

Ich möchte die Internetkriminalität ansprechen, weil sie in der Tat erkennen lässt, dass aus traditionellen Straftaten heute eher eine Kriminalität in diesem Bereich aufwächst. Allerdings haben wir dort eine Aufklärungsquote von 86 %. Deswegen sei jeder gewarnt: Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass dies ein nicht zu entdeckender Straftatbestand ist. Der Internetbetrug macht uns Sorgen.

Es ist bisher von allen Rednern deutlich gesagt worden – ich bin sehr dankbar, Frau Düker, dass Sie das heute auch sehr ausgewogen gemacht

haben –, dass uns alle das Problem der Gewaltkriminalität besorgt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dabei – Sie haben über Dunkelfeldforschung gesprochen – ist interessant, dass der Sicherheitsbericht der Bundesregierung, der die Kriminalität bis einschließlich 2005 beleuchtet, besagt – ich zitiere –:

„Soweit Dunkelfelddaten vorliegen, zeigen diese einmütig, dass den Hellfeldtrends der letzten Jahre – entgegen verbreiteten subjektiven Eindrücken und Verlautbarungen – keine generellen Anstiege der Gewalt in unserer Gesellschaft zugrunde liegen. Es ist vielmehr vorrangig zu vermehrten Registrierungen von in früheren Jahren nicht gemeldeten Vorfällen gekommen.“

Das ist in der Tat ein entscheidender Punkt.

Wir haben bei der Wahrnehmung der Frage „Gewalt in der Gesellschaft“ eine andere Sensibilität. Ich sehe es positiv, wenn Dinge auf den Tisch kommen, die früher unter den Tisch gekehrt worden sind. Als Beispiele nenne ich die Kriminalität in Schulen und die Kriminalität unter Jugendlichen. Vieles, was früher einfach verschämt nicht gesagt wurde, kommt heute an die Oberfläche. Und das ist auch gut so.

Diese Regierung sagt eindeutig: Wir wollen wissen, was in der Gesellschaft passiert, und wir wollen konzentriert die Ursachen dieser Gewalt bekämpfen. Es ist doch völlig klar, dass Polizei und Justiz alleine nicht als Reparaturbetriebe der Gesellschaft auftreten können.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Ächtung von Gewalt und zur Bekämpfung von Gewalt.

Wir als neue Landesregierung setzen auf bessere frühkindliche Betreuung. Wir wollen, gerade was die Jugendlichen anbetrifft, frühere Sprachprüfungen, Sprachförderung ab vier Jahren, Durchlässigkeit im Schulsystem. Alles das ist wichtig und richtig, um keine Verlierer zu produzieren. Denn die Jugendlichen, die mit 16, 17, 18 Jahren gewalttätig werden, hatten in frühester Kindheit häufig negative Erlebnisse. Da müssen wir ansetzen, um sie frühzeitig aus der Spirale „Ich erlebe Gewalt, und ich übe Gewalt aus“ herauszuholen.

Für uns ist das ein ganz entscheidender Aspekt, der durch gute polizeiliche Arbeit dort ergänzt werden muss, wo die Prävention fehlschlägt. Hier brauchen wir Repression; das ist klar. Da hat sich

die Polizei unter der neuen Landesregierung gerade in letzter Zeit noch besser aufgestellt. Wir haben im Herbst 2006 ein 20-Punkte-Programm „Stoppt Kinder- und Jugendkriminalität“ aufgelegt. Wir intensivieren Ordnungspartnerschaften. Wir unterstützen Kreispolizeibehörden durch Bereitschaftspolizei, um Präsenz zu zeigen. Wir bekämpfen die Kriminalität im Zusammenhang mit Fußballspielen. Wir haben ein Intensivtäterprojekt aufgelegt. Es gibt Gefährdeansprachen in der Familie. Die Polizei geht in die Familien und macht deutlich, was es heißt, wenn man sich an anderen vergeht, wenn man Gewalt ausübt.

Alle diese Punkte sind wichtig – bis hin zu dem Punkt, der auch in anderen Debatten angesprochen worden ist, dass Strafe gerade auch für Jugendliche auf dem Fuße folgen muss. Wenn sie sich falsch verhalten haben, muss auch das Dokument her, dass die Gesellschaft das nicht hinnehmen kann.

Diese Kombination aus einer guten Sozial- und Bildungspolitik verbunden mit einer konsequenten Repression durch die Polizei ist das beste Mittel, um auch in dem Bereich der Gewalttaten noch bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir werden es jedenfalls nicht hinnehmen, dass junge Menschen andere terrorisieren, seien sie im gleichen Alter oder älter. Unser Ziel ist, die Statistik auch an dieser Stelle noch besser werden zu lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Innenminister. – Für die SPD spricht noch einmal Herr Kutschaty.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Wolf, es scheint, als hätten Sie uns nicht zugehört. Wir haben durchaus betont, dass es einige Bereiche in der Polizeilichen Kriminalstatistik gibt, in denen sich die Zahlen zum Positiven entwickelt haben. Ich wiederhole aber: Das ist nicht Ihr Verdienst. Das ist das Ergebnis.

(Beifall von der SPD)

Sie haben – eigentlich wie alle Vorredner – gesagt: Die Problematik liegt im Bereich der Jugendstrafäter, im Bereich der Gewaltbereitschaft. – Die CDU möchte sich dieser Tätergruppe jetzt ja besonders zuwenden. Herr Kollege Wüst, Sie haben einen entsprechenden Leitantrag für Ihren Parteitag in Siegburg vorgelegt. Mit dem Motto „Jugend schützen. Gewalt bekämpfen. Härter durchgreifen“ wol-

len Sie diesem Problem begegnen. Ich nehme einmal zwei Punkte aus diesem Antrag heraus.

Ein Punkt ist die konsequente und grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden. Herr Kollege Wüst, Sie sind doch auch Jurist. Sie kennen doch sicherlich § 105 Jugendgerichtsgesetz. Das ist schon heute der gesetzliche Regelfall.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wird aber nicht angewendet! – Zurufe von der SPD)

Nur der Richter kann darüber entscheiden. Wenn er meint, es liegen Entwicklungsverzögerungen vor, kann er das Jugendstrafrecht anwenden. Es ist also keine Frage der gesetzlichen Gestaltung, sondern der Anwendung von Gesetzen, Herr Kollege Wüst.

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Er will die Richter reglementieren!)

Der zweite Punkt sind Jugendcamps und Bootcamps. Das ist im Augenblick wohl relativ populär. Es gibt dazu ja Fernsehsendungen auf RTL. Das kommt ganz gut an. Aber, Herr Kollege Wüst, das ist blanker Populismus.

(Beifall von der SPD)

Damit können Sie Ihren rechten Stammtisch befriedigen, aber keine wirksame Kriminalitätsbekämpfung machen. Informieren Sie sich einmal genauer! Auch in den Ländern, in denen es diese Bootcamps gibt, gehen die Kriminalitätszahlen nicht zurück. Nach dem Besuch eines solchen Erziehungslagers sind die Rückfallquoten deutlich höher als nach einem anderen Strafvollzug.

(Christian Möbius [CDU]: Quatsch! – Gegenruf von Frank Sichau [SPD]: So ist das, Herr Möbius!)

Deswegen gehen die USA dazu über, diese Modelle zurückzufahren.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, werden Sie sich mal einig, was Sie wollen. Sie liefern sich gerade einen heftigen Streit auf der Ebene Ihrer Jugendorganisationen. Der JuLi-Vorsitzende Marcel Hafke ist da sehr kritisch und ablehnend. Herr Minister Wolf hat sich zu den CDU-Vorschlägen heute im Übrigen auch sehr zurückhaltend geäußert. Der JU-Vorsitzende Sven Volmering fordert sogar mehr Beckstein und weniger Wolf in Nordrhein-Westfalen. Herr Minister Wolf, dazu haben wir heute von Ihnen noch nichts gehört. Es herrscht also ein heilloses Chaos in der Regierungskoalition, wie weiter vorgegangen

werden soll. Werden Sie sich erst einmal einig. Vielleicht fahren Sie einmal in ein solches Camp und einigen sich darüber, was Sie machen wollen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber was ist zu tun? Das ist ja ein ernsthaftes Problem. Machen wir uns nichts vor! Auch wir sind keine Sozialromantiker – ich auch nicht, denn ich bin zehn Jahre lang Strafverteidiger gewesen, sodass ich die Lage durchaus einschätzen kann; ich weiß also, wie die Sache läuft. Wir brauchen keine neuen Gesetze, sondern die konsequente Anwendung von Gesetzen. Ich kann Ihnen zustimmen, Herr Minister Wolf, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen muss. Da kann im Justizbereich sicherlich noch das eine oder andere verbessert werden.

Aber wir müssen uns in einem einig sein: Der Strafvollzug und die Justiz können nicht das verbessern, was bei Erziehung und Bildung versäumt wurde.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir uns die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik anschauen, dann stellen wir fest, dass die hauptsächlichen Straftäter jung sind, einen geringen Bildungsabschluss, häufig keinen Abschluss haben, in problematischen Stadtvierteln wohnen und weder Ausbildung noch Beruf haben.

Das sind Sachen, die wir der Polizeilichen Kriminalstatistik entnehmen können. Es ist der Mangel an persönlichen und beruflichen Perspektiven bei diesen jungen Menschen, welcher Frustration hervorruft und auch die Gewaltbereitschaft fördert. Da müssen wir früh anfangen. Konfliktregelung kann man schon in der Kindertagesstätte lernen. Ganztagsbetreuung an Schulen mit sinnvoller Freizeitbeschäftigung und berufliche Perspektiven sind geboten.

Doch was macht die Landesregierung? Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich, ein Schulgesetz, welches Kinder ausgrenzt und von Bildungschancen fernhält.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]:
Das Gegenteil ist der Fall!)

– Nein, nein! Das stimmt doch gar nicht. Gucken Sie sich doch einmal an, was Sie mit Ihrem Schulgesetz machen, wie sie Kinder davon abhalten, qualifizierte Schulen zu besuchen.

Ich sage Ihnen eines: Das, was Sie heute im Jugendbereich sparen, zahlen Sie morgen im Strafvollzug doppelt drauf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen muss die Politik darauf gerichtet sein, Präventionsmaßnahmen und Sozialisierungsmaßnahmen zu fördern; denn das ist der beste Opferschutz.

Noch einmal das Fazit: Nordrhein-Westfalen ist durch Ihre Regierung nicht sicherer geworden. Die vorgestellten Maßnahmen der CDU sind blanker Populismus ohne Verstand und verhindern nicht Gewalt und Kriminalität. Stattdessen brauchen wir eine langfristig angelegte Politik mit Verstand und dem Schwerpunkt auf Prävention. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Lohn.

Werner Lohn (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf die Beiträge von Herrn Kutschaty eingehe, möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, mich bei der Polizei und allen Polizeibeschäftigten für die geleistete und – ich betone – für die sehr erfolgreiche Arbeit in 2006 zu bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Jahr 2006 war belastet durch die Einsätze während der Fußballweltmeisterschaft. Mit unzähligen Überstunden ist es der Polizei gelungen – das ist wirklich deutlich zur Kenntnis zu nehmen – , erstens die Zahl der Straftaten zu reduzieren, zweitens die Aufklärungsquote zu erhöhen und drittens das Land Nordrhein-Westfalen ein Stück sicherer zu machen.

Und dann kommt die SPD mit Herrn Kutschaty! Zusammenfassend zu Ihren Wortbeiträgen kann ich nur sagen: Der erste Beitrag war gekennzeichnet von Miesepetrigkeit der SPD.

(Lachen von der SPD – Edgar Moron [SPD]:
Sie haben nicht zugehört, Herr Kollege! Also wirklich!)

– Das ist so! – Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie haben als Regierungspartei ständig nach Ausreden gesucht, weil Ihnen die Zahlen der PKS, der Polizeilichen Kriminalstatistik, nicht passten. Jetzt sind Sie Gott sei Dank in der Opposition; jetzt suchen Sie nach Ausreden, warum die PKS nicht aussagekräftig ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können das nicht leugnen.

(Edgar Moron [SPD]: Schwache Argumente!)

Anders macht das die Regierung. Wir suchen nicht nach Ausreden, wir arbeiten an Lösungen.

(Edgar Moron [SPD]: Wenn man nichts zu sagen hat, sollte man besser schweigen! – Weitere Zurufe von der SPD: Scheinlösungen! Karneval ist vorbei!)

Deswegen möchte ich jetzt auch auf den sachlichen Teil der Debatte zurückkommen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie tun sich schwer!)

– Sie hätten gleich auch noch reden können, wenn Herr Kutschaty nicht schon Ihre gesamte Redezeit beansprucht hätte.

Wir haben im Jahre 2006 mit 49,9 % Aufklärungsquote den höchsten Stand der Aufklärung seit 1999 erreicht. Allein in den Jahren 2005 und 2006 hat sich die Anzahl der Delikte um ca. 40.000 Fälle verringert.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das heißt, exakt 39.750 Menschen weniger sind Opfer einer Straftat geworden. Das mit reduziertem Anzeigeverhalten zu begründen oder irgendwelche fadenscheinigen Argumente aufzuführen, halte ich wirklich für an der Realität vorbei gesprochen.

Man muss die Kriminalstatistik allerdings etwas differenzierter betrachten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aha!)

Ich möchte auch gerne noch einmal auf das eingehen, was Frau Düker dazu sagte. Der Minister hat Sie schon gelobt. Ihre Aussagen zum Thema Gewaltkriminalität kann man im Prinzip nur bestätigen. Es gibt regional, aber es gibt auch innerhalb der Deliktsbereiche erhebliche Unterschiede in der Statistik.

Ich möchte zunächst auf einen regionalen Unterschied zu sprechen kommen. Als Ergebnis kann man feststellen, dass die Aufklärungsquote landesweit gut ist. Aber viel besser und durchschnittlich deutlich besser ist sie in den landratsgeführten Behörden. Ich möchte damit keine neue Debatte über die Organisationsstruktur lostreten; allerdings ist es so, dass man diesen Fakt nicht isoliert betrachten kann.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch wohl an den Haaren herbeigezogen! Das ist abenteuerlich!)

– Haben Sie sonst noch irgendein Mitteilungsbedürfnis?

In den Polizeipräsidien ist die Kriminalitätsrate natürlich höher und daher die Arbeit schwieriger. Dennoch ist die Frage erlaubt: Wie kommt es, dass zum Beispiel in einer ländlichen Polizeibehörde wie der in Soest, wo eine Polizeistärke von einem Polizisten auf 750 Bürger Fakt ist, die Aufklärungsquote bei genau 50,5 % liegt und in einem Polizeipräsidium wie Köln, wo auf einen Polizisten 300 Bürger kommen, bei sage und schreibe 39,4 %?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Soll ich Ihnen einmal ein Fachbuch über Statistik liefern?)

– Sie scheinen ja ein sehr schlechtes Gewissen zu haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nein! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Der Abstand zu anderen Behörden ist noch größer.

Die Debatte von früher wollen wir nicht wieder aufmachen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die machen wir gerne wieder auf!)

Bitte nehmen Sie nur zur Kenntnis, dass die Ergebnisse in den ländlichen Behörden durchweg besser sind als in den großstädtisch geprägten Präsidien.

Nun komme ich zu den einzelnen Deliktgruppen. Ich möchte mich noch kurz dem Thema Gewaltkriminalität zuwenden.

Von 2002 bis 2006 – das umfasst also auch die Zeit unserer Regierung – ist die Gewaltkriminalität um 20 % gestiegen. Exakt liegen wir heute bei 53.000 Fällen von Gewaltkriminalität. Wenn man das auf eine Kleinstadt fokussieren würde, wären das in einer Stadt 53.000 Opfer von gefährlicher Körperverletzung, schwerer Körperverletzung, Raub, Mord und Totschlag. Da müssen wir in der Tat gegensteuern. Da wird die Freude über die Aufklärungserfolge, die wir zu Recht erwähnt haben, leider getrübt.

Wir müssen uns die Frage stellen: Warum nimmt die Zahl der Gewaltdelikte gegen den allgemein positiven Trend um 2,3 % zu? Warum sind 86 % der Tatverdächtigen Männer unter 21 Jahre, die zudem in jedem zweiten Fall auch noch alkoholisiert sind? Gewalttäter sind männlich, jugendlich und – ich ergänze – oft alkoholisiert.

Genau bei dieser Beschreibung der Gewaltkriminalität muss man mit den Lösungsansätzen beginnen. Die Lösung

(Unruhe von der SPD)

kann heute nur sein, dass diejenigen, die schon zu Opfern oder Tätern geworden sind, leider nicht mehr mit Präventionsansätzen aus ihrer Rolle befreit werden können.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist aber eine schlimme Aussage!)

Wir müssen für die Zukunft daran arbeiten, dass Prävention mehr in den Vordergrund gerückt wird. Dazu können wir alle beitragen. Dazu gehört eine generelle Ächtung von Gewalt in der Gesellschaft, dazu gehört die gewaltfreie Erziehung in den Elternhäusern, und ganz besonders gehört dazu die Verinnerlichung bei Kindern und Jugendlichen, dass Konflikte nie mit Gewalt gelöst werden können und dass zum Beispiel Killerspiele nichts mit der Realität zu tun haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Und deshalb kürzen Sie die Mittel für die Suchtbekämpfung!)

Im Gegenteil: In Elternhäusern, in Kindergärten und in Schulen muss den Kindern die Kompetenz vermittelt werden, dass sie der medialen Überflutung mit gewaltverherrlichenden Filmen, Videos und Killerspielen ihre eigene Kraft und Selbstständigkeit entgegensetzen können.

Wir werden präventiv Akzente setzen. Wir werden aber auch gegen diejenigen 20-jährigen jugendlichen Straftäter, die nicht mehr wesentlich umzuerziehen sind, mit Härte vorgehen. Wir werden konsequent verfolgen und konsequent bestrafen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das haben wir gerade gehört! Herr Wüst wird dafür sorgen, dass Gesetze umgesetzt werden!)

Der Tat muss die Strafe auf dem Fuß folgen. Deswegen wird sich die CDU bei ihrem nächsten Landesparteitag eigens diesem Thema mit einem Leitantrag widmen.

Wir werden die Erfolge der Kriminalstatistik würdigen. Wir werden hervorheben, was gut gelaufen ist. Wir werden uns aber auch den Problembereichen stellen, zum Beispiel der Gewaltkriminalität.

Außerdem werden wir die Arbeit der Polizisten honorieren. Mit dem Hinweis darauf, dass in diesem Jahr weit über 5.000 Beförderungen möglich sind, möchte ich meine Ausführungen schließen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lohn. – Herr Dr. Orth hat jetzt für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kutschaty, teilweise hatte ich das Gefühl, dass Sie auch hier einmal eine Generaldebatte führen wollten – so wie zum Haushalt oder zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Zuruf von der SPD: Nein, nein!)

Was zum Beispiel das Schulgesetz mit der heutigen Debatte zu tun hat, erschließt sich mir jedenfalls nicht.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist ja das Problem!)

Ich fände es gut, wenn auch Sie sich mit dem Thema des heutigen Tages auseinandersetzen und nicht versuchen würden, alles und jedes, was Ihnen in der Politik einmal eingefallen ist, in die beiden Reden, die Sie hier halten mussten, einzubauen.

(Edgar Moron [SPD]: Als ob Bildungschancen nicht auch etwas mit Kriminalität zu tun hätten!)

Ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass Sie jahrzehntelang die Kriminalitätsstatistik abgefeiert haben und heute, kaum dass Sie in der Opposition sind, sagen, alle Zahlen, die darin stehen, hätten keinen Wert. Meine Damen und Herren, dann müssen Sie auch ehrlich sein und zugeben, dass alles, was Sie über Jahrzehnte gesagt haben, keinen Wert hatte; denn die Statistik kann nicht vorher richtig sein und jetzt plötzlich lügen.

(Beifall von der FDP)

Herr Kutschaty, rechnen können sollte man auch. Sie stellen auf das Dunkelfeld ab. Eben haben Sie hier gesagt, das Dunkelfeld sei doppelt so hoch wie das Hellfeld. Außerdem haben Sie gesagt, das Dunkelfeld sinkt wie das Hellfeld. Ich frage mich, ob dann logischerweise nicht auch die Gesamtkriminalität gesunken ist.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Meiner Meinung nach kann man dann nicht zu dem Schluss kommen, dass man gar nicht sagen könne, ob die Kriminalität gesunken sei oder nicht. Wenn das eine doppelt so hoch ist wie das andere und beides gleichzeitig sinkt, dann ist es insgesamt weniger.

(Horst Becker [GRÜNE]: Spezielle Relativitätstheorie!)

Sie stellen auf die Gewaltbereitschaft der jungen Menschen ab. Dies besorgt uns auch sehr. Wir als neue Landesregierung haben hier aber auch einiges in Gang gesetzt, was Sie über Jahrzehnte versäumt hatten.

Wir haben versucht, neue Mittel einzusetzen, zum Beispiel beim Projekt „Gelbe Karte“. Wir haben Schülergerichte gefördert, die versuchen, Delikte unter Schülern abzuurteilen. Wir haben angefangen, endlich die Arreste zu vollstrecken, die in Ihrer Zeit verhängt wurden, wo die Verhängung aber nie zu einer Konsequenz geführt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP] – Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Wenn man Arreste nicht vollstreckt, sagt man den Jugendlichen: Leute, ihr habt etwas getan, was ihr nicht dürft; so schlimm ist es aber auch wieder nicht, der Staat kümmert sich nicht darum. – Das darf es in Zukunft nicht mehr geben, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Gestatten Sie mir folgende Anmerkung: Mich hat schon sehr gewundert, dass wir in der Haushaltsdebatte vonseiten der SPD ein ablehnendes Votum erhalten haben, als es darum ging, die Mittel für den Ersatzneubau der Ulmer Höh bereitzustellen. Wer auf der einen Seite davon redet, dass wir den Vollzug modernisieren und versuchen müssen, die Leute besser sozialisiert aus dem Gefängnis zu holen, als sie hineinkamen, kann auf der anderen Seite doch nicht allen Ernstes in der Haushaltsdebatte die Mittel für den dringend notwendigen Neubau der Ulmer Höh blockieren, meine Damen und Herren. Das ist eine unsolide Politik.

(Beifall von der FDP)

Es ist durchaus richtig, dass die Erziehungscamps vielleicht differenziert zu betrachten sind. Eines ist aber auch klar: So, wie Sie in all den Jahren mit den unter 14-Jährigen umgegangen sind – in Ihrer Regierungszeit haben Sie ja alle geschlossenen Heime aufgegeben –, kann es nicht weitergehen.

(Frank Sichau [SPD]: Bundesgesetz! Wissen Sie das nicht? Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

Wir jedenfalls wollen uns der unter 14-Jährigen, die immer wieder auffällig werden, besonders annehmen und sie notfalls auch zeitweilig geschlossen unterbringen. Dazu stehen wir. Wir können nicht an den Realitäten vorbeischaun, meine Damen und Herren.

(Horst Becker [GRÜNE]: Manchmal ist er liberal, aber ansonsten nicht!)

Wir können allerdings nicht erkennen – da möchte ich der CDU widersprechen; ich habe natürlich auch den Antrag der CDU für ihren Parteitag gelesen –, dass vermehrte Videoüberwachung zu weniger Kriminalität führt. Wir glauben, dass diese Mittel nichts bringen. Von daher werden Sie von uns Liberalen keine entsprechende Parlamentsinitiative erleben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und Helmut Stahl [CDU])

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Orth. – Jetzt spricht Herr Dr. Rudolph für die SPD-Fraktion.

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lohn, es war schon interessant, wie Sie die Statistik hier gedeutet haben. Als Sie fragten „Wie kann es sein, dass die Aufklärungsquote bei einer Kreispolizeibehörde wie der in Soest höher ist als bei der Behörde in Köln?“ habe ich zuerst gedacht, das liege daran, dass Sie aus Soest kommen.

(Theo Kruse [CDU]: Ja, klar!)

– Einen solchen Zusammenhang gibt es also auch. – Warum es da solche Unterschiede gibt, ist aber ganz einfach aufzuklären. Fragen Sie einmal Polizeibeamte, die von Köln nach Soest versetzt werden, und Polizeibeamte, die von Soest nach Köln versetzt werden. Die werden Ihnen erklären, dass die Statistik in einer gänzlich anderen Umgebung auch etwas anders ausfällt.

(Beifall von der SPD)

Des Weiteren will ich die auch vom Innenminister hier aufgestellte Behauptung deutlich zurückweisen. Es war nicht so, dass sein Vorgänger Behrens die Statistik dauernd mit Erfolgsberichten verknüpft hat.

(Theo Kruse [CDU]: Ach nein?)

– Nein, nein! Da wollen wir jetzt keine Legenden bilden. – Da gab es von der Vorgängerregierung und den sie tragenden Koalitionsfraktionen durchaus einen sehr kritischen, einen sehr sachlichen und einen sehr ehrlichen Umgang mit dieser Statistik.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP: Das wäre wünschenswert!)

Ich würde mir wünschen, Sie würden an diese Tradition Ihrer Vorgängerregierung anknüpfen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Im Übrigen – ich verstehe das auch –: Für den Innenminister war das Ganze eine Woche des Missvergnügens. Der „Kölner Stadtanzeiger“ titelt heute nicht ganz zu Unrecht: „Ein einsamer Wolf!“ Das war er im Grunde genommen ja auch, wobei man sagen muss: Er macht sich auch selbst ein bisschen einsam, auch im Umgang mit diesem Parlament.

(Beifall von der SPD – Sören Link [SPD]:
Und den Mitarbeitern!)

– Auch mit den Mitarbeitern! Darüber haben wir schon gesprochen.

Ich dachte, nach dieser absoluten Woche des Missvergnügens und der neu gewachsenen oder vielleicht auch vertrauten Einsamkeit

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

würde diese Koalition – Herr Papke, Sie an der Spitze – jetzt endlich die Chance nutzen, diese Debatte zu einem Ausweis einer konzeptionell durchdachten christlich-demokratisch-liberalen Innenpolitik zu machen. Ich will Ihnen ehrlich sagen: Das ist Ihnen nicht gelungen. Das war wirklich schlecht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Ja, Herr Papke. Man hörte doch auch aus dem Dank der Koalitionsredner an die Polizei schon die Entschuldigung für diesen Innenminister heraus.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ein Innenminister, der weiß, dass eine solche Debatte beantragt ist und dann bei den kritischen Punkten der Kriminalitätsentwicklung wie ein Schulminister spricht, einige Ansätze zeigt, die er von seinem Vorgänger dankenswerterweise fortführt, aber im Grunde genommen in dieses Parlament kommt und nicht sagt, was er eigentlich gegen steigende Gewalt machen will, sondern es der Koalition überlässt, ist schon einzigartig. Das ist wirklich einzigartig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Letztes, Herr Lohn: Ich fände es ganz gut, wenn Sie dem Parlament einmal sagen würden, was die Vorschläge der CDU sind, die Sie für Ihren Parteitag ankündigen. Es wäre interessant, darüber einmal zu sprechen. Auch dazu haben Sie hier in Wahrheit keine Antworten gegeben.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Sie haben die Statistik politisch ein bisschen hin und her bewegt, aber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes nicht gesagt, wie Sie die problematischen Entwicklungen in der Statistik wirklich kraftvoll und konzeptionell bekämpfen können.

(Beifall von der SPD – Theo Kruse [CDU]:
Vor allem kraftvoll!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Für die CDU-Fraktion erhält der Herr Abgeordnete Wüst das Wort.

(Zurufe von der SPD: Ui! Jung und männlich, nicht wüst! – Sören Link [SPD]: Jetzt kommt ein Erfahrungsbericht!)

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Sie sich jedes Mal aufregen, wenn ich zum Mikrofon gehe. Ich sollte das öfter tun.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das hat seinen Grund!)

Herr Kutschaty und Frau Düker haben offensichtlich unseren Leitantrag gelesen. Als Generalsekretär freue ich mich, wenn meine Arbeit von Ihnen honoriert wird. Sie haben ihn natürlich bewusst entstellt – das ist legitim; das machen wir so –, aber ich lasse Ihnen das selbstverständlich nicht durchgehen.

Das unterscheidet uns im Übrigen von Ihren Parteien, als Sie noch regiert haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die Partei ist immer noch die gleiche!)

Bei uns sind die Parteien in der Lage, eigene Akzente zu setzen und für weitere Entwicklung zu sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Das werden wir uns auch nicht dadurch kaputtreden lassen, dass Sie versuchen, bei Einzelfragen den Dissens zwischen uns und unserem Koalitionspartner zu unterstreichen. Wir haben eine unterschiedliche Herangehensweise beim Thema Video. Das ist okay so.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aha!)

Ich glaube, dass man da etwas tun muss. Die FDP sagt, sie glaubt das nicht. Darüber werden wir in aller Freundschaft reden. Wenn wir einen Dissens haben: Es gehen zwei eigenständige Parteien in zukünftige Wahlauseinandersetzungen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir lassen uns nicht in eine rot-grüne Pampe hineinsudeln, wie das früher bei Ihnen der Fall war, meine Damen, meine Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Richtung stimmt, Herr Innenminister. Die Aufklärungsquote ist besser geworden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Erste Absetzung!)

Trotzdem unterscheidet uns auch von Ihnen wohl-tuend, Frau Kraft, dass wir die Punkte in der Lage sind zu identifizieren, wo noch etwas zu tun ist.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Um es klar zu sagen: Wer weniger Gewalt will, der muss bereit sein, härter durchzugreifen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Frau Düker, Sie wollen Law and Order nicht.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen Law and Order.

(Zuruf von der SPD: Jung und männlich!)

Wenn wir uns da unterscheiden, dann können wir damit beide sehr gut leben.

Härter durchgreifen ist kein Selbstzweck, sondern hat einzig und allein die Funktion, gerade die jungen, männlichen Gewalttäter auf den richtigen Weg zurückzubringen. Mit geltendem Recht oder mit neuem Recht – darüber kann man trefflich streiten.

Aber eines muss doch unstrittig sein: Es ist falsch, dass wir Diebstahl und Raub von MP3-Playern, CD-Playern, Markenklamotten jetzt einigermaßen relativierend als „Abziehen“ bezeichnen und so tun, als müsste man sich darum nicht kümmern. Es ist falsch, dass die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen ertragen müssen, ständig angepöbelt zu werden, gerade die Lehrerinnen. Es ist falsch, dass wir still und heimlich akzeptieren, dass unsere Schulhöfe nachmittags kaputt gehauen werden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wer akzeptiert das denn?)

Es ist falsch, dass wir akzeptieren, dass es in unseren Städten Ecken gibt, in die man sich besser nicht verirrt. Es ist falsch, dass wir zulassen, dass sich Familien ihrer Verantwortung entziehen, ihren Kindern charakterliche Bildung und emotionale Kompetenz zu vermitteln. Deshalb müssen wir ein realistisches Bild der Situation zeichnen und uns zumuten, uns dem zu stellen und aufzuhören, die Zuständigkeiten zwischen Schule, Elternhaus, Ju-

gendhilfe, Polizei und Justiz hin- und herzuspielen.

(Carina Gödecke [SPD]: Wer hat denn die Ministerien getrennt?)

Machen wir uns nichts vor: Es gibt Jugendliche und Heranwachsende, die keinerlei Bindung mehr haben an das, was wir in irgendeiner Form als Regeln in unserer Gesellschaft festgelegt haben. Diese Gruppe der 8.000 jugendlichen Intensivtäter in Nordrhein-Westfalen ist immer noch erschreckend groß.

(Carina Gödecke [SPD]: Das hätten Sie sich für den Parteitag aufheben sollen!)

Wenn bei denen mit 14 Jahren anfängt, das Strafrecht zu greifen, Frau Düker, ist meistens schon vieles zu spät. Bei vielen von diesen 8.000 Jugendlichen hat es viel früher angefangen.

(Sören Link [SPD]: Sie nehmen ihnen doch in der Schule die Chance!)

Es gibt Kinder- und Jugendpsychiater, die sagen: Leute, verabschiedet euch von 14, geht runter auf zwölf als Strafmündigkeitsalter! – Ich halte das für den falschen Weg. Aber wir müssen das vorhandene Recht konsequenter anwenden

(Achim Tüttenberg [SPD]: Dann tun Sie es doch!)

und an der ein oder anderen Stelle auch über Ergänzungen nachdenken.

(Zurufe von der SPD)

Jugendlichen muss klargemacht werden, dass der Staat nicht bereit ist, Gewalt gegen Menschen und Sachen zu akzeptieren. Gefährdete Kinder müssen frühzeitig abgefangen werden, bevor sie völlig in die Kriminalität abrutschen.

Deswegen ist es gut, dass Justizministerin Müller-Piepenkötter jetzt mit der „Gelben Karte“ und dem „Staatsanwalt vor Ort“ dafür sorgt, dass Strafe gerade bei den jungen Leuten auf dem Fuß folgt.

Bei den noch Jüngeren müssen wir den Mut haben, auf die Familien einzuwirken. Das, was bisher gemacht wird, reicht nicht. Die Niederlande machen vor, wie man Eltern dazu zwingt, sich ihrer Erziehungsverantwortung zu stellen.

Bisher völlig ausgeklammert – das ist typisch für die Debatte – ist die Tatsache, dass von den unter 21-jährigen Gewalttätern 50 % einen Migrationshintergrund haben.

(Carina Gödecke [SPD]: Die Debatte haben Sie begonnen und setzen auch die Schwerpunkte!)

Darüber reden Sie ungern. Aber diese Tabuisierung wie in der Vergangenheit hilft niemanden – weder den Opfern noch den Tätern.

Ihre rot-grüne Multikulti-Ideologie hat dazu geführt,

(Lachen von der SPD)

dass man den Tatsachen jahrzehntelang nicht ins Auge geschaut hat. Herr Schnoor hat hier Pressekonzferenzen gegeben – ich habe Abschriften gelesen –, wo er wie ein Wilder herumgeeiert ist, weil er die Zahlen nicht nennen wollte.

(Widerspruch von der SPD)

Den Polizisten ist verboten worden, das anzuführen.

Meine Damen, meine Herren, es gibt archaische Familienverhältnisse, in denen Kinder die Strafe nur als Sühne kennenlernen und nicht als Beitrag zur Besserung oder als Beitrag zur Pädagogik. Deshalb ist es wichtig, diesen jungen Menschen neue Chancen zu geben.

(Zuruf von der SPD: Wo sind Sie groß geworden?)

Dabei lassen wir uns auch von Ihnen nicht aufhalten.

70 % der Heranwachsenden – Herr Kutschaty, die Zahlen würde ich Ihnen gerne noch mitgeben – werden heute nach Jugendstrafrecht verurteilt. Daran sieht man, dass das Ausnahme-Regel-Verhältnis auf den Kopf gestellt worden ist. Wir werden an diesem Thema dranbleiben, weil es die Menschen bewegt und weil da noch einiges zu tun ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sie instrumentalisieren diese Frage! Gefährlich ist das! – Zuruf von der SPD: Das sind die Jungreaktionäre! – Dr. Robert Orth [FDP] schüttelt den Kopf.)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält noch einmal Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Orth, Ihr Kopfschütteln ist hier ausnahmsweise einmal angebracht. Da kann ich Ihnen wirklich nur zustimmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich bin von Ihrem Auftritt, Herr Wüst, ehrlich gesagt sehr erschüttert. Sie können uns doch hier nicht allen Ernstes „Härter durchgreifen! Jetzt machen wir mal Law and Order!“ als Konzept der CDU gegen Jugendkriminalität verkaufen. Kommen Sie doch einmal in die Fachausschüsse, hören Sie sich die Fachdebatten an! Das geht doch nicht, das erschüttert mich wirklich, das ist echte Steinzeit, Herr Wüst.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es geht doch nicht um eine ideologische Debatte: hier die Kuschelpädagogen und dort die Law-and-Order-Typen, die mutig mal so richtig durchgreifen. Die haben wir längst hinter uns, das ist doch eine Debatte von vorgestern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Worum geht es, Herr Wüst? Es geht um Wirksamkeit und nicht um Law and Order gegen Kuscheln. Es geht darum, ehrlich zu analysieren: Was wirkt? Wo müssen wir ansetzen? Welche Konzepte greifen? Ich gehe einmal alles durch.

Bei der Prävention muss man früh anfangen – das haben Sie zu Recht gesagt –, aber nicht mit Wegsperrern. Man muss früh anfangen im Kindergarten, in der Schule. Dafür brauchen wir Ganztagschulen. Dafür brauchen wir in den Kindergärten höhere Standards und nicht geringere Standards und weniger Personal, wie Sie es machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen bei den Hilfsinstrumenten in den Kommunen, bei den Sozialdiensten sinkende und nicht steigende Fallzahlen mit mehr Personal. Da brauchen wir nicht das Instrument des Zwangs. Man muss nur bei den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern vom allgemeinen Sozialdienst die Fallzahlen halbieren, dann hat man auch da mehr Erfolge.

(Beifall von der SPD)

Es fehlt doch am Geld und nicht am härteren Recht.

Wir brauchen in der Jugendhilfe mehr und nicht weniger Mittel. Sie haben doch den Landesjugendplan gekürzt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das war das falsche Signal. Wir brauchen Orte für die Jugendlichen, wo sie nachmittags hingehen können.

Was in Ihrem Antrag völlig fehlt, ist im Justizbereich zum Beispiel der Täter-Opfer-Ausgleich. Alle Auswertungen zeigen, dass für einen jugendli-

chen Straftäter die Konfrontation mit dem Opfer und die Wiedergutmachung zum Teil sehr viel heilsamer und sehr viel wirksamer sind, als ihn einfach wegzusperren. Darum geht es doch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch bewährte Programme und Projekte wie das „Streitschlichterprogramm auf Schulhöfen“, wo Jugendliche sich um Jugendliche kümmern und versuchen, in Konflikte einzugreifen, kommen in Ihrem Antrag überhaupt nicht vor.

Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Justiz ist auch ein wichtiger Punkt. Es muss eine bessere Verzahnung stattfinden, damit diese Karrieren nicht in Schubladen verlaufen, damit Jugendhilfe nicht mit dem Einsperren im Knast aufhört, sondern Jugendhilfemaßnahmen weitergeführt werden. Auch das kommt in Ihrem Antrag nicht vor. – Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen nur ein paar Ansätze für Konzepte aufgezeigt, von denen wir meinen, sie wären wirksam und würden greifen.

Herr Wüst, Sie singen das Hohelied des Wegsperrens, das sich wie ein roter Faden durch Ihren Antrag zieht, und fangen mit der geschlossenen Unterbringung in der Jugendhilfe an. Es gibt im Einzelfall bei pädagogischen Konzepten auch in unseren Heimen in Nordrhein-Westfalen mal eine Tür, die zu ist. Das mag manchmal auch ganz sinnvoll sein. Aber man kann die geschlossene Unterbringung nicht als Konzept vorsehen oder gar als Allheilmittel predigen, sonst wird es ideologisch, und man verlässt die Fachdebatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es geht weiter mit Jugendarrest und Anwendung von Erwachsenenstrafrecht statt Jugendstrafrecht.

(Hendrik Wüst [CDU] will den Saal verlassen.)

– Herr Wüst, Sie verlassen den Raum, anscheinend sind Ihnen diese Argumente nicht so wichtig. Trotzdem empfehle ich Ihnen, sich einmal die Rückfallquoten beim Jugendarrest anzusehen. Sie liegen bei fast 80 %. Deshalb müssen wir doch einsehen, dass diese Mittel nicht wirken und wir uns etwas Intelligenteres ausdenken müssen, wenn wir in der Jugendkriminalität das Ziel verfolgen, diese Menschen wieder auf den richtigen Weg zu bringen und sie zu einem straffreien Leben zu befähigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vielleicht wollen Sie sich von diesem Ziel verabschieden – das kann ja auch dahinterstecken –

und sagen: Uns geht es gar nicht mehr um Erziehung und Wiedereingliederung, sondern um Sühne und Strafe. – Das ist aber nicht unsere Vorstellung, mit delinquenten Jugendlichen in unserem Land umzugehen.

Bei den unter 21-Jährigen – und dabei bleiben wir – muss, wenn Jugenddelinquenz gegeben ist, zu Recht die Erziehung in Mittelpunkt stehen und nicht das Wegsperren,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ausweisen, Abschieben und das Motto „Je härter, je besser“. Denn „Je härter, je besser“ ist nicht wirksamer. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Düker. – Ich habe eine weitere Wortmeldung des CDU-Abgeordneten Biesenbach vorliegen. Bitte schön.

(Sören Link [SPD]: Wir haben uns auf Manfred Kanther gefreut, aber er ist heute nicht da!)

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Düker, ich weiß nicht, wozu Sie geredet haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zu Herrn Wüst! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es kann dann aber nur das Deckblatt unseres Leitetrags gewesen sein!

(Widerspruch und Lachen von SPD und GRÜNEN)

Alles, was Sie so vehement darstellen, steht längst darin. Sie hätten mal lesen sollen, was darin steht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich habe alles gelesen! – Weitere Zurufe)

Sie sprechen von Kuschelpädagogik; Sie haben doch in Ihren Regierungsjahren eine Antwort auf folgende Frage nie geben können: Was machen wir mit der zunehmenden Zahl der Intensivtäter – egal, ob sie minderjährig oder heranwachsend sind?

(Beifall von Bernhard Recker [CDU])

Diese Zahl ist sprunghaft angestiegen. Das Problem, das wir besprechen, sind die 5 % der straffällig werdenden Kinder und Jugendlichen, die mit Ihren Erziehungsmaßnahmen nicht mehr zu bewegen sind und die mittlerweile fast 60 % der Gewalttaten begehen. Bei denen muss es möglich

sein, Konzepte auszusuchen, die sich in anderen Ländern bewährt haben.

Sie hätten mitfahren sollen, als der Rechtsausschuss in Kanada gewesen ist, um sich diese Einrichtungen anzusehen. Sie wären überzeugt davon, dass solche Einrichtungen mit einem guten Konzept helfen können, weil sie pädagogisch arbeiten.

(Frank Sichau [SPD]: Nein, Herr Biesenbach, das haben wir nicht gesehen!)

– Herr Sichau, ich weiß nicht, wovon Sie gerade träumen.

(Frank Sichau [SPD]: Ich war da!)

Was Sie jetzt machen, ist nichts anderes, als ohne Sachkenntnis und ohne Ahnung etwas in den Raum zu stellen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Lesen Sie uns doch alle Dinge vor, die Sie angeblich kritisieren! Ich kann sie Ihnen in unserem Leitantrag andersherum vorlesen. Alles, was Sie wollen, steht darin.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber wir haben doch Herrn Wüst zugehört!)

– Frau Kraft, wir verfahren nach dem Prinzip: sowohl als auch!

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Wüst hat etwas anderes erzählt!)

Die Medien haben sich die Mühe gemacht und die Seiten gelesen. Denn sie haben es verstanden.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Genau das, Herr Remmel, erwarten wir von Ihnen: dass Sie sich mit der Sache auseinandersetzen und nicht einfach sagen, Sie hätten etwas durch die Gegend zu werfen.

(Beifall von der CDU)

Alle Situationen werden längst angesprochen. Wenn Sie sagen: Bei den unter 21-Jährigen soll Erziehung im Mittelpunkt stehen, werden Sie das in drei Kapiteln ganz deutlich wiederfinden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Law and Order – das ist Erziehung!)

– Frau Düker, das mögen Sie so verstehen. Aber das zeigt, wie wenig Sie in der Lage sind, differenziert auf die vorhandenen Situationen einzugehen. Wir haben heute ein anderes Täterbild, als wir es zu Ihren Zeiten traumhaft gehabt haben. Wir haben andere Jugendliche, mit denen anders umgegangen werden muss.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein, wir haben alle Herrn Wüst zugehört!)

Unsere Antwort ist: differenzierter Täterkreis – differenzierte Methoden!

(Zuruf von der SPD)

Sie prangern die Ultima Ratio bei denen an, die wir sonst nicht mehr erwischen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Kann doch gar nicht sein, wenn Sie so erfolgreich mit Ihrer Regierungspolitik gewesen sind!)

Alles andere finden Sie viel komplexer: Ob das Armin Laschet, Frau Sommer, Frau Müller-Piepenkötter oder ob das der Innenminister ist – alle fangen an, vernetzt darüber nachzudenken, wie möglichst früh angefangen werden kann.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Alle Konzepte von Frau Müller-Piepenkötter haben Sie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Wir erwähnen sie; im Rechtsausschuss haben wir sie debattiert. Sie alle betreffen die Gruppen und die Zeitpunkte, die Sie wollen. – Was machen Sie? Sie erwähnen sie nicht einmal, weil sie Ihnen lästig sind. Sie müssten nämlich dann zugeben, dass unser Konzept auf dem Wege ist, ein gutes ganzheitliches Konzept zu werden.

Diesen Weg werden wir durchsetzen. Dieser Weg ist der richtige. Er wird auch bestätigt. Schön ist doch: Wir sind längst in einer Diskussion mit Jugendrichtern und mit Jugendämter über unseren Leitantrag. Kleine Marginalien werden als Ergänzung angeboten, aber wir bekommen überall das Signal, das sei der richtige Weg.

Wenn Sie wollen, kommen Sie mit! Aber das heißt, Sie müssten dann in die Sache einsteigen und nicht nur polemisieren.

(Beifall von der CDU – Carina Gödecke [SPD]: Oh!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch der Abgeordnete Sichau das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er war in Kanada! Das trifft sich!)

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich die Ausführungen von Herrn Biesenbach über die Camps aus eigener Erfahrung widerspiegeln möchte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Er war da!)

In der Tat: Wir waren in Kanada. Wir haben uns viel angesehen. Wir haben auch ein solches Camp gesehen. Ich wurde nicht an Erziehung erinnert, sondern an Preußens Gloria.

(Beifall von der SPD)

So etwas kommt überhaupt nicht infrage. Das hat mit Erziehung nichts zu tun; das ist Barras und nichts anderes! Das ist sozusagen 08/15, im schlimmsten Sinn des Wortes „innere Führung“. Was wir in der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg aufgemacht haben, hat damit überhaupt nichts zu tun; das können Sie nicht unter Erziehung subsumieren. Ich weiß nicht, wer Ihnen so etwas erzählt hat.

Richtig ist, was Herr Kutschaty gesagt hat: Diese Camps waren eine Idee. Man hat sie mit freien Trägern umgesetzt. Man ist angesichts der wissenschaftlichen Evaluation inzwischen dabei, diesen Gedanken wieder zurückzuführen und wirksame Konzepte zu verfolgen. Auch wenn die JVA in Siegburg mit einer Menge Problemen belastet ist, gibt es dort immerhin eine Sozialtherapie für Gewalt- und Intensivtäter. Es gibt sie nicht erst seit 2005.

Frau Müller-Piepenkötter ist heute nicht da; ich weiß nicht, warum. Sie wird Ihnen bestätigen können, dass es sich um eine traditionelle Sozialtherapie im Jugendstrafvollzug handelt.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Das Motto, es wurde nie etwas für jugendliche Intensivtäter getan, ist eine Mär, die Sie zu züchten versuchen, die aber mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Während der gesamten Diskussion habe ich mir eine Menge Punkte aufgeschrieben: Herr Dr. Orth, als ich im Rechtsausschuss gesagt hatte, die Kriminalität und zeitweise auch die Gewaltkriminalität bei Jugendlichen sei gesunken – ich habe Herrn Pfeiffer genannt –, war Ihre Reaktion: Das stimmt nicht, und wenn ich den Namen Pfeiffer höre – das werde ich nie vergessen –, bekomme ich Pickel.

(Heiterkeit von Dr. Robert Orth [FDP])

Und heute stellen Sie sich hierhin und sagen: Natürlich ist die Kriminalität gesunken. – Was stimmt denn: Ihre Aussage von vor einigen Monaten oder Ihre heutigen Ausführungen? Das sollten Sie dem Hohen Hause einmal erklären.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Herr Wüst ... Mir fällt nach diesem Auftritt eines Jungreaktionärs nur Genesis 1, Vers 2 ein: „Und die Erde war wüst und leer.“ – Und es gab ein großes Durcheinander!

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Karl-Josef Laumann: Das war ein guter Spruch! den muss ich mir merken!)

So ein Durcheinander, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren, habe ich noch nicht gehört!

Wir haben Kriminalitätsentwicklung unter Margaret Thatcher beobachtet. Selbst die „WAZ“ hat darüber geschrieben, die sonst nicht unbedingt Tiefgang hat, wenn es um diese Fragen geht. Die „WAZ“ hat vor Jahren festgestellt: Härte heißt mittel- bis langfristig eine höhere Kriminalität. Da kann ich Herrn Wüst nur beglückwünschen. Es kann doch nicht gewollt sein, dass wir uns hierhin stellen – Herr Rüttgers hat das auch schon getan – und sagen, wir bräuchten mehr Härte. Dafür riskiert man – das belegen alle wissenschaftlichen Untersuchungen – mehr Kriminalität. Was soll so ein Quatsch? Entschuldigung, was soll das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen wirksame Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung und für den Strafvollzug; eines habe ich gerade genannt.

Aber wir müssen natürlich auch einen weiteren Punkt sehen: Wir reden immer von Prävention. Als Frau Müller-Piepenkötter noch Vorsitzende des Deutschen Richterbundes in Nordrhein-Westfalen war, habe ich ihr gesagt: Gucken Sie sich Ihre Adressaten genau an. Prävention ist im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe. Das Land hilft dabei durch den Landesjugendplan, durch die sogenannten Brücke-Projekte. – Die Brücke in Köln ist inzwischen, glaube ich, 20 Jahre alt. So lange läuft das schon.

Und was tun Sie? Herr Lindner sagt draußen zum Landesjugendplan: 104 Millionen €. – Hier im Haus sagt er: Es bleibt bei dem, was ist.

(Widerspruch von Christian Lindner [FDP])

– Natürlich Sie! Ich sehe Sie an. Sie haben das gesagt!

(Beifall von der SPD)

Das haben mir Jugendverbände gesagt. Hier sagen Sie: Es bleibt bei den alten Ansätzen. – Die Wahl ist vorbei; an die Versprechen muss man sich nicht mehr erinnern. So einfach ist das. Das

hat auch mit Kriminalitätsvorbeugung zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU – Zuruf von der SPD: Schämt euch!)

Dann gibt es noch die geschlossene Unterbringung. Wissen Sie, Herr Dr. Orth, wir haben die U-Haft-Vermeidung diskutiert, § 71 JGG Abs. 1 und Abs. 2. Sie haben unseren Antrag auf vertragliche, verlässliche Möglichkeiten, Jugendliche im geschlossenen Vollzug ... – Entschuldigung, jetzt habe ich mich versprochen. Ich wollte sagen: Wir haben beantragt, Jugendliche in geschlossenen Gruppen unterzubringen – nicht in geschlossenen Heimen; das ist ein großer Unterschied. – Sie haben diesen Antrag abgelehnt! Und was machen Sie hier?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank! – Beifall von der FDP)

Frank Sichau (SPD): Einige freuen sich, aber ich habe noch viel zu sagen. Ich will mich natürlich an die Regeln halten.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

– Natürlich, Herr Dr. Orth.

Ich möchte nur noch einen Satz sagen, den ich Ihnen auch schon im Rechtsausschuss gesagt habe: Während der rot-grünen Regierungszeit ist kein Arrestvollzug nicht vollzogen worden. Das habe ich gesagt, und Sie haben hier wieder etwas Falsches behauptet. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sichau. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor und sind auch kaum noch möglich. Deshalb schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und

der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3913

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Abgeordneten Biesenbach von der CDU für eine der antragstellenden Fraktionen – möglicherweise aber auch für alle – das Wort. Bitte schön, Herr Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Augenblick habe ich eine der ungewöhnlichen Gelegenheiten, einmal für drei Fraktionen zu sprechen, denn wir haben uns auf einen Redner für die drei antragstellenden Fraktionen geeinigt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das wollen wir aber nicht zur Regel werden lassen!)

Unsere Arbeitgeber sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Von daher fällt es uns nicht leicht, in eigener Sache zu entscheiden. Das liegt vor allem auch daran, dass es die Medien nachvollziehbarerweise lieben, die Abgeordnetenbezüge zu thematisieren. Deshalb gibt es bei uns wie in allen Parlamenten Verfahren, die ohne Willkür Transparenz herstellen.

Um vor diesem Hintergrund bei notwendigen Anpassungen Daten von Stellen außerhalb des Parlaments zur Verfügung zu haben, sieht § 15 des Abgeordnetengesetzes ein streng objektives Verfahren vor. Grundlage für den von der Präsidentin zu erstellenden Angemessenheitsbericht sind die von dem Präsidenten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik übermittelten Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie die Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise im vorausgegangenen Jahr. Nach § 15 des Abgeordnetengesetzes ist mit dem Angemessenheitsbericht zugleich ein Vorschlag zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge zu unterbreiten.

Der Landtag hat in den vergangenen Jahren gleich mehrfach darauf verzichtet, eine ermittelte Erhöhung auch tatsächlich zu beschließen. Gleichzeitig wurden aber die Zahl der Abgeordneten deutlich reduziert und die Wahlkreise auf 150.000 Einwohner vergrößert. Damit sollte jeweils ein Zeichen gesetzt werden. Deshalb ist auch mit der jetzigen Anpassung lange gezögert worden.

Im Zeitraum seit 1996 haben sich die Preise um 20 % erhöht, die Abgeordnetenbezüge selbst um 16,7 %. Die durchschnittlichen Löhne und Gehäl-

ter in Nordrhein-Westfalen sind im gleichen Zeitraum aber um 31,4 % und damit fast doppelt so stark gestiegen. Das ist auch der Grund, warum uns die Präsidentin mit ihrem Bericht Drucksache 14/3009 eine Berechnung vorlegt, mit der Sie vorschlägt, die Abgeordnetenbezüge um 1,39 % zu erhöhen.

Die Fraktionen, die diesen Gesetzentwurf einbringen, halten die Erhöhung auch für angemessen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen seit der Umstellung der Bezüge im Jahr 2005 keine separate Kostenerstattung mehr erhalten. Anders als bei Arbeitnehmern oder Verwaltungsangehörigen müssen Abgeordnete dieses Landtags sämtliche Arbeitsmittel sowie Porto-, Telefon-, Auto- und Übernachtungskosten von der festgesetzten Vergütung bezahlen. Die Kosten sind in diesem Bereich deutlich gestiegen. Auch diese Steigerungen sind von der vorgeschlagenen Erhöhung zu decken. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag eingebracht haben.

Abschließend möchte ich anmerken: Abgeordnete werden sicher gut bezahlt, aber nicht üppig. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Landtag unsere Vergütung wert sind.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Biesenbach. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deren Parlamentarische Geschäftsführer Herr Rimmel um das Wort gebeten.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat sind Diskussionen über unsere eigenen Bezüge mit die unangenehmsten Debatten, die wir hier im Hause führen. Aber das Verfassungsgericht und die Gesetzgebung sehen vor, dass wir darüber selbst entscheiden müssen. Dieser Aufgabe müssen wir uns tatsächlich stellen, und das sollten wir auch mit einem gewissen Selbstbewusstsein tun.

Ich spreche hier für meine Fraktion, die sich in einer Sache einig ist: Wir als Fraktion unterstützen den Antrag der drei anderen Fraktionen nicht. Gleichwohl – und das haben wir in der Vergangenheit auch so gehandhabt – gibt es in der Frage des persönlichen Abstimmungsverhaltens zum Antrag der drei Fraktionen unterschiedliche Auffassungen in unserer Fraktion, und diese Auffassungen – so haben wir jedenfalls beschlossen – sollen sich auch nicht an einer Fraktionsmeinung

orientieren müssen. Insofern wird es ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten geben.

Es gibt in der heutigen Zeit gute Gründe dafür, eine Diätenerhöhung abzulehnen: Es gibt gute Argumente: Geringverdiener, Hilfeempfänger, Rentnerinnen und Rentner bekommen aktuell keine Erhöhung. Auch Beamtinnen und Beamten – uns haben zahlreiche Zuschriften erreicht – nehmen nicht an Kostentwicklungen teil. Man muss auch als Argument beachten, dass wir unsere Arbeitsfähigkeit zwar durch eine Diätenerhöhung steigern, aber anderen, wie zum Beispiel den Mitgliedern der Regionalräte, die auch politische Arbeit verrichten, tatsächlich Kürzungen auferlegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt gute Gründe, auch innerhalb der Systematik noch einmal abzuwägen, ob die allgemeine Erhöhung der richtige Weg ist. Wäre es vor dem Hintergrund dessen, dass es vor allem hinsichtlich der Altersversorgung zwischen „alten“ und „neuen“ Abgeordneten tatsächlich Diskrepanzen gibt, nicht sinnvoller, dies bei den neu hinzugekommenen Abgeordneten differenzierter zu betrachten?

(Beifall von den GRÜNEN)

All dies sind gute Gründe, eine Diätenerhöhung, wie sie hier vorgeschlagen wird, abzulehnen.

Aber, meine Damen und Herren, ich meine – und das ist meine persönliche Auffassung –, man muss auch jenseits der Argumente, die sich vielleicht in einer politischen und gesellschaftlichen Diskussion ergeben, in der Sache argumentieren können. Und in der Sache müssen wir feststellen, dass der heutige Entschädigungsbetrag auf einer Empfehlung einer Diätenkommission aus dem Jahre 2001 basiert. Zwischen 2001 und 2007 liegt eine Distanz, und insofern muss man konstatieren, dass eine Diskussion über eine Erhöhung während dieses Zeitraums nicht stattgefunden hat.

Ich darf daran erinnern – darauf bin ich in einer gewissen Weise auch stolz –, dass wir es gemeinsam geschafft haben, die Diäten umzustellen, aber zum Zeitpunkt der Umstellung – auch 2004 und 2005 – vernahm man immer in der Diskussion, dass die Empfehlung von 2001, mit 9.500 € einen Gesamtbetrag zu bilden, eigentlich nicht mehr abbildet, was nötig wäre. Der Grundsatz war nämlich, dass keine Schlechterstellung erfolgen sollte.

Diesen Grundsatz haben wir nicht umgesetzt. Wir haben tatsächlich Kürzungen vorgenommen, weil wir Transparenz und Offenheit den Vorrang gegeben haben. Des Weiteren haben wir gesagt, dass

wir den Betrag von 9.500 € aus politischer Sicht nicht erhöhen könnten.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir in der Diskussion immer wieder betont haben, dass es auch unter einer neuen Regelung einer Abgeordnetenentschädigung möglich sein muss, qualifiziert über Erhöhungen nachzudenken. Ich bin der Meinung, dass dies jetzt an der Zeit ist und dass es aus dem System heraus gerechtfertigt ist, über eine ordentliche, ordnungsgemäße Abgeordnetenbezahlung nachzudenken.

Die Erhöhung um 1,39 % ist eine angemessene Erhöhung; das ist allerdings meine persönliche Meinung. Insofern würde ich mich – natürlich nach Beratung im Hauptausschuss und einer zweiten Lesung hier – ebenso wie einige andere Kollegen einer solchen Erhöhung anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/3913** an den **Hauptausschuss**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

3 Handlungsoffensive der Landesregierung zum Klimaschutz konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3845

Ich weise darauf hin, dass es hierzu einen **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt; das ist die **Drucksache 14/3932**.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Sprecher der antragstellenden Fraktion, Herrn Weisbrich von der CDU, das Wort. Bitte schön.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir liegt daran, dass wir die Diskussion über den Klimaschutz endlich wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Lassen Sie uns aufhören, Termine für den Weltuntergang zu verkünden. Lassen Sie uns aufhören, mit Glühbirnenverboten und ähnlichen Mätz-

chen die Welt retten zu wollen. Senken wir den Schadstoffausstoß durch derart populistische Sprüche. Lassen Sie uns stattdessen handeln. Lassen Sie uns tun, was sinnvoll und was notwendig ist!

In der Klimadebatte gibt es eine Fülle ungelöster Fragen und unbestimmter Einflüsse: Welche Auswirkungen haben methanspeiende Vulkane auf dem Meeresgrund? Welche Folgen hat der Zyklus der Sonnenflecken? Warum haben Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die ganz überwiegend auf der Nordhalbkugel der Erde verbraucht werden, eine so unstillbare Sehnsucht nach dem Süden, dass sie sich in der Antarktis sammeln und dort das Ozon fressen? Wie kommen sie in die Stratosphäre, obwohl sie doch viermal schwerer sind als Luft und nach ihrer Freisetzung sofort auf den Boden sinken?

Sie sehen: Es gibt viele Unsicherheiten in der Klimadebatte. Doch es gibt auch weitgehend gesicherte Erkenntnisse.

Die Erdtemperatur steigt mit wachsender CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Die CO₂-Konzentration unterliegt in erheblichem Maße menschlichen Einflüssen. Ein Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad Celsius während der nächsten 100 Jahre würde massive Klimaänderungen bewirken. Um den bereits laufenden Temperaturanstieg auf dieses Maß zu begrenzen, ist es notwendig, die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre ab dem Jahr 2050 dauerhaft bei etwa 500 ppm zu stabilisieren.

Wenn wir das wollen, meine Damen und Herren, gilt es zwei Fragen zu beantworten. Erstens: Wie können wir dieses Ziel mit möglichst geringen Kosten erreichen? – Und zweitens: Welche Lasten können, müssen oder dürfen wir einzelnen Nationen zumuten?

Wenn wir die Menschen auf dem Weg in eine bessere Klimapolitik mitnehmen wollen, müssen wir ihnen ein Gefühl für die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen vermitteln. Das geht nur, wenn wir den Kohlenstoffkreislauf verständlich machen, die Ursachen des CO₂-Anstiegs sauber bilanzieren und das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Vermeidungsstrategien offenlegen.

Meine Damen und Herren, die Erdatmosphäre enthält derzeit etwa 2.700 Milliarden t CO₂. Das sind umgerechnet 380 parts per million. Infolge der Fotosynthese gibt sie jährlich 440 Milliarden t CO₂ an Pflanzen ab. 330 Milliarden t werden in Form von Niederschlägen jährlich von den Weltmeeren absorbiert. Damit dürften jährlich 770 Mil-

liarden t CO₂ neu entstehen, damit das Klimagleichgewicht erhalten bleibt.

Wie viel CO₂ entsteht aber wirklich? – Verdunstungsprozesse führen der Atmosphäre jährlich 323 Milliarden t zu, Atmungsvorgänge von Pflanzen und Lebewesen setzen 220 Milliarden t frei. Dazu kommen 202 Milliarden t aus Zersetzungsprozessen, also Methangasbildung. Das sind die dicken Brocken der CO₂-Produktion, zusammen etwa 745 Milliarden t pro Jahr.

Hinzu kommen jährlich 8 Milliarden t aus Bränden, durchschnittlich 0,4 Milliarden t aus Vulkanausbrüchen, und – das ist der kritische Punkt – 24,5 Milliarden t werden von Menschen erzeugt. Davon entfallen 2,5 Milliarden t auf Brandrodung, aber 22 Milliarden t auf die energiebedingte Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Bilanziert man all diese Vorgänge, meine Damen und Herren, muss die Erdatmosphäre jährlich 8 Milliarden t CO₂ mehr aufnehmen, als sie im natürlichen Kreislaufprozess abgeben kann. Innerhalb von 100 Jahren würde das den CO₂-Gehalt der Luft auf 3.500 Milliarden t oder 500 ppm, unsere magische Grenze, ansteigen lassen.

Berücksichtigt man noch ein Bevölkerungswachstum auf etwa neun Milliarden Menschen, das innerhalb dieses Jahrhunderts durchaus wahrscheinlich ist, und den mit der Industrialisierung ansteigenden Energiebedarf pro Kopf, ist klar, dass die Menschen ihre Siedlungs-, ihre Produktions- und ihre Mobilitätsgewohnheiten weit über das Kyoto-Protokoll hinaus umstellen müssen, um das definierte Klimaschutzziel zu erreichen.

Ebenso klar ist: Europa und die anderen großen Industrienationen tragen in herausragendem Maße technische und wirtschaftliche Verantwortung für das Gelingen des Umsteuerungsprozesses. In den Entwicklungsländern kann das nicht geleistet werden.

Für uns sind drei Schlüsselfaktoren entscheidend: Energie einsparen, Energieeffizienz erhöhen und erneuerbare Energien ausbauen. Darüber hinaus sind die Anpassungsgeschwindigkeit, der Reifegrad neuer Technologien und die Versorgungssicherheit von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Umsteuerungsprozesses.

Man kann keinen Tanker auf der Hinterhand wenden, und man kann weder in Deutschland noch in anderen Industrienationen die Energieversorgung einer großen Volkswirtschaft mit hohen zweistelligen Änderungsraten pro Jahr umstellen. Zu groß wären die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen. Wenn wir die Temperaturstabilisierung bis

2050 erreichen wollen, müssen wir bis dahin – nicht heute – den notwendigen Energiemix aus dem Vorhandenen systematisch entwickeln. Erfolgreich werden wir nur dann sein, wenn wir den Weg mit schlüssigen Zielmarken versehen, wie Bundeskanzlerin Merkel das derzeit auf europäischer Ebene versucht. Der Erfolg muss aber auch finanzierbar sein, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen kommt.

Um dies sicherzustellen, meine Damen und Herren, müssen wir Risiken und Chancen der einzelnen Energieträger und Energieerzeugungsanlagen jenseits jeder Ideologie vernünftig bewerten. Vor allem aber müssen wir vor jedem Umbauschritt seine Auswirkungen auf Klimaziele und Finanzierbarkeit abschätzen.

Ich will die Problematik einmal am Beispiel der Biomasse deutlich machen: Wenn alle Wald- und Ackerflächen in Deutschland – zusammen etwa 30 Millionen ha – energetisch genutzt würden, könnten damit bei einem derzeit unterstellten Hektarertrag von 50.000 Kilowattstunden etwa 30 % des deutschen Primärenergiebedarfs abgedeckt werden. Das würde aber der gesamten Ernährungs- und Holzwirtschaft die inländische Rohstoffbasis entziehen. Allein in der nordrhein-westfälischen Holzwirtschaft würden damit rund 260.000 Arbeitsplätze mit knapp 40 Milliarden € Wertschöpfung weitgehend aufgegeben.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit liegt damit – wie meist im Leben – irgendwo in der Mitte. Das Kyoto-Protokoll verlangt von der EU, dass die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2012, also innerhalb von 22 Jahren, um 8 % gesenkt werden. Nach dem derzeitigen Diskussionsstand strebt die Bundesregierung an, zwischen 2012 und 2020, also in acht Jahren, die Emissionen europaweit um weitere 12 % zu senken, und zwar dann um 20 % gegenüber der Ausgangsbasis. Anfang 2007 hatte die EU von der vereinbarten 8%-Senkung erst 1,2 % erreicht.

Auf die Bundesrepublik entfallen 20 % der Einwohner und ein Viertel der Emissionen in der EU. Dennoch haben wir uns nach dem Kyoto-Protokoll verpflichtet, 75 % der europäischen Reduktionsverpflichtungen zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 % gesteigert werden soll, was schon ambitioniert genug ist, können wir nicht bis zum gleichen Zeitpunkt auch aus der Kernenergie aussteigen, wenn die Klimaziele dennoch erreicht werden sollen. Wer etwas anderes behauptet – das sage ich in aller

Deutlichkeit – belügt die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. 1 in Deutschland stellt sich mit seiner Energiepolitik den globalen Herausforderungen.

Module dieser Energiepolitik sind: das Konzept Energieforschung Nordrhein-Westfalen, die Energieeffizienzoffensive „NRW spart Energie“, das NRW-Konzept „Erneuerbare Energien“ sowie die „Biomassestrategie Nordrhein-Westfalen“.

Da die Landesregierung die wohl durchdachten Inhalte dieser Bausteine selbst vorstellen wird, gestatten Sie mir abschließend nur ein paar Überlegungen zur Energiepolitik jenseits der heutigen Programmpunkte. Denn irgendwann müssen wir uns einmal auf die Linie verständigen, wie es weitergehen soll.

Die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ist richtig und wichtig. Sie wird aber nicht ausreichen, um die beschriebenen Klimaziele sozialverträglich zu erreichen. Wir brauchen zusätzlich in einem ersten Schritt den Ersatz alter Kohlekraftwerke durch hoch effiziente neue Kohlekraftwerke sowie eine Exportoffensive für diese Kraftwerksgeneration, damit weltweit kostengünstige Effizienzgewinne erzielt werden können.

Wir müssen die Erforschung und Erprobung der Clean-Coal-Technologie vorantreiben, damit diese Technologie bis etwa 2020 in großem Umfang auf dem Markt sein und dann als klimaneutrale Option für den Ersatz von Kernkraftwerken dienen kann.

Wir brauchen weiter eine Struktur der Übertragungsnetze, die auf die dezentrale Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen abgestimmt ist – ein Multimilliardenprojekt.

Schließlich sollten wir im Wärmemarkt und Mobilitätssektor längerfristig auf die Wasserstofftechnologie setzen. Die wirtschaftlichen Chancen der Technologieführerschaft in Reaktor-, Antriebs- und Heizungstechnologie wären enorm. Deshalb sollte Nordrhein-Westfalen gerade hier einen Forschungsschwerpunkt setzen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die zweite antragstellende Fraktion, die FDP, erhält der Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Weisbrich hat deutlich gemacht, um was es geht: Wer spart im Endeffekt wie viel CO₂ ein? Wir sollten noch einmal deutlich machen: Beim CO₂-Ausstoß pro Kopf liegt Deutschland mit 11 t erst auf Rang 26. Spitzenreiter ist Qatar, dann kommen irgendwann die USA, aber auch Finnland liegt mit 14 t pro Kopf weit vor uns.

Hinsichtlich des angestrebten Reduktionsziels um 21 % liegen wir mit 20 % schon recht nah an der Zielmarke. Jetzt mögen manche kritisieren: Das liegt daran, weil die Industrie in den neuen Bundesländern zusammengebrochen ist. Dann muss man aber auch deutlich sagen: Diesen Strukturwandel haben wir mit Hunderten von Milliarden finanziert. Das ist eine Leistung, die wir deutlich hervorheben können.

Ich will jetzt nicht darauf eingehen, dass andere Länder wie Irland und Spanien erhebliche Zuwachsraten bei CO₂ haben. Unstrittig ist für uns, dass wir hinsichtlich der Technik eine Führungsrolle in Deutschland übernehmen wollen. Ziel muss es sein, weltweit relevante CO₂-Emittenten in ein verbindliches Reduktionsszenario einzubinden; denn es kann nicht sein, dass wir enorme Anstrengungen unternehmen und damit letztendlich Wirtschaftsförderung für andere betreiben.

In diesem Zusammenhang ist es unstrittig zu sagen: Jede eingesparte Tonne CO₂ ist eine richtig eingesparte Tonne. Hier gilt es auch noch einmal, Zahlen ins Gedächtnis zu rufen: Wenn wir CO₂ einsparen wollen, können wir das bei Windstrom mit 47 €/t machen, wenn wir die Kraftwerksmodernisierung vorziehen, sind es 27,50 €/t, und wenn wir die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern – vorausgesetzt die Sicherheit ist gegeben und die Endlagerung wird geklärt –, haben wir sogar Gewinne von 18 €/t. Das ist alles sehr wichtig, das müssen wir im Kopf behalten.

Es gilt anspruchsvolle Ziele zu formulieren; das ist richtig. Das setzt aber voraus, dass wir eine Kalkulationssicherheit für diejenigen einbauen, die sich diesen Zielen unterwerfen. Das geht bis hin zu Übergangsfristen, allerdings müssen wir auch klare und durchsetzbare Sanktionen haben.

Die Landesregierung hat mit der uns allen vorliegenden Drucksache, vom Chef der Staatskanzlei verteilt, ein Konzept vorgelegt, das genau in diese Zielrichtung hineinpasst: Als Erstes wollen wir eine klare Eröffnungsbilanz und eine Sachdarstellung des CO₂-Mengengerüsts haben.

Zweites Oberziel ist: Wir in Nordrhein-Westfalen wollen Energie einsparen. Wir wollen in dem

Handlungsfeld „Nordrhein-Westfalen spart Energie“ Handlungsempfehlungen zur Optimierung des Mitteleinsatzes geben.

Frau Ministerin, ich habe mit Freude gelesen, dass Sie eine flächendeckende Information nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Handwerker in Angriff nehmen, damit vor Ort im Bereich Wärmedämmung, Wärmepumpen, Hauswärme usw. konkret etwas getan wird. Das sind alles gute Sachen. Noch mehr hat mich erfreut, dass Sie deutlich machen: Wir als öffentliche Hand haben eine Vorbildfunktion und werden in vielen Bereichen vorgehen. Wir können nicht vom Bürger etwas verlangen, was wir als Staat nicht vormachen. Ich begrüße außerordentlich, dass das so deutlich hervorgehoben wird.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Biomasse ist es auch deutlich. Allerdings: Wenn es richtig ist – das wollen wir ja machen, Herr Minister –, dass wir im Bereich der Biomasse weitere Zuwachsraten erzielen wollen, dann stehen wir vor dem Problem, dass wir auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche – der Forst guckt auf den nachwachsenden Rohstoff Holz – einerseits im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe Energiepflanzen anbauen müssen. Hier müssen wir uns über die Frage der grünen Gentechnik bei Energiepflanzen unterhalten und positiv dazu äußern.

Andererseits müssen wir bei der landwirtschaftlichen Fläche die Nahrungsmittelproduktion und ökologische Ausgleichsfunktionen im Auge behalten. In diesem Zusammenhang hat eine unkontrollierte Flächenstilllegung keinen Raum mehr; da müssen wir zu anderen Konzeptionen kommen. Aber Sie, Herr Minister, sind ja gerade dabei.

Wichtig ist – das sollte noch einmal hervorgehoben werden –, dass wir im Bereich des Technikexports konkrete Maßnahmen ergreifen. Jetzt wird gleich von den Kollegen der grünen Fraktion gesagt: Im Bereich Windkraft können wir das alles machen. Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht missverstehen: Mit der Windkraftanlage als Demonstrationsanlage im Binnenland kann ich leben. Die Windkraftanlage an Standorten, wo wenig Wind weht, ist dummes Zeug. Selbst Herr Vahrenholt von REpower sagt: Die Windkraftanlage im Münsterland ist völlig absurd. Sie gehört in das Industriegebiet für Energiegewinnung an der Küste oder Offshore. Da haben wir die gleichen Probleme mit Industriegebieten, wie wir sie im Ruhrgebiet auch haben.

Wir müssen Demonstrationsobjekte im Bereich der Kraftwerkstechnik in den Export bringen; denn je-

des Kraftwerk mit hohem Wirkungsgrad, das wir exportieren, schafft ein Vielfaches von CO₂-Einsparungen gegenüber dem, was wir bei uns mit manchen Details wie Glühbirneneinsparungen – vorgeschlagen vom Bundes-Glühbirnenminister Gabriel – erreichen können.

Frau Ministerin Thoben, wir wollen in Nordrhein-Westfalen an das sogenannte CO₂-freie Kraftwerk herankommen. Das ist eine Vision, das lässt sich sicherlich im Labormaßstab schon technisch bewerkstelligen. Im großtechnischen Maßstab wollen wir es fördern. Wenn wir das wirklich wollen, möchte ich anraten, die Erkundung über den Geologischen Dienst in Angriff zu nehmen, wo wir das speichern wollen. Wir müssen uns um die sachlichen und rechtlichen Probleme des Pipelinebaues kümmern. Das müssen wir heute und so schnell wie möglich machen.

Wenn wir ein anspruchsvolles Reduktionsziel von 20 % in Europa und 30 % in Deutschland haben, dann müssen wir fragen, wie wir das schaffen wollen. Wir können es nicht schaffen, wenn wir moderne Technik wie Kohlekraftwerke ausblenden. Herr Römer, für mich ist völlig unverständlich, dass die SPD in Waltrop ein modernes Kohlekraftwerk verhindert, dass sie in Krefeld sogar in Zusammenarbeit mit der CDU ein solches verhindert. Dazu muss ich Herrn Kollegen Bischoff aus Duisburg – uns trennen politisch Welten – positiv hervorheben. Er setzt sich nämlich dafür ein, dass vor Ort ein Kohlekraftwerk gebaut wird, und macht deutlich, dass Kohlekraftwerke keine Dreckschleudern sind, sondern Hightechanlagen darstellen, die wir auch exportieren wollen.

Auf die Problematik, wie wir denn die Energieversorgung sicherstellen wollen, wird sicherlich gleich noch mein Kollege Brockes eingehen. Der Aufstieg aus der Kernkraft, aus der Braunkohle und aus der Steinkohle – das ist kein Zukunftsszenarium. Mit diesen Themen müssen wir uns aber auseinandersetzen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Zuletzt haben wir anlässlich des Orkans Kyrill im Plenum über Klimaschutz debattiert. Die SPD-Fraktion hatte hierzu einen Entschließungsantrag eingebracht, der folgende zentrale Aussagen enthält: SPD-geführte Landesregierungen haben

sehr früh damit begonnen, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Den politischen Weichenstellungen, sei es zum Kraftwerkserneuerungsprogramm, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung oder zum Einsatz erneuerbarer Energien, folgte konkretes Regierungshandeln.

Nordrhein-Westfalen war das erste Land, das in Klimaschutzberichten die Beiträge der verschiedenen Politikbereiche dargestellt und die Handlungsoptionen bewertet hat. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat bisher die bis 2005 erfolgreiche Klimaschutzpolitik nicht fortgesetzt. Klimaschutz, Frau Thoben, findet im Regierungshandeln nicht mehr statt. Das müssen wir feststellen. Die letzte Fortschreibung des Klimaschutzberichts Nordrhein-Westfalen stammt vom März 2005. Deshalb hatten wir Ende Januar beantragt, die Landesregierung aufzufordern, unverzüglich die Fortschreibung des Klimaschutzberichtes vorzulegen. Dieser Antrag wurde noch am 25. Januar dieses Jahres durch die Mehrheitsfraktionen abgelehnt.

Dabei ist die Ausgangslage für einen ambitionierten Klimaschutz made in Nordrhein-Westfalen sehr gut. Nordrhein-Westfalen war in den vergangenen Jahren Vorreiter beim Klimaschutz. Unter unserer Regierung war Nordrhein-Westfalen das erste Land – ich wiederhole das –, das einen Klimaschutzbericht vorgelegt hat.

Wir haben konkret gehandelt. Wir haben ein Kraftwerkserneuerungsprogramm auf den Weg gebracht, wir haben die Kraft-Wärme-Koppelung unterstützt und die Fernwärme ausgebaut. Wir haben erneuerbare Energien auf den Weg gebracht. All dies ist praktizierter Klimaschutz. All dies entwickelt sich aber nicht von allein. All dies braucht die Initialzündung eines aktiven und aktivierenden Staates. Ich wiederhole deshalb unsere Position vom 25. Januar: Gerade beim Klimaschutz, Herr Weisbrich, gilt: „Privat vor Staat“ ist keine Lösung.

Meine Damen und Herren, offensichtlich hat der Sturm Kyrill jetzt zumindest dazu geführt, dass die Kommunikationsstrategen der Landesregierung gemeint haben, ein Energiekonzept müsse her, egal, was drinsteht. Danach wurde dann ein Wust Papier mit dem wohlklingenden Namen „Energieoffensive Nordrhein-Westfalen“ der Presse und – mit der inzwischen üblichen Verzögerung – danach auch dem Parlament vorgestellt.

Hierzu nur wenige Anmerkungen, da wir uns in den Fachausschüssen mit den Details der sogenannten Energieoffensive noch werden auseinandersetzen können.

Wie in vielen anderen Bereichen schwarz-gelber Ankündigungspolitik fallen dabei drei Sachverhalte auf:

Erstens. Wohlklingende Begriffe ersetzen Fakten.

Zweitens. Wenn es konkret werden soll, wird gekniffen.

Drittens. Das praktische Regierungshandeln hat mit den Sonntagsreden nichts zu tun.

Zum ersten Punkt „Wohlklingende Begriffe ersetzen Fakten“ heißt es „Energieoffensive“ bei der Landesregierung und sogar „Handlungsoffensive Klimaschutz“ bei den Koalitionsfraktionen. Nehmen wir Sie einmal beim Wort. Wo handelt die Landesregierung? – Ich stelle fest: Fehlanzeige. Welcher Vorschlag ist offensiv für das Energieland Nordrhein-Westfalen und den Klimaschutz? – Auch nach den beiden Reden stelle ich fest: Fehlanzeige.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Welches konkrete Ziel setzt sich die schwarz-gelbe Landesregierung zum Klimaschutz? – Ebenfalls Fehlanzeige, Frau Thoben.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ein Reduktionsziel zum CO₂-Ausstoß aus Nordrhein-Westfalen oder eine CO₂-Bilanz sucht man im gesamten sogenannten Klimaschutzkonzept vergebens. Vereinfacht gesagt: Sie haben ein Klimaschutzkonzept ohne Klimaschutz vorgelegt. Sie haben schlicht und einfach das Thema verfehlt. Ihre politische Konzeptionslosigkeit ist erschreckend. So werden Sie Ihrer Verantwortung für dieses Land nicht gerecht.

Zum zweiten Punkt: Sind konkrete Maßnahmen geplant oder wird Papier nur unverbindlich vollgeschrieben? – Nur zwei Beispiele zu nebulösen Aussagen an Stellen, wo Menschen klare Perspektiven erwarten.

Erstens Beispiel: Frau Thoben legt ein sogenanntes Konzept erneuerbarer Energien vor. Zu den erneuerbaren Energien bräuchten wir aber klare Aussagen zu Ausbauzielen, zu Potenzialen in Nordrhein-Westfalen, zu Förderstrategien und zum Verwaltungsvollzug. Zu diesen Punkten jeweils Fehlanzeige.

Ein Beispiel zeigt deutlich das ganze Problem der schwarz-gelben Landesregierung. Zur Förderung erneuerbarer Energien nach dem EEG stellt Frau Thoben fest, diese habe zu einer deutlichen Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung beigetragen. – Das ist richtig. In einem Papier mit dem Namen „Konzept erneuer-

bare Energien“ ist genau danach die Stelle, an der die Landesregierung zu erklären hätte, wie dieses erfolgreiche Instrument sachgerecht weiterzuentwickeln ist. Das genaue Gegenteil macht Frau Thoben. Beim EEG beschäftigt sie sich ausschließlich mit vermuteten Mitnahmeeffekten und damit lediglich mit möglichen Nebenwirkungen und gerade eben nicht mit dem Hauptzweck des Gesetzes.

Gleiches gilt für den Wärmemarkt. Erst ein allgemeiner Satz zur Notwendigkeit, den Anreiz zur Förderung regenerativer Wärmeenergie zu unterstützen, danach kein Wort darüber, wie dies geschehen soll, sondern direkt zwei Gegenargumente gegen regenerativ erzeugte Wärme. Das ist nicht vernünftig; das ist völlig konzeptionslos. Dass Klimaschutz jeweils – sowohl zum EEG als auch zur regenerativ erzeugten Wärme – gar nicht mehr erwähnt wird, Frau Thoben, überrascht dann überhaupt nicht mehr.

Zum dritten Punkt: Das praktische Regierungshandeln hat mit den Sonntagsreden nichts zu tun. – Das Einzige, was dieser Regierung bisher eingefallen ist, ist, Haushaltsmittel zu kürzen. Sie streichen das REN-Programm um über 40 % zusammen, Sie vernachlässigen die Biomasseforschung, und Sie konzentrieren die Mittel für die Energieforschung bei der Atomkraft. Die dringend notwendige Forschung im Bereich erneuerbarer Energien wird dabei komplett vernachlässigt.

Ich will, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zum Antrag der Koalitionsfraktionen machen. Sie kommen gleich zu Beginn Ihrer Ausführungen zum Klimaschutz schnell wieder zu Ihrem Lieblingsthema Atomenergie und preisen die Atomenergie als Lösung der Klimaprobleme an. Unter der Woche haben Sie mit Ihren Klimaexperten Brok und Reul über Atomkraftwerke in Nordrhein-Westfalen orakelt. Ich sage Ihnen dazu: Mit dieser eindimensionalen Fixierung auf die Atomenergie verspielen Sie die Zukunftschancen für das Energieland Nordrhein-Westfalen und den weltweiten Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will allerdings auch, meine Damen und Herren, einige Anmerkungen zum Antrag der Grünen machen. In vielen Punkten, Herr Kollege Priggen, stimmen wir Ihnen zu, ich auch. Selbstverständlich – das ist das Wichtigste – müssen jetzt Taten zum Klimaschutz folgen. Bei einem Punkt gehen unsere Ansichten allerdings weit auseinander, was niemanden überrascht: Die Grünen ignorieren eine globale Entwicklung, die sich derzeit völlig unabhängig von Nordrhein-Westfalen vollzieht.

Denn weltweit – das wissen wir – steigt der Einsatz von Steinkohle stark an. Alle Studien lassen erkennen, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen wird. Ich will das gar nicht im Einzelnen beleuchten, sondern nur darauf hinweisen, dass China seine Energieversorgung nicht auf Gas umstellen wird – unabhängig davon, ob die Grünen hier Anträge stellen oder der Krefelder Stadtrat – im Übrigen mit CDU-Mehrheit, Herr Ellerbrock – ein wichtiges Kraftwerk im Krefelder Hafen verhindern will.

(Dietmar Brockes [FDP]: CDU- und SPD-Mehrheit!)

Den besten Beitrag zum Klimaschutz, meine Damen und Herren, leisten wir dann, wenn unsere Effizienztechnologie weltweit zum Einsatz kommen würde. Deshalb brauchen wir im Energieland Nordrhein-Westfalen jetzt auch modernste Kohlekraftwerke – nicht trotz, sondern wegen der Anforderungen an den globalen Klimaschutz.

Modernste Kohlekraftwerke – das will ich hier noch einmal ausdrücklich festhalten – sind durch höchste Wirkungsgrade und eine weltweit bessere Ausnutzung der Energieressourcen ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Sie sind ein wirksamer Beitrag für Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und für mehr Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt – im Übrigen unter Beteiligung der Stadtwerke, die Sie von den Regierungsfractionen ja bekämpfen wollen –, und sie sind gleichzeitig ein Beitrag zur Sicherung unserer Industriestandorte an Rhein und Ruhr.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Auch die Bundeskanzlerin steuert den EU-Gipfel derzeit genau in die richtige Richtung. Die Deutsche Presseagentur berichtet heute Morgen, dass der EU-Gipfel auf den verbindlichen Ausbau alternativer Energien zusteuert. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat heute einen Beschlussentwurf vorgelegt, der ein bindendes Ziel von 20 % alternativer Energiequellen aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse im EU-Durchschnitt bis 2020 festschreibt.

Dabei sollen zugleich die unterschiedlichen Ausgangslagen in den 27 EU-Staaten berücksichtigt werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Meine Damen und Herren, die schwarz-gelbe Landesregierung dagegen hat unnötig Papier vollgeschrieben, um vom eigenen Nichtstun abzulenken. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. Beantworten Sie – Frau Thoben, Sie haben gleich die Gelegenheit – endlich die wirklich brennenden

Fragen. Schreiben Sie einen echten Klimaschutzbericht, der die Beiträge der schwarz-gelben Landesregierung zum Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen darstellt! Und beenden Sie Ihr unverbindliches Gerede von der Atomenergie, oder sagen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen dann endlich auch, wo Sie neue Atomkraftwerke zu planen gedenken! Dann wüssten wir ein bisschen mehr. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Abgeordnete Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Regierungsfractionen, aus meiner Sicht ist Ihr Antrag, den Sie hier gestellt haben, keine Handlungsoffensive, sondern ein organisierter Rückzug.

Herr Weisbrich, ich war richtig erschrocken, als ich Ihre ersten Worte über Sonnenfleckenzyklus und Ähnliches gehört habe. Ich muss aber sagen: Danach haben Sie einige Punkte angeführt, bei denen wir übereinkommen könnten und bei denen auch ein weiter Konsens mit Herrn Römer besteht.

Da verstehe ich die FDP ja nie. Wenn ich die Unterschiede der Reden von Herrn Ellerbrock bei den letzten Debatten und heute betrachte, dann habe ich den Eindruck, dass Sie ihm hinsichtlich der Beurteilung der Klimaschutzdiskussion ein Stück weit Kreide zu futtern gegeben haben und er bestimmte Sachen heute nicht mehr sagen durfte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich weiß ehrlich gesagt nicht, ob der FDP klar ist, was sie in dem Antrag unterschrieben hat. Aber wenn dort in einem Satz geschrieben steht, dass die CO₂-Emissionen EU-weit in jeder Dekade um 10 % gesenkt werden sollen, und wenn das nicht nur unverbindliches Zitieren, sondern Teil Ihres geplanten Handelns sein soll, dann bedeutet das ein Minus von 10 % pro Jahr. Wenn man das ernst nehmen würde, dann reden wir über eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 60 % bis zum Jahre 2050. Ich komme gleich noch auf Ihren Beschlussvorschlag zu sprechen. Darin steht das quasi auch.

Nur: Es ist versteckt enthalten, und es wird nicht klar gesagt, dass das Ihr Ziel ist. Das ist das, was der Kollege Römer einklagt. Wenn es klar gesagt

würde, dann könnten wir über Margen reden und uns darüber streiten, wie wir die Reduzierung pro Dekade in NRW erreichen wollen. Es taucht aber nichts Konkretes auf – auch nicht in den Konzepten. Ich habe mir das Energieeffizienzkonzept mehrfach angeschaut und habe mich gefragt, wo die Marke steht, um über Maßnahmen streiten zu können. Es fehlt immer dann alles, wenn es konkret wird. Das mag nicht unbedingt an Ihnen, sondern kann auch am Koalitionspartner liegen, aber es fehlt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

An bestimmten Punkten sind wir gar nicht so weit auseinander. Ihre Parteivorsitzende, die Bundeskanzlerin Frau Merkel – die muss ich als Grüner ja nicht loben –, hat im Vorfeld der EU-Tagung gesagt, dass bis 2050 eine CO₂-Reduktion von 60 bis 80 % erreicht werden soll.

Ich vertrete in allen Vorträgen im Land immer 80 %. Das ist das, was ich aus den wissenschaftlichen Studien entnommen habe. Dann sind wir nicht weit auseinander. Die Dimension, was das für ein Industrieland wie die Bundesrepublik und für ein Land wie Nordrhein-Westfalen bedeutet – auch wenn es nur 60 % würden –, macht sich niemand klar. Kaspernummern wie eben von Herrn Ellerbrock, zu sagen, wir seien nur an 21. Stelle, machen keinen Sinn.

Wie sieht derzeit weltweit aus? – Die Amerikaner haben einen CO₂-Ausstoß von mehr als 20 t, die Bundesrepublik Deutschland 10 bis 11 t, Indien etwas mehr als 1 t und China unter 3 t pro Person und Jahr. Das ist die Ausgangssituation. NRW liegt bei den Emissionen pro Person in der Nähe der Amerikaner. Dies macht deutlich, welche riesige Herausforderung das für unser Land ist.

In Teilen taucht ja das, was Angela Merkel vorgebracht hat, auch bei Ihnen, Herr Weisbrich – ich habe sehr genau zugehört und sehr vieles mitgeschrieben –, auf. Sie sagen, der ppm-Gehalt solle auf 500 ppm begrenzt werden. Bezogen auf 100 Jahre beträgt die maximale Kapazität, die die Erde additiv – außer den normalen Zyklen – aufnehmen kann, dann jährlich 8 Milliarden t. Bei 9 Milliarden Menschen, die wir für Mitte des Jahrhunderts absehen, bedeutet das, dass wir pro Kopf 1 t CO₂ emittieren dürfen, wenn wir es statistisch gerecht verteilen würden.

Prof. Dr. Klaus Töpfer wird in der „WZ“ vom 2. Februar folgendermaßen zitiert:

„Eigentlich müssten wir das Recht, Treibhausgase zu emittieren, auf der ganzen Welt pro Kopf gleichmäßig verteilen. Warum soll ein US-

Amerikaner oder ein Deutscher mehr Rechte haben, die Atmosphäre zu belasten, als ein Indianer oder Chinese?“

Dem kann man nicht widersprechen. Das wird in Zukunft auch so kommen. Einsparungen werden die anderen Länder nicht ohne Weiteres akzeptieren. Wenn Sie denen sagen – wir haben ja Delegationen aus China hier gehabt –: „Ihr könnt doch die Umwelt nicht verschmutzen, ihr müsst anfangen, sparsamer zu werden“, dann sagen die: „Packt euch erst an die eigene Nase, wenn ihre Emissionen nicht drastisch senkt, dann haben wir keinen Anlass, unseren Leuten, die nach Wohlstand streben und aufholen wollen, Maßhalten zu predigen“.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen viel mehr tun, als es in Ihrem Antrag steht. Ich möchte keine Katastrophendiskussion. Da bin ich mit Ihnen einig. Es nützt ja nichts, sich im Katastrophismus zu überbieten. Das brauchen wir auch nicht. Das, was IPPC vorgelegt und Ihre Kanzlerin und Parteivorsitzende bestätigt hat, wäre als Handlungsgrundlage ausreichend, um ambitioniert an diesem Thema zu arbeiten: minus 60 %.

Sie fordern am Ende Ihres Antrags auf, „dafür Sorge zu tragen, dass die Klimaschutzziele in NRW mindestens erreicht werden“. Irgendwann wird es konkret. „Mindestens erreichen“ bedeutet ja, wir müssen darüber reden, wie wir bis Mitte des Jahrhunderts auch in NRW von dem hohen Level ausgehend minus 60 % oder minus 80 % erreichen können.

Dann landen wir bei der Kraftwerksdiskussion, bei der ich mit Herrn Römer ein Stück weit auseinander liege und bei der ich das, was die FDP sagt, überhaupt nicht teile. Wir können doch nicht den Kraftwerksbestand im Saldo deutlich erhöhen. Darüber müssen wir doch diskutieren. Das, was bezüglich der Braunkohle RWE mit den Regionalratsfraktionen von CDU und Grünen im Kölner Raum macht, ist unerträglich. RWE hat mehrfach schriftlich versprochen, für die neue, moderne BoA in Niederaußem alte Blöcke abzuschalten. RWE hat Listen herausgegeben und gesagt, für die BoA 1 in Niederaußem, die seit fünf Jahren in Betrieb ist, werden sechs 150-MW-Blöcke stillgelegt. Das alles haben wir aus RWE-Papieren. Auch für die BoA 2 und BoA 3 sollten Blöcke stillgelegt werden. Da sind wir jedoch belogen worden; die Zusage wird nicht eingehalten. Diese ist nicht nur uns gegenüber, sondern auch Ihren Kollegen gegenüber gegeben worden. Die Landesre-

gierung muss darauf drängen; ansonsten wird das Ganze eine Schimäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mir leuchtet ja ein: Wenn ich ein altes Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 33 % habe, dieses aus dem Betrieb herausnehme und ein neues Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 43 % baue, dann brauche ich für die gleiche Menge Kilowattstunde weniger Kohle. Das ist Klimaschutz. Wenn ich aber das 50 Jahre alte Kraftwerk mit schlechten Wirkungsgraden laufen lasse und ein neues Kraftwerk daneben setze, dann ist es eine Lüge zu sagen, man spare für den Klimaschutz Energie ein. Diese Lüge dürfen wir RWE nicht durchgehen lassen. Das müssen Sie thematisieren. Das muss Konsequenzen haben.

Bei den Kraftwerksprojekten, die jetzt geplant werden, muss man sich fragen, ob es sich um einen Zubau handelt. Diese werden alle bis zum Jahre 2012 gebaut und laufen bis 2050. Es funktioniert nicht, eine Erhöhung der Kapazitäten hinzubekommen und gleichzeitig Klimaschutzziele zu erreichen. Hier sind Sie bislang alles schuldig; da werden Sie die konkreten Einsparziele liefern müssen. Es kann nicht sein, dass wir darüber reden, dass NRW mindestens die Einsparziele erreicht, während alle konkreten Achsen auf eine Steigerung hinauslaufen. Das glaubt uns draußen niemand mehr. Dann wird die ganze Klimaschutzdebatte nur dröhnendes Geschwätz. Das können wir uns nicht erlauben.

Ich freue mich auf die weitere Debatte. Das Thema wird uns ja noch lange beschäftigen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als für gut einen Tag eine einzige Gasleitung unterbrochen war, brach die Panik und die Sorge wegen der großen Importabhängigkeit aus. Jetzt haben wir eine andere Debatte und nicht mehr die Kraft, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Ich möchte aus einem Kommentar in der „WZ“ vom 9. März 2007 zitieren:

„Wann lernen die Deutschen endlich, sich neuen politischen Herausforderungen ohne Hysterie und Aktionismus zu nähern? Gestern noch

haben die Bürger Neuwagen bevorzugt, deren PS-Leistung das Vorgängermodell übertroffen hat. Heute geißeln sie die Hersteller dafür, dass sie keine sparsameren Fahrzeuge entwickelt haben. Gestern haben wir die Billigflieger stark gemacht, heute ächten wir den Luftverkehr – um morgen das nächste Ticket zu buchen.

Nun findet die völlig schief geführte Diskussion um die drohende Klimakatastrophe ihr erstes Opfer. Unter dem Eindruck eines medialen Gewitters, das vor zehn Tagen über uns hereingebrochen ist, lehnt der Krefelder Stadtrat in einer unheiligen Allianz aus CDU, SPD und Grünen die Milliardeninvestition in ein modernes Kohlekraftwerk ab.“

Meine Damen und Herren, haben wir die Kraft, über Sachverhalte zu reden? – Ich bin sehr dafür. Aber, Herr Römer, es kann natürlich nicht sein, dass hier tausende für die Existenz von Stadtwerken und deren Weiterentwicklung demonstrieren und zu Hause den Stadtwerken den Bau des gemeinsam verabredeten Kraftwerks versagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde, wir haben auch von hier aus die Aufgabe, über solche Zusammenhänge zu reden. Der Standort, der jetzt nicht mehr gewünscht wird, liegt in unmittelbarer Nähe zu einem Chemiepark, der das Blockheizkraftwerk als besonders vernünftig erscheinen ließ, weil man an diesen den Dampf verkaufen konnte.

(Norbert Römer [SPD]: Wer ist denn da Oberbürgermeister?)

– Ich schildere doch nur den Sachverhalt.

(Zuruf von der SPD: Aber Sie schildern ihn falsch!)

Es ist so, dass die Ärzte vor Ort Krankheiten bei der Bevölkerung vermuten. Wäre das die Argumentation, die ich nach Ihrer Einschätzung hier vortragen sollte?

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen zu?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Priggen, bitte.

Reiner Priggen (GRÜNE): Schönen Dank, Frau Ministerin. Frau Ministerin, Sie wissen, dass wir

uns für ein Gaskraftwerk im Chemiepark Hürth-Knapsack eingesetzt haben. Das, was an Wärme gebraucht wird im Chemiepark in Krefeld, hat eine Größenordnung, die Sie sehr wohl mit einem 300-MW-GuD-Kraftwerk, mit einem Gaskraftwerk, bedienen könnten, ohne die extrem hohe Staubvorbelastung in Krefeld noch durch Kohleumschlaglager, Kohlelagerplatz und Ähnliches zu verstärken. Das wissen Sie auch. Insofern braucht man kein 800-Megawatt-Steinkohlekraftwerk, um den Chemiepark zu stärken. Das ginge auch anders. Das ist aus meiner Sicht an der Argumentation der CDU, der SPD-Kollegen und der Grünen vor Ort berechtigt. Könnten Sie das auch darstellen? Denn Sie haben das eben sehr einseitig dargestellt.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich sehe ein, dass vor Ort alle möglichen Argumente zusammengetragen worden sind, die dazu geführt haben, dass man plötzlich eine Äußerung, die Anfang Februar noch ganz anders aussah, kippt. Das ist wahr. Man hat bestimmten Informationen nicht mehr länger geglaubt, weder dass die Kohle bei Duisburg gelagert wird noch sonst etwas. Also hat man dann die Dinge, die Sie jetzt vortragen, zusätzlich vortragen, um von der Entscheidung loszukommen.

Aber ich will Sie ja gar nicht quälen, Herr Priggen. Ich stimme Ihnen ausdrücklich darin zu, dass mir auch das Abschalten der alten Kraftwerke zu langsam geht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin deshalb froh, dass es jetzt die Verabredung gibt, und zwar auch schriftlich. Vorher war das immer nur so eine Zusage. Jetzt liegen die Dinge so klar. Ich bin sogar gern bereit – und tue das auch –, noch einmal darauf zu drängen, schneller abzuschalten. Aber dazu liegen jetzt Sachverhalte vor.

Wir unterstützen übrigens, Herr Priggen – das kann ich Ihnen ausdrücklich zusagen –, die ehrgeizigen Ziele bei den Treibhausgasemissionen: minus 20 % bis 2020 und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %.

Aber richtig ist doch in einem solchen Zusammenhang wohl auch die Frage: Wie können wir mit dem geringsten Mitteleinsatz den größten Nutzen erzielen? Darf man die nicht mehr stellen? Wir haben doch bei der Energieversorgung mindestens drei Ziele, Herr Priggen: Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Ich finde, wir müssen auch in einer aufgereg-

ten Debatte die Kraft haben, alle drei Ziele in den Blick zu nehmen.

Wenn man das tut, landet man bei sehr schwierigen Fragen, die besonders Nordrhein-Westfalen betreffen. Das ist uns allen doch bewusst. Unsere Struktur der Erzeugung ist Bestandteil einer nationalen Verabredung, Herr Römer. Wir sollten nicht so tun, als ob, wenn wir etwas zur Kernenergie sagen, hier irgendjemand ein neues Kernkraftwerk bauen wollte. Nein, wir haben bundesweit einen relativ hohen Anteil an Kernenergiestrom in der Grundlast. Wir erzeugen unsere Grundlast wegen natürlicher Vorkommen aus Braunkohle. Deshalb müssen wir auch bei ehrgeizigen Klimaschutzzielen nicht sagen, am liebsten wollen wir gar kein CO₂. Diesen Wunsch kann man zwar haben, aber in der Realität müssen wir uns auf schrittweise Verbesserungen einlassen. Dafür werben wir nachdrücklich.

(Beifall von CDU und FDP)

Da muss man auch die Frage beantworten: Wo sind die Effekte mit vergleichsweise geringerem wirtschaftlichen Aufwand zu erzielen? Ich zitiere den sehr unverdächtigen Chef der Deutschen Energie-Agentur, Kohler, der die größten Potenziale in der Steigerung der Energieeffizienz sieht. Ich will das einmal schildern:

„Wer die Emission von einer Tonne Kohlendioxid vermeiden will, muss 500 bis 600 € zahlen, wenn er dies durch den Einsatz einer Fotovoltaikanlage erreichen will. Wer dagegen sein durchschnittlich isoliertes Gebäude zum Niedrigenergiegebäude umrüstet, muss pro eingesparter Tonne Kohlendioxid lediglich 20 bis 30 € investieren.“

Da weiß man doch, welche Maßnahmen man vorrangig bedienen und wofür man werben muss und warum. Ich meine, das können Sie doch auch nicht anders diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nichts Neues!)

– Ja, deshalb haben wir unsere Schwerpunkte auch so gesetzt. Sie müssen doch sehen: Wir müssen auch von manchen Träumen Abschied nehmen in einem Industrieland.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie das nicht sehen, dann verpassen Sie ein ganzes Stück Zukunft.

Wir haben unsere vier Bausteine vorgelegt. Herr Priggen, wenn Sie sagen, dass das noch kein geschlossenes Klimakonzept ist, stimme ich Ihnen

sogar ausdrücklich zu. Wir werden in der zweiten Hälfte dieses Jahres ein aktualisiertes Gutachten vorliegen haben, bei dem CO₂-Reduktionsmöglichkeiten aufgrund der hier vorhandenen Struktur noch einmal von einem Forschungsinstitut abgegriffen werden. Bis dahin sind die wichtigen Entscheidungen in Brüssel und in Berlin gefallen, die dann wiederum als Messlatte dienen müssen, auch was eine Reihe von Instrumenten angeht. Seien Sie ganz unbesorgt: Wir werden das dann auch zeitnah vorlegen.

Und noch einmal: Sie tun immer so, als ob der Hauptbeitrag bei den erneuerbaren Energien liegen könne. Es gibt Gegenden, die dafür eindeutig besser geeignet sind als unsere,

(Beifall von der FDP)

für bestimmte Anwendungen. Das ist doch keine Absage an erneuerbare Energien, wenn man das ausspricht. Deshalb wird hier gleich auch der Umweltminister noch einmal unseren Beitrag, den wir ziemlich stark bei der Biomasse sehen, vertreten. Aber die Fotovoltaik ist nichts, was uns bei der Versorgung hilft, sondern sie ist eine industriepolitische Entwicklung, die sehr wahrscheinlich in ganz anderen Ländern der Erde zur Anwendung kommt.

Trotzdem: Es ist auch nicht so, als ob wir gar keine erneuerbaren Energien oder keinen Beitrag der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen haben. Die installierte Leistung kann sich insgesamt sehen lassen. Es sind 6,45 Milliarden Kilowattstunden installierter Leistung.

Trotzdem noch einmal: Die Energieeffizienz ist nach meiner tiefen Überzeugung in einem so hoch industrialisierten Land die größte Einsparquelle. Deshalb haben wir die Aktion „Mein Haus spart“. Deshalb informieren wir, deshalb werben wir. Deshalb haben wir übrigens auch das REN-Programm zu einem Progressprogramm umstrukturiert, weil wir Elemente herausgenommen haben, Herr Römer, die wir nicht mehr subventionieren müssen, weil sie schlicht wirtschaftlich sind.

Herr Priggen, ein wunderbarer Grünen-Abgeordneter, der auch noch im Aufsichtsrat der Gesellschaft sitzt, die jetzt die größte Wohnungsanlage baut, die mit Erdwärme versorgt ist, spricht sich gleichzeitig gegen die Anwendung der Wärmepumpe aus, weil sie nach seiner Einschätzung immer noch zu viel Strom verbraucht!

Wir haben hier im Land nicht nur ehrgeizige Dinge angestoßen, sondern sorgen auch dafür – da haben Sie uns immer wieder gemahnt –, dass dort möglichst viel vom KfW-Programm ankommt. In-

zwischen verzeichnen wir bei der Wärmedämmung bereits Preisexplosionen. Daher müssen wir schon überlegen, ob das Tempo nicht vielleicht doch ein bisschen zu hoch war.

Sie können uns an vielen einzelnen Stellen vortragen, was wir nach Ihrer Einschätzung falsch machen. Ich sage Ihnen: Wir sind sowohl vom Instrumentenkasten als auch zum Beispiel von der Weiterentwicklung der Forschung her gut aufgestellt.

Bei all den Möglichkeiten, die wir in der Ferne sehen – Stichworte: CO₂-frei, CO₂-Speicherung –, dürfen wir aber nicht auf die konkreten Schritte hier und jetzt verzichten. Deshalb möchte ich Sie alle bitten, egal wo Sie gerade stehen und liegen: Bitte helfen Sie, dass wir die Kraftwerkserneuerung ...

(Ralf Jäger [SPD]: Wollen Sie wirklich wissen, wo wir liegen?)

– Entschuldigung. Nein, ich will es nicht wissen. Ich möchte aber an Sie appellieren, mitzuhelfen, damit wir die Kraftwerkserneuerung wirklich hinkommen.

Wenn Sie jetzt nicht ganz konkret mit dafür sorgen, dass wir – anders als es manche andere Bundesländer wollen – beim nationalen Allokationsplan II nicht eine eigene Benchmark je Primärenergieträger bekommen, vergessen Sie die Äußerungen zum Energiemix; denn dann bevorzugen Sie eine einzige Versorgungsquelle sehr stark. Das wirkt sich zulasten des Industrielandes Nordrhein-Westfalen aus. Ich bitte Sie, das nicht zu unterschätzen. Wenn man für ein Industrieland ehrgeizige Ziele formuliert, bedeutet das im Ergebnis nach meiner Einschätzung immer etwas anderes als bei einem rein agrarischen Land. Man wird zu anderen Ergebnissen kommen.

Wir wollen weder die Entwicklung hin zu modernen Kraftstoffen noch hin zu modernen Antriebstechniken verpassen. Wir wollen auch gerne alle Einsparmöglichkeiten aufnehmen, die Ihnen über das im Förder- und Informationsprogramm Enthaltene hinaus noch zusätzlich einfallen sollten, Herr Priggen. Helfen Sie aber bitte mit, dass wir mit einer rationalen Debatte an die Dinge herangehen!

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Römer, Sie wissen doch, dass ich das EEG nicht ändern kann. In der Koalitionsvereinbarung in Berlin haben wir aber durchgesetzt, dass die Evaluierung 2007 stattfindet. Dann schaut man noch einmal, welche Arten der Energieerzeugung im Moment so vergütet werden, dass es sich dabei eigentlich nicht mehr um eine Förderung mit

dem Ziel der Hinführung zur Wirtschaftlichkeit handelt, sondern um eine Verschwendung von finanziellen Mitteln. Diese Frage muss man aushalten. Ich finde das auch nicht schlimm.

Allerletzte Anmerkung: Herr Priggen, Sie haben so argumentiert, als ob Sie der Preis für die Energie nicht mehr interessiert; denn Sie haben gesagt: Man muss aufpassen, dass wir die Kapazitäten hier nicht erhöhen. – Ich höre die Debatte im Land anders. Wir freuen uns über zusätzliche Anbieter, weil die oligopolistischen Strukturen nach unserer Ansicht zu Preisentwicklungen beitragen, die dem Industriestandort schaden. An dieser Stelle müssen Sie sich schon entscheiden. Ich will zusätzliche Anbieter.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich halte die jetzt in Krefeld getroffene Entscheidung für nachteilig. Deshalb freue ich mich, dass sich bereits ein anderer Standort für diese Investition interessiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Wie Herr Römer bin auch ich froh darüber, dass wir uns in den letzten Wochen hier häufig über den Klimaschutz unterhalten haben, dass dieses Thema Einfluss auf die Tagesordnung genommen hat und auch die Regierungsfaktionen des Öfteren deutlich gemacht haben, dass ihnen dieses Thema am Herzen liegt. Dies zeigt uns allen doch, dass dieses Thema dringlich ist und in unser Bewusstsein hineindringen muss.

Herr Weisbrich, ich glaube auch, dass das Thema Klimaschutz kein Spielfeld für Partei- und Klientelpolitik ist. Die Sache ist zu ernst und die Herausforderung für die nachkommende Generation zu groß. Wir müssen dieses Thema gemeinsam meistern.

Dennoch würde ich gerne beobachten, wie sich die Fraktionen der Regierungskoalition von einem vorurteilsbelasteten Saulus zu einem umwelt- und klimapolitischen Paulus entwickeln würden. Wir haben heute Morgen ja schon einmal Kirchenthemen angesprochen. Als Abgeordneter sehe ich meine Aufgabe darin, diese Wandlungen nicht nur zu beobachten, sondern sie auch konstruktiv und

kritisch zu begleiten; denn das ist Aufgabe der Opposition.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, bei einer Handlungsoffensive muss ich genau hinschauen. Sonst würde man das Wort „Offensive“ nicht verwenden. Ich sehe bei dieser Offensive drei Perspektiven für mich.

Erstens. Als Mitglied der Enquetekommission I muss ich überprüfen, wie sich die Offensive auf die Entwicklung der Energiemärkte und -preise auswirkt. Das schmälert in keinster Weise die Bedeutung des Klimaschutzes. In einem bevölkerungsreichen Land muss ich dies im Auge behalten. Klimaschutzanstrengungen erfordern einen gezielten Einsatz vor Ort; denn es gibt keine Pauschallösungen – weder im privaten Bereich noch in der Wirtschaft.

Kosten und Wirtschaftlichkeit müssen zu einer breiten Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger in eine nachhaltige Wirtschaftsweise mitgenommen werden. Schließlich müssen wir auch über den Tag hinaus denken. Irgendwann sind die Schlagzeilen zum Thema Klimaschutz vorbei. Die Politik hat die Verpflichtung, Nachhaltigkeit mit Leben zu erfüllen. So will das die SPD-Landtagsfraktion auch durchführen.

Kolleginnen und Kollegen, was verbirgt sich nun hinter Ihrer Handlungsoffensive? Sie schreiben viel über Energieeffizienz, über das „NRW Konzept Erneuerbare Energien“, über die „Biomassestrategie NRW“ und das „Konzept Energieforschung NRW“ – Etiketten, die sich wunderbar lesen lassen. Dahinter verbirgt sich aber nichts Wesentliches und auch nichts wesentlich Neues.

(Beifall von der SPD)

Auch bei mehrmaliger Durchsicht der Punkte am gestrigen Abend hat sich mir keine Perspektive aufgezeigt, wie sich nach Ihrem Konzept beispielsweise die Energiepreise entwickeln – zumal Ihr Konzept durch konkretes Regierungshandeln konterkariert wird.

Sie verabschieden sich heute nämlich – ich erinnere an die letzten Wochen – von einer sicheren Ressource, begeben sich langfristig in die Abhängigkeit von internationalen Lieferanten, beobachten dabei die Kostenentwicklung nicht und wollen dennoch die Abhängigkeit von Brennstoffimporten reduzieren und die Clean-Coal-Technologie erforschen. In der Schule würde ich sagen: Setzen, fünf! Denn so kann man die Zusammenhänge

nicht darstellen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Die zweite Perspektive ist die eines Umweltpolitikers. Ich habe ernstliche Zweifel, ob Sie diesbezüglich wirklich dazugelernt haben. Denn in der ganzen politischen Diskussion im Umweltausschuss werden alle umweltpolitischen Ansätze von uns immer als Spielwiese der rot-grünen alten Landesregierung hingestellt, Kolleginnen und Kollegen. Sie begreifen erneut nicht die Chance von erneuerbaren Energien und sehen nicht die ökonomischen und ökologischen Bedeutungen, die es für Beschäftigung und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Ich erinnere nur an Diskussionen um Fotovoltaik im Umweltausschuss. Sie sind in diesem Schritt keinen Schritt weiter.

Über Ihr eigenes „NRW Konzept Erneuerbare Energien“ verlieren Sie in diesem Antrag vier spröde Zeilen. Ich kann dem Kollegen Pflüger von der CDU nur beipflichten, der viel mehr von der Partei erwartet. Deswegen ist er auch an der CDU-Programmdiskussion beteiligt, kümmert sich hier um die Bereiche Umweltschutz und sagt, dass viel mutigere Schritte notwendig sind.

Schlagworte, nichts als Schlagworte! Regierungshandeln spricht auch hier eine andere Sprache. Seit 2005 – Kollege Römer hat darauf hingewiesen – haben Sie nichts unversucht gelassen, erneuerbare Energien zu behindern. Repowering hat keinen Einfluss in Ihr Handeln gefunden. Biomassestrategie wird gesagt, Biomassehandeln vor Ort wird wenig mit Leben erfüllt. Biomassestrategie wird im Antrag ausgeführt, die Tage dazu werden kaum genutzt.

In Baden-Württemberg ist bereits vor einem Jahr ein nationaler Plan zur Biomassenutzung verabschiedet worden, ein Jahr, nachdem die EU uns aufgefordert hat. In NRW: Fehlanzeige!

„Erneuerbare Energien“ wird in Ihrem Antrag als dritter Baustein eingestuft. Das ist der falsche Weg, und es macht die Gewichtung deutlich, die Sie dem geben. Ohne erneuerbare Energien geht es nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wer echten Klimaschutz will, muss Maßnahmen und konkrete Ziele deutlich darstellen. Das gibt auch Sicherheit für die Wirtschaft. Es ist nicht nur

aus umweltpolitischer Sicht, sondern auch aus wirtschaftspolitischer Sicht wichtig.

Beim genauen Lesen wird deutlich, wo Sie das Heil suchen, nämlich in der Kernenergie. Das einzige Mal, bei dem Sie in Ihrem Antrag konkret werden, ist: NRW soll Energieland Nummer eins bei der Fusionsforschung und bei der Entwicklung inhärent sicherer Kernkraftwerke werden. Lassen Sie sich sagen: Es gibt keine sicheren Kraftwerke. Das sehen wir am Beispiel Schweden deutlich. Es wird nun international kontrolliert, was in deren Kernkraftwerken passiert ist.

Meine dritte Messlatte für Politik sind die Bürgerinnen und Bürger, und die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Kernkraft, Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollen keine Atomenergie in Nordrhein-Westfalen und auch nicht in Deutschland. Ich zitiere gerne unsere Kanzlerin aus der WAZ vom 8. März mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Die Atomkraftwerke jenseits der aktuellen Diskussion über Laufzeiten sind langfristig keine Lösung zur Rettung des Weltklimas.“

(Beifall von Norbert Römer [SPD])

Die Zahlen kennen Sie alle. Mit einem so niedrigen Anteil an der Stromproduktion weltweit lässt sich durch Kernenergie kein signifikanter Beitrag zum Klimaschutz leisten. Damit ist für uns die Debatte zu Ende. Es bleibt beim Ausstieg, es gibt keine Verlängerung der Laufzeiten. Das ist ein Signal in die Wirtschaft, um umzusteuern.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Deshalb setzen wir uns vehement für die erneuerbaren Energien ein. Das ist wichtig und richtig. Dabei unterstützen wir auch Ihre Kanzlerin. Das werden wir in der SPD-Landtagsfraktion deutlich wieder und wieder sagen: Kernenergie ist keine Lösung, sie ist ein Auslaufmodell. Machen Sie ernst mit dem Klimaschutz! Die Kinder werden es uns danken. Wir können nicht warten – das geht in Richtung FDP-Fraktion –, bis die Börse in Frankfurt voll Wasser gelaufen ist. Das ist ein Problem, dem wir uns jetzt und heute stellen müssen. – Danke.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Sachlich!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Fasse das Wort.

Marie-Luise Fasse (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stinka, wie seitens der Landesregierung durch Frau Thoben in der Aktuellen Stunde angekündigt worden ist, liegt inzwischen das energiepolitische Konzept der Regierung vom 13. Februar vor. Darin sind die Beiträge – und ich finde aller Fachministerien – in einer einzigartigen Weise gebündelt.

Sie stellen nach dem bisherigen Wissens- und Sachstand die Weichen für einen finanzierbaren Beitrag unseres Landes zur Lösung der Klimaproblematik dar. Ein detailliertes Programm zur Energieeinsparung, zum Klimaschutz, zum Stellenwert erneuerbarer Energien, zur Energieforschung und zur Nutzung von Biomasse soll die Vorgaben der EU und des Bundes in unserem Land konsequent umsetzen. Der Energieverbrauch soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 % abgesenkt werden.

Dies soll in erster Linie durch die Steigerung – ich bin dankbar, dass Frau Ministerin Thoben das gerade noch einmal ausgeführt hat – der Energieeffizienz geschehen. Die Energie-Effizienzoffensive „NRW spart Energie“ soll Produktionsverfahren verbessern und die Entwicklung innovativer und effizienter Technologien und Verfahren fördern. Besonders mit der Aktion „Mein Haus spart“ wird konkrete Beratung zur Energieeinsparung in Gebäuden gegeben. Die neue Energieagentur NRW übernimmt diese Beratung.

In dem „NRW Konzept Erneuerbare Energien“ hat die Landesregierung im Einzelnen dargestellt, wie durch die Erhöhung des Anteils erneuerbare Energien am Energie-Mix die Versorgungssicherheit gestärkt werden kann. Auf diese Weise können entsprechende Techniken auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien für die Exportwirtschaft genutzt werden. In zwölf Einzelmaßnahmen soll dieses Konzept bis zum Jahr 2020 umgesetzt werden. Die regenerative Energiewirtschaft wird dann einen Umsatz von 15 Milliarden € erzielen. 40.000 Arbeitsplätze werden auf diese Weise geschaffen.

Von den erneuerbaren Energien, nämlich Biomasse, Geothermie, Solarthermie, Fotovoltaik, Wind- und Wasserkraft, kommt der Biomasse eine besondere Bedeutung zu. Sie kann durch Verbrennung zur Strom- und Wärmeergewinnung in Anlagen der Kraftwärmekopplung eingesetzt werden. Gewonnenes Biogas kann ebenfalls durch Verbrennung Strom und Wärme erzeugen. Über chemisch-technische Verfahren können aus Biomasse Treibstoffe wie Biodiesel, Öle, Ethanol, Synfuel und Wasserstoff gewonnen werden.

Bereits jetzt bildet Biodiesel in Nordrhein-Westfalen die Basis für eine regenerative Treibstoffversorgung. Auf 13 % der landwirtschaftlichen Flächen – das sind 1,6 Millionen ha – können in Nordrhein-Westfalen Energiepflanzen angebaut werden. Darüber hinaus bilden Holz aus der Forstwirtschaft und sonstige Biomasse wie Rückstände, Nebenprodukte und Abfälle eine weitere Bioressource.

Da die Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien von geografischen, geologischen und klimatischen Bedingungen abhängig sind, ist das Potenzial zur heimischen Nutzung von erneuerbaren Energien begrenzt. Hier bietet sich für die Industrie im Lande eine Chance, die weltweite Nutzung durch Innovation der Technologien entscheidend voranzutreiben.

Die in unserem Land vorhandene Biomasse eignet sich für die Energieerzeugung in Kleinanlagen auf regionaler Ebene. Insbesondere land- und forstwirtschaftliche Betriebe können hieraus Nutzen ziehen. Auch mittelgroße Anlagen sind auf regionaler Ebene denkbar. Das in ihnen erzeugte Biogas könnte in die Erdgasnetze eingespeist werden.

Da schon jetzt die Nutzungsmöglichkeiten der Bioenergie die in unserem Lande vorhandenen Ressourcen übersteigen, dürfte auf diesem Sektor der Schwerpunkt bei Herstellern und Dienstleistungsunternehmen liegen. Bereits jetzt bauen nordrhein-westfälische Unternehmen Biogas- und Deponiegasanlagen. Sie finden ihre Märkte auch außerhalb der Landesgrenzen, unter anderem in den USA, in Irland und auch in Großbritannien. Die Landesregierung hat durch das Konzept Biomassestrategie NRW ihrer Absicht, dem Land auch über die Landesgrenze hinaus eine führende Position zu geben, nachhaltig Ausdruck verliehen.

Zugleich soll damit ein wichtiges Ziel erreicht werden, nämlich dauerhafte Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft zu sichern und zu schaffen. Im Anlagenbau können an den Industriestandorten weitere Arbeitsplätze entstehen.

In der „Biomassestrategie NRW“ hat die Landesregierung ihre Absicht bekundet, sich auf Bundes- und auch EU-Ebene für Rahmenbedingungen einzusetzen, durch die der Anbau, die Bereitstellung und die Verwendung der Biomasse gefördert werden.

Meine Damen und Herren, die von mir genannten Konzepte bilden im Zusammenhang mit dem weiteren Konzept Energieforschung NRW eine zukunftsträchtige Basis für einen effizienten Beitrag unseres Landes zur Erreichung der Klimaschutz-

ziele. Die Nutzung erneuerbarer Energien wird auch durch das REN-Programm gefördert. Ich meine, die dargestellten Programme der Landesregierung können nur die volle Unterstützung des gesamten Parlaments finden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Fasse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Ministerin Thoben, ich würde gerne mit einigen Anmerkungen auf Ihre Ausführungen eingehen. Sie haben einleitend gesagt: Die Sperrung der Gasleitung für einen Tag hätte für Panik gesorgt. Jetzt gäbe es ein mediales Gewitter, und Kunden beschimpften die Autoindustrie, die nach wie vor PS-starke Neuwagen wolle.

Wenn man ehrlich wäre, müsste man sagen, wir haben hier Diskussionen geführt, in denen Sie auch gesagt haben: Die CO₂-Werte für Autos, die die EU auf 120 g senken wollte, sollen nicht kommen, weil wir das deutsche Premiumsegment schützen wollen. Das ist eine eher umweltpolitisch rückschrittliche Linie der Landesregierung. Die Lobby aus Automobilindustrie und Politik verhindert also modernere, effizientere und sparsamere Autos. Dann sind nicht diejenigen die Verantwortlichen, die nach den Umweltdiskussionen nachfragen und sich darüber ärgern, dass Volkswagen kein 3-Liter-Auto anbietet, sondern die, die 1.000-PS-Wagen anbieten. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Sie haben von Steigerung der Energieeffizienz gesprochen und Herrn Kohler zitiert. Das stimmt ja alles. Man müsste aber auch die Bauordnung diskutieren. Wir wissen, wir verbrauchen die meiste Energie in Gebäuden, im Fahrzeugbereich, in Kraftwerken. Mich wundert es, dass der Bauminister in der gesamten Debatte nicht auftaucht. Den interessiert das gar nicht. An der Stelle fehlt noch, konkret etwas im Bereich Energieeffizienz zu tun, indem wir niedrigste Standards zu allgemeinen machen und diese vorschreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Folgendes verstehe ich nicht: Sie haben gesagt, Fotovoltaik hilft hier nicht. – Bei der Windkraft sind die letzten zwei Jahre Ihrer Regierung eher beschämend. Sie müssen runter von diesem ideologisch toten Ast, den Herr Wittke damals mit seiner Bemerkung eingeleitet hat: Windkraft ist das Ers-

te, was wir kaputtmachen. – Sie müssen sich dafür öffnen. Aus meiner Sicht ist es nicht nur das Repowering, das zur Diskussion steht.

Ich akzeptiere die Kritik, dass wir mit ganz großen Anlagen zu nah an den Orten sind, wo die Menschen leben. Das akzeptiere ich auch als Selbstkritik. Aber wir können sehr wohl weitab von der Besiedlung – entlang der Autobahnen und an Standorten, wo es vernünftig ist – mit modernen Anlagen, ohne unsinnig die Nabenhöhe zu reglementieren, sinnvoll Energie gewinnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die technische Herausforderung ist doch, diese Energie vernünftig zu speichern. Da muss man die Forschungsintelligenz dransetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich verstehe den Kreuzzug der nordrhein-westfälischen CDU für die Kernenergie nicht. Die weltweiten Exportpotenziale, die wir als Industrieland haben, liegen doch nicht darin, dass aus Nordrhein-Westfalen die Reaktoren kommen, die die Leute in der Welt glücklich machen, sondern darin, dass wir Technik für die Gewinnung erneuerbarer Energien und Effizienzenergie-technik verkaufen. Das erzählt uns die Bundeskanzlerin.

Sie dagegen als Ministerin aus dem Land, in dem kein Reaktor mehr läuft – die Reaktoren sind abgeschaltet worden, bevor Rot-Grün das Ausstiegsgesetz gemacht hat, weil sie in Teilen marode waren, weil Hamm nicht mehr laufen konnte; das war der Grund –,

(Beifall von den GRÜNEN)

stellen die Atomtechnik und die -forschung in den Vordergrund. Ich würde von Ihnen erwarten, die Speichertechnik nach vorne zu stellen, um die natürlichen Nachteile der Wind- und Solarenergie in den Griff zu bekommen und auch diese Technik mit allem Drum und Dran verkaufen zu können.

Dann verlangen Sie – das ist ein kritischer Punkt – ein eigenes Benchmarking für die Primärenergieträger. Das heißt auf Deutsch: weitere Bevorzugung der Braunkohle gegenüber der Steinkohle und die Bevorzugung von beiden gegenüber Gas. Das führt zu der absurden Situation, dass RWE hier neue Braunkohlekraftwerke baut und die Kapazität erhöht. Gleichzeitig baut RWE in England moderne Gaskraftwerke mit 2.000 MW und nebenbei einen Windpark. Diese Art von Geschäftspolitik desselben Konzerns, die Altlasten von morgen und übermorgen hier abzuladen und gleichzeitig in England moderne Gaskraftwerke zu bauen, muss man mir einmal erklären. Warum wollen wir das

weiter durch ein Benchmarking, das all das bevorzugt, unterstützen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen meine ich, es gibt ausreichend Punkte, etwas zu tun. Diese Kette sollten wir nicht weiter fortzuführen. Wir können durchaus einen höheren Anteil an modernen Gaskraftwerken vertragen, weil sie dezentral mit Wärmeauskopplung in dichteste Besiedlungsgebiete gesetzt werden können.

Wir reden doch über Importkohle, um das im Klartext zu sagen. Das Kraftwerk, das 2012 ans Netz geht, wird wie alle in Nordrhein-Westfalen ab 2018 mit Importkohle versorgt werden. Warum Sie Importkohle gegenüber Gas priorisieren und uns die Altlasten dahinsetzen wollen, kann ich nicht verstehen. Da werden wir nicht zusammenkommen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die FDP-Fraktion hat Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Priggen, gerade haben Sie wieder eine Lanze für Gaskraftwerke gebrochen. Dabei verschweigen sie den Leuten erneut, wo das Gas herkommen soll, nämlich aus Russland. 40 % unserer Gasimporte kommen daher. Welche Probleme es dabei gibt, ist in jüngster Vergangenheit deutlich worden. Wenn dort einmal der Hahn zugedreht wird, stehen wir da. Das kann doch wohl kaum die Alternative sein. Und was machen die Russen? Die freuen sich, mehr Gas zu exportieren und bauen im gleichen Atemzug neue Steinkohlekraftwerke, aber mit einem weit aus schlechteren Standard, als wir ihn in Deutschland haben.

Die zentrale Frage lautet: Wie können wir national, aber auch international mit dem geringsten Mitteleinsatz den größten Nutzen erzielen? Gerade den internationalen Punkt darf man nicht außen vor lassen. Hören Sie bitte auf so zu tun, als könnten wir in Nordrhein-Westfalen allein das Weltklima retten. Selbstverständlich müssen auch wir unseren Beitrag leisten. Das ist ganz klar. Die Einsparungen, die jetzt auf EU-Ebene vorgesehen sind, tragen wir mit. Aber machen wir den Menschen klar, dass wir es nicht alleine schaffen können!

Ich möchte noch einmal auf Herrn Kohler, den Chef der Deutschen Energieagentur, eingehen; Frau Thoben hatte ihn bereits zitiert. Herr Kohler

steht nun wirklich nicht im Verdacht, der FDP nahezustehen. Er sagt, nach seiner Ansicht werde der Klimaschutz durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger hierzulande oftmals zu teuer erkaufte. Uns Politikern gibt er daher den Rat, in den nächsten Jahren nicht die falschen Schwerpunkte zu setzen. Also, Herr Stinka: Solarzellen auf deutschen Dächern produzieren gerade nicht auf effiziente Weise Strom.

Wir könnten die Steuermittel wesentlich sinnvoller einsetzen, wenn wir dieses Geld in Wärmedämmung investieren.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Was für die Solartechnik auf deutschen Dächern gilt, Herr Priggen, gilt auch für die Windkraft: Windkraft im Binnenland macht nun wirklich keinen Sinn. Deshalb, meine Damen und Herren, liegen größtmögliche Potenziale folgerichtig in der Steigerung der Energieeffizienz.

Mit der Modernisierung des nordrhein-westfälischen Kraftwerkparcs sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben hierzu ein gewaltiges Energieeffizienzprogramm auf den Weg gebracht. Der Einsatz modernster Kraftwerkstechnologie sorgt dafür, dass bei gleichem Stromoutput wesentlich weniger fossile Energieträger eingesetzt werden müssen. Herr Kollege Priggen, hier bin ich mit Ihnen einer Meinung. Wir müssen den Druck erhöhen. Deshalb bin ich froh, wenn die Frau Ministerin eine verbindliche Zusage der Kraftwerksbetreiber eingefordert hat. Alte Blöcke müssen dann auch abgeschaltet werden, wenn neue Kraftwerksblöcke ans Netz gehen. Das ist auch ganz klar unsere Position.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kurz noch auf das Thema Kernenergie eingehen, denn die Kollegen von SPD und Grünen sind wieder einmal die Antwort schuldig geblieben, wie sie CO₂-frei und klimaverträglich das ersetzen wollen, was durch die Abschaltung der Kernkraftwerke in den nächsten Jahren wegfällt.

Herr Römer, überdenken Sie ihre Position hierzu noch einmal. Es müsste Ihnen eigentlich in der Energiepolitik zu denken geben, wenn Herr Priggen der einzige ist, der eben bei diesem Punkt Ihrer Rede geklatscht hat.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Meine Damen und Herren, deshalb zum Abschluss: Wer den Klimawandel bekämpfen will und beschließt, dass Deutschland in einem natio-

nen Alleingang aus der Kerntechnologie, die hierzulande eine Spitzentechnologie ist, aussteigt, verschlechtert die Umweltlage, vergrößert unsere Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen und schadet den wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Uhlenberg das Wort. Bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, von Düsseldorf aus ein herzliches Wort an unsere Bundeskanzlerin zu richten. Sie hat beim Gipfel das Thema Klimapolitik so stark in den Vordergrund gerückt, wie es noch niemand vor ihr getan hat.

(Beifall von der CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, meine sehr verehrten Damen und Herren, Bundeskanzler Schröder hätte das Thema Klimagipfel vor zwei oder drei Jahren schon so in den Mittelpunkt der Politik auf europäischer Ebene gestellt, wie es die Bundeskanzlerin in den letzten Tagen und Wochen getan hat. Dann wären wir in der Tat noch ein Stück weiter.

Noch einmal einen herzlichen Dank an Angela Merkel für diesen engagierten Einsatz für den Klimaschutz! Gerade mit dem politischen Gewicht, das die deutsche Bundeskanzlerin mit diesem Thema verbindet, werden wir mit diesem Thema ein Stück weiterkommen.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Ich bin immer irritiert, wenn die Opposition zum Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen redet. Schauen Sie mir die Ergebnisse der vergangenen Jahre an, frage ich mich, ob sie sich wirklich dafür eignen, dass Sie sich immer wieder als Lehrmeister aufspielen. Solche Ergebnisse gibt es auch aus Ihrer Regierungstätigkeit nicht. Während Ihrer politischen Verantwortung ist der CO₂-Ausstoß in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen nur um 1 % gesenkt worden. In den vergangenen Jahren hat es minimale Fortschritte gegeben.

Diese Debatte wird auf einige wenige Bereiche verengt. Jeder sucht sich gerade das heraus, was offensichtlich in seine Argumentationskette passt.

Aber es lohnt sich immer wieder einmal, das eine oder andere Papier zu lesen.

Ich möchte noch einmal aus dem Papier „Konzept Energieforschung NRW“ der Wirtschaftsministerin zitieren;

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

es geht um die unterschiedlichen Energietechnologien in Nordrhein-Westfalen, die auf diesem Weg mitgenommen werden sollen:

„Dabei zielt die Forschung insbesondere darauf, Energieeffizienz in den verschiedenen Energietechnologien und -systemen zu steigern und insgesamt den Energieverbrauch zu senken. Schwerpunkte werden sein: innovative CO₂-arme Kraftwerkstechnik (fossil und nuklear), intelligente Netztechnik,“

– Herr Abgeordneter Priggen, was Sie gefordert haben –

„Speichertechnologien,“

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

„Biomasse sowie Kraftstoffe und Antriebe der Zukunft, Brennstoffzelle und CO₂-arme Wasserstofferzeugung, Solarenergie sowie die Extraktion von klimarelevanten Gasen aus der Atmosphäre. Dazu zählt auch die technologische Weiterentwicklung von Einspartechnologien und von weiteren erneuerbaren Energien, die insbesondere im Gebäudesektor zügig in die Umsetzung überführt werden müssen.“

Was die Debattenredner eingefordert hatten, wird bei diesem Konzept der Landesregierung umgesetzt.

Auf einen letzten Punkt, auf den das Umweltministerium stolz ist, möchte ich noch hinweisen: In der Regierungszeit dieser Landesregierung ist zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen ein Biomasseaktionsplan politisch auf den Weg gebracht worden.

(Beifall von CDU und FDP)

In der Vergangenheit hat es hier und da die Förderung von einzelnen Biomassekraftanlagen gegeben, aber es hat kein geschlossenes Konzept gegeben. Deswegen ist es gut, dass mit den anderen drei Punkten unseres Energieplans in Nordrhein-Westfalen gerade das Thema Biomasseplan in Nordrhein-Westfalen die Unterstützung der Landesregierung erfährt. Nordrhein-Westfalen ist anders aufgestellt als andere Bundesländer, weil es ein Flächenland ist. Aber es ist eben auch das Energieland Nummer eins. Deswegen werden die

prozentualen Anteile in Nordrhein-Westfalen nie mit Bayern, Niedersachsen oder Baden-Württemberg zu vergleichen sein.

Der Biomasseaktionsplan in Nordrhein-Westfalen führt vor dem Hintergrund, dass wir heute schon Flächenkonkurrenzen haben, dazu, dass wir bei diesem Thema weiterkommen. Für die Unterstützung möchte ich mich auch bei den Koalitionsfraktionen sehr herzlich bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Ich bedanke mich bei Herrn Minister Uhlenberg. – Wir sind am Schluss der Debatte. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/3845** einschließlich des **Entschließungsantrags Drucksache 14/3932** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie auch an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung ist im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung vorgesehen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3848

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten uns schon so etwas gedacht. Klimaschutz ist eben nicht nur die Energiepolitik. Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen muss sehr breit angelegt sein. Deshalb darf man wesentliche Bereiche – das sagen uns jedenfalls die entsprechenden Studien – nicht vernachlässigen. Dazu gehört selbstverständlich die Frage danach, wie wir uns ernähren – die Landwirtschaft – und auch der

Verkehr. Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht.

Immerhin sagen die Statistiken und die Gutachter, dass der Verkehr insgesamt mit gut 20 % zur CO₂-Belastung beiträgt. Das sind im Übrigen mit Abweichungen auch die Zahlen, die für Nordrhein-Westfalen gelten. Es gibt Rahmendaten, die uns dazu bringen müssen, darüber zu diskutieren: Die CO₂-Belastung durch die Energieproduktion, durch die Industrie aber auch durch die Immobilien sinkt im europäischen Maßstab tendenziell. Aber die CO₂-Belastung durch den Verkehr steigt. Wir müssen aufpassen – das ist unsere Diskussionsgrundlage –, dass die Reduktionspotenziale, die in anderen Bereichen erzielt werden können, nicht durch den Zuwachs im Verkehrsbereich aufgeessen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Zahlen lassen sich auch in Nordrhein-Westfalen fortschreiben; sie sind nicht neu. Meine Damen und Herren, es gab schon im Jahr 2000 eine Diskussion auf der Grundlage des Berichts der Enquetekommission. Diese Tendenzen sind absehbar. In der Tat stößt der Automobilverkehr weniger Schadstoffe aus. Die Autos sind in dieser Beziehung besser geworden. Aber der CO₂-Ausstoß nimmt zu, weil der Verkehr zunimmt. In den nächsten zehn Jahren wird der Güterverkehr – und insbesondere der Transitverkehr – in Nordrhein-Westfalen um gut 30 % zunehmen. Daran wird die Dimension deutlich, in der wir handeln müssen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle müssen alle handeln: die Menschen mit ihrem Mobilitätsverhalten, die Politikerinnen und Politiker, der Landtag, der Bundestag durch Rahmensetzung und selbstverständlich auch die Automobilwirtschaft. Es ist richtig, dass Renate Künast hier provoziert hat, indem sie sagte: Kauft bei Toyota. – Im Übrigen ist sie indirekt vom Bundespräsidenten geädelt worden, der der Automobilwirtschaft nämlich massive Versäumnisse vorwirft; die Selbstverpflichtungen sind nicht eingehalten worden.

Kollege Priggen hat eben schon erwähnt, dass die Automobilindustrie lange auf das Prämiumsegment gesetzt hat. Heute Morgen ging noch eine Werbung von BMW durch's Radio, dass am Samstag Dienstwagentag ist. – Meine Damen und Herren, angesichts der gegenwärtigen Klimadebatte ist solche Werbung eigentlich ein Hohn.

Das sagen wir nicht nur, weil wir uns mit der Automobilindustrie auseinandersetzen wollen, sondern weil es konkrete Anforderungen an den

Standort Nordrhein-Westfalen gibt. Wer Klimapolitik beim Verkehr und bei der Automobilwirtschaft betreiben will, muss Standortpolitik aus wohlverstandem Eigeninteresse betreiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn die Automobilfirmen – zumindest die deutschen – geben derzeit den falschen Takt vor. Die Zulieferer geraten automatisch ins Stolpern. Wir brauchen einen anderen Takt, weil die Automobilzuliefererindustrie in Nordrhein-Westfalen besonders stark ist. Wenn man davon ausgeht, dass Massenprodukte weiterhin nötig sein werden, muss man in einem breiten Segment dafür sorgen, dass klima- und umweltfreundliche Autos produziert werden. Das ist auch für den Standort Nordrhein-Westfalen Zukunftsmusik.

Nordrhein-Westfalen braucht aus Eigeninteresse eine abgerundete CO₂-Verkehrspolitik. Wir haben den Verdacht, meine Damen und Herren, dass die Bundesebene und insbesondere die Bundesminister den Vorschlag der CO₂-Steuer gemacht haben, weil sie wissen, dass die Verkehrspolitik im Zentrum der Debatte steht. Wir brauchen allerdings ein umfassendes Konzept, das den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs nicht außen vor lässt. Statt die Regionalisierungsmittel zu kürzen, brauchen wir einen Ausbau. Ein solch umfassendes Konzept muss auch die klimaschädlichen Subventionen ins Auge fassen: das Dienstwagenprivileg, die Bevorzugung der Dieselfahrzeuge, selbstredend den Luftverkehr und natürlich auch den Agrardiesel.

Eine solche umfassende Strategie muss – das sagen jedenfalls die Zahlen des Umweltbundesamtes eindeutig – auch eine Maßnahme wie das Tempolimit ins Auge fassen, das mittlerweile von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird. 30 % der CO₂-Emissionen des Verkehrs sollen nach den Zahlen des Umweltbundesamtes einzusparen sein. Natürlich brauchen wir auch eine CO₂-Steuer, die sich an der Grundlage orientiert, dass diejenigen, die viel CO₂ produzieren, weil sie mehr Kraftstoff verbrauchen, mehr belastet werden, um eine soziale Ausgewogenheit bei der Unterklasse hinzubekommen.

Wir brauchen also eine umfassende Strategie und keine Reflexe, wie sie meiner Meinung nach auch ein bisschen durch die Bundesregierung provoziert worden sind. Nachdem man für die Baustelle Partikelfilter über einen quälenden, langen und zerrenden Prozess halbwegs eine Lösung hinbekommen hat, wurde direkt ein neues Thema in den Käfig geworfen, und das Gezerre ging von vorne los.

Gerade in Nordrhein-Westfalen ist deutlich geworden, dass Sie in dieser Diskussion unterschieden unentschieden sind: Der Umweltminister befürwortet einen solchen Weg, die Wirtschaftsministerin ist dagegen, und der Finanzminister duckt sich gleich weg.

Meine Damen und Herren, das ist nicht das, was wir an konzeptioneller Politik im Bereich Klimaschutz und Verkehr in Nordrhein-Westfalen brauchen, und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir hier und in den Ausschüssen darüber diskutieren. Unser Antrag sollte dazu einen Beitrag leisten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Remmel. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen! ... Der Bundestag wolle beschließen ...“ Entschuldigung, ich habe jetzt die Bundestagsdrucksache 16/4429 vorliegen, obwohl wir hier eigentlich über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 14/3848 debattieren wollen. Es stellt sich also die Frage, wer von welchem Antrag abgeschrieben hat: Entweder hat sich die Landtags- oder die Bundestagsfraktion nicht die Mühe gemacht, eigene Gedanken in den Antrag einzubringen.

Aber wie schon in der Landtagsdrucksache 14/284 hat sich Bündnis 90/ Die Grünen die deutsche Automobilindustrie zum Feindbild auserkoren. Erst pries man uns ein chinesisches Fahrzeug als das Nonplusultra im Umweltschutz an. Heute sind es die Japaner und Koreaner.

Für einen Vergleich des CO₂-Ausstoßes zwischen den europäischen und den eben genannten Autos darf ich Ihnen die Ergebnisse einer Untersuchung des VDA für das Jahr 2002 nennen: Danach können die europäischen Automobilhersteller einen Rückgang auf 165 g/km, die japanischen einen Rückgang auf 174 g/km und die koreanischen einen Rückgang auf 183 g/km CO₂ für ihre Autofloten verzeichnen. Damit liegen die deutschen Automobilhersteller beim CO₂-Ausstoß und somit auch beim Kraftstoffverbrauch deutlich vor den Kollegen aus Japan und Korea.

Das Bestreben der Europäischen Union, forciert von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis zum Jahr 2012 die CO₂-Emissionen der europäi-

schen Autoflotte auf 120 g/km im Durchschnitt zu senken, unterstützen wir nachhaltig.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Dies entspricht einem Verbrauch von 4,5 l Diesel bzw. 5 l Benzin pro 100 km.

Die in Ihrem Antrag gemachte Äußerung, die Automobilindustrie werde ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bisher nicht gerecht, ist schlichtweg falsch.

Meine Damen und Herren, auch die Grünen müssen zur Kenntnis nehmen, dass die PKWs heute erheblich weniger Kraftstoff verbrauchen als noch vor 17 Jahren. Seit 1990 ist der durchschnittliche Spritkonsum deutscher Autos

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Weil die 220 fahren wollen!)

pro Kilometer um 29 % und pro PS sogar um 36 % gesunken.

Die deutsche Automobilindustrie ist mit Verlaub eine Schlüsselindustrie mit einem hohen Innovationsstandard. Sie hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie im Umweltschutz, in der Sicherheitstechnologie und in der Zuverlässigkeit innovativ war und ist. Belegbar ist dies durch die deutlich gesunkenen Zahlen von Verkehrstoten und -verletzten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Diese Maßnahmen führten zu höheren Gewichten der Fahrzeuge, was gleichzeitig einen höheren Kraftstoffverbrauch mit sich brachte, der wiederum kompensiert wurde. Selbst die umweltbedingten Veränderungen – Umsetzung von Geräuschvorschriften, Euro-3- und Euro-4-Norm sowie der Partikelfilter – führen nachweisbar zu einem erhöhten Kraftstoffverbrauch von 0,4 l.

Auch der jetzt so hoch gelobte Hybridantrieb, mit dem sich Frau Künast wohl verfahren hat, war nicht zu Ende gedacht. Die Problematik bei der Entsorgung der Akkus und ein höheres Gewicht machen ein Hybridauto erst einmal umweltschädlicher als ein normales Auto. Alle deutschen und europäischen Automobilhersteller haben eine Vielzahl von technischen Entwicklungen zur Kraftstoffreduzierung erarbeitet, die zum Teil auf den großen Automobilschauen wie zum Beispiel momentan in Genf vorgestellt werden.

Nach einer Studie der Fachhochschule der Wirtschaft in Bergisch Gladbach gehören die deutschen Automobilhersteller zu den innovationsstärksten. In der Hitliste befinden sich unter den ersten sechs Automobilherstellern vier deutsche

Marken. Das ist ein Beweis dafür, dass die Automobilindustrie die Entwicklung nicht verschläft, wie es im Antrag der Grünen behauptet wird.

Darüber hinaus kann jeder Autofahrer durch sein Fahrverhalten, die Pflege des technischen Zustands und die richtige Fahrweise bis zu 25 % Kraftstoff sparen.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass Bündnis 90/Die Grünen nur ein Feindbild brauchen, und diesmal ist es wieder die deutsche Automobilindustrie.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Auch die geforderte Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h auf Autobahnen lehnen wir ab.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Gründe sind hinlänglich bekannt und brauchen nicht erneut erwähnt zu werden.

Und wenn dieses Thema abgehandelt ist und sich nicht mehr populistisch nutzen lässt, werden wir demnächst wahrscheinlich – da ja auch Methan ein Klimagas ist – den Antrag zum Verbot von Rindfleischspeisen auf den Tisch bekommen. Denn Methan hat ein 23-mal höheres Treibhauspotenzial als CO₂. Aus der Viehzucht stammen mittlerweile 18 % der ermittelten Treibhausgase. Die Fürze der weltweit 1,5 Milliarden Rinder setzen 80 Millionen t Methan frei. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine Biokuh oder um die lila Kuh handelt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Wißen das Wort.

Bodo Wißen^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde der Mobilität in Nordrhein-Westfalen! Zum 1. Januar letzten Jahres gab es in NRW einen Kfz-Gesamtbestand von 11,4 Millionen Fahrzeugen, davon 9,8 Millionen Pkw. Pro Jahr werden in Nordrhein-Westfalen etwa 730.000 Autos zugelassen. Ich habe die große Vermutung, dass sich das auch durch diesen Grünen-Antrag nicht ändern wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen den Leuten nicht verbieten, Autos zu nutzen. Wir als Sozialdemokraten wissen, dass nicht wenige Menschen darauf angewiesen sind, ein Auto zu

benutzen. Denen sollten die Grünen kein schlechtes Gewissen einreden.

Allerdings freuen wir uns über jeden, der vom Auto auf Busse und Bahnen umsteigt. Es fehlt mir in dem Antrag der Hinweis darauf, dass der beste Umweltschutz im Zusammenhang mit dem Thema Mobilität immer noch ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr ist. Sozialdemokratische Verkehrsminister in diesem Land haben es – durchaus gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen – geschafft, die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Während unserer Regierungszeit konnten wir erreichen, dass der Anteil der Nutzer des ÖPNV um satte 30 % gestiegen ist. Das ist ein Beitrag vieler Nordrhein-Westfalen zum Umweltschutz.

In diesem Zusammenhang fordere ich Minister Wittke auf, seine Kürzungen im ÖPNV zurückzunehmen. Herr Wittke, Sie müssen endlich begreifen, dass Mobilität auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz zu tun hat.

(Beifall von der SPD)

Ich fordere Sie auf, Ihre ideologische Pkw-Vorrangpolitik aufzugeben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wo wir gerade bei den Autos sind: Natürlich wünschen wir uns weitere Fortschritte der nordrhein-westfälischen Automobilhersteller bei der Verminderung des CO₂-Schadstoffausstoßes ihrer Produkte. Der Sinn der sogenannten CUV-Fahrzeuge am unteren und sehr flachen Niederrhein beispielsweise will sich mir einfach nicht erschließen. Natürlich hat die deutsche Automobilindustrie noch einige Aufgaben zu lösen. Sie muss möglichst schnell kostengünstige, spritsparende Fahrzeuge anbieten. Das sollte sie nicht allein aus Umweltschutzgründen tun, sondern auch aus Marketinggesichtspunkten heraus. Denn die Nachfrage nach diesen spritsparenden Automobilen wächst doch enorm. Die, wie ich finde, segensreiche Klimaschutzdebatte trägt dazu bei, dass sich auch das Anschaffungsverhalten bei den Kunden ändert. Hier darf die Automobilindustrie nicht den Trend verpennen.

Ich habe gerade noch Pressemitteilungen von Herrn Peters von der IG Metall und Bundesumweltminister Gabriel gelesen, die sich verstärkt dafür einsetzen, dass der Umweltgedanke auch bei der Entwicklung in der Automobilindustrie mehr Einzug als bisher erhält.

Im Übrigen wissen wir, dass eines der besten Programme zur Umweltförderung das energetische Gebäudesanierungsprogramm ist. Frau

Thoben, es wäre interessant, folgende Frage zu beantworten: Warum sollte es ein solches Programm – vielleicht ebenfalls durch die KfW vermittelt – nicht auch für die Anschaffung von ökologisch günstigen Kleinwagen geben?

Sehr geehrte Damen und Herren, aktuell wird über die Einführung einer CO₂-ausstoßorientierten Kraftfahrzeugsteuer debattiert. Eine allgemeine schadstofforientierte Kfz-Steuer, also eine Steuer, die für alle Fahrzeuge sofort eingeführt würde, träfe in erster Linie ältere Autos mit hohen Emissionen und würde nur neue Modelle mit moderner umweltfreundlicher Technik begünstigen. Die Frage des Alters eines genutzten Fahrzeuges korrespondiert jedoch unmittelbar mit dem Vermögen und Einkommen der jeweiligen Halter. Das bedeutet für Normal- oder Geringverdiener, die sich lediglich einen alten und nur wenig umweltfreundlichen Wagen leisten können, dass die schadstofforientierte Kfz-Steuer zu einer Strafsteuer würde. Diese soziale Komponente in dieser Frage ist für uns Sozialdemokraten wichtig.

Daher fordert meine Fraktion klar und deutlich eine sozialverträgliche Kfz-Steuerreform mit angemessenen Übergangsregelungen und einem Bestandsschutz für Altfahrzeuge. Letzteres entspricht auch dem ADAC-Konzept zur Reform der Kfz-Steuer.

Man sollte aber auch nicht so tun, als sei bisher nichts in diese Richtung geschehen. Vielfältige Instrumente sind bereits in Anwendung, die Schadstoffemissionen von Pkw reduzieren helfen. Wir kennen die Schadstoffklassen Euro 1 bis Euro 5 sowie die Effekte der Mineralöl-, Öko- und neuerdings erhöhten Umsatzsteuer, die den individuellen Benzinverbrauch als Basis haben.

Leider beleuchten die Grünen wieder nur einmal einen Teilaspekt. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und wird immer stattfinden. Mobilität geht jeden an. Uns Sozialdemokraten ist wichtig, dass wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land in allen Bereichen schauen, wie wir Schadstoffe vermindern können. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Klimaschutz Teil 2, jetzt im Kraftfahrzeugverkehr. Das ist ein Feindbild der Kollegen von den Grünen. Herr Kollege Remmel,

Sie haben der Ministerin mangelnde Konsequenz bzw. mangelnde Konzeption vorgeworfen.

An der Stelle habe ich ein Problem: Waren es nicht die Grünen, die sich dafür stark gemacht haben, dass man das Auto aus den Städten vergrämt, dass man Pfortnerampeln baut, Fahrspuren von zwei auf eine reduziert, zusätzlichen Stau hervorruft, weil man den Verkehr nicht verflüssigen wollte, Stopp und Go ist das grüne Leitbild, um den Individualverkehr aus den Städten herauszubekommen?

(Beifall von der FDP)

Wenn das richtig ist, verstehe ich den Vorwurf einer mangelnden Konsequenz bzw. mangelnden Konzeption überhaupt nicht.

(Beifall von der FDP)

Ich teile ausdrücklich Ihre Ansicht, dass wir im Motorenbau stärkere Effizienz brauchen. Bislang geht es doch darum, dass wir letztendlich mehr Drehmomente, mehr PS und höhere Geschwindigkeit wollen. Teilweise haben wir dabei auch einen niedrigeren Verbrauch erzielt. Hier müssen wir in der Zielrichtung umsteuern: gleicher Komfort mit weniger Verbrauch. Das ist eine Leitlinie, an die ich mich gut halten kann.

In dem Antrag der Grünen finde ich bemerkenswert – und damit kann ich durchaus leben –, dass die heute schon vorhandene Kennzeichnungspflicht für den CO₂-Ausstoß deutlicher gemacht werden soll. Wenn man allerdings den Diesel-Pkw-Fahrern einen Vorwurf macht und sagt, sie dürfen nicht weiter begünstigt werden, dann frage ich: War es nicht die Politik, die den Leuten gesagt hat, dass sie aus Umweltgründen Dieselfahrzeuge kaufen sollen? Das ist erst fünf Jahre her. Mit dieser Ex-und-hopp-Mentalität können wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Umweltschutz nicht verkaufen und klarmachen. Verlässlichkeit, Kalkulierbarkeit und langfristige Orientierung sind die entscheidenden Gesichtspunkte.

Es sind auch steuerliche Aspekte angesprochen worden. Frau Ministerin Thoben und Kollege Uhlenberg, ich bitte Sie herzlich zu überlegen, ob die CO₂-Steuerdiskussion der große Wurf ist. Wir bauen wieder unnötige Verwaltung auf. Wir haben unendliche Diskussionen über die Bemessungsgrundlagen. Die einfachere Art wäre, wenn man sich diesem Gedanken nähert, die Mineralölsteuer entsprechend zu belasten: Wer viel fährt, soll auch mehr bezahlen. Das ist eine ganz einfache Sache.

(Ministerin Christa Thoben: Jetzt trauen sich die Grünen nicht mehr! Das haben sie früher immer gesagt!)

– Ich habe damit keine Probleme, das muss man doch sagen. Die FDP hat immer gesagt: Weg mit der Kraftfahrzeugsteuer! Wir besteuern nicht das Auto, das in der Garage steht, das man sich als Kunstwerk anschaut, sondern denjenigen, der damit fährt.

In dem Zusammenhang stellen sich auch Fragen, inwieweit die Pendlerpauschalen gerechtfertigt sind. Das ist eine Abwägung. Auf der einen Seite fordern wir Mobilität. Wir sagen: Die Leute müssen Aufwendungen zur Erzielung ihres Arbeitseinkommens haben, das wollen wir auch steuerlich absetzen. Auf der anderen Seite hat das Konsequenzen im Umweltschutz.

Die Verflüssigung des Verkehrs – weg mit Stop and Go – trägt wesentlich zur Reduzierung von CO₂ bei. Dazu können wir moderne Verkehrsleittechnik einsetzen. Vor allen Dingen geht es aber – schade, dass der Kollege Wittke momentan nicht da ist – um die Staubeseitigung. Das muss bewältigt werden. Deswegen war es richtig, im Landeshaushalt einen Schwerpunkt auf die Staubbeseitigung zu setzen. Deswegen ist es richtig, Umgehungsstraßen, in besonderem Maße den Landstraßenbau, zu fördern. Dank verfehlter rot-grüner Klientelpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr haben wir hier vor allen Dingen bezogen auf das Ruhrgebiet erheblichen Nachholbedarf.

Ein anderer Gesichtspunkt ist, dass man momentan wieder Knebelungen des Bürgers im Auge hat. Das Fahrverbot in Italien ist von Grün begrüßt worden. Man hört: Das ist das richtige Mittel. Der Kollege Wißen hat eben deutlich gesagt, dass man das auch ganz anders sehen kann. Herr Kollege Wißen, ich teile Ihre Ausführungen ausdrücklich.

Zum Tempolimit auf Autobahnen: Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen, ist so umstritten wie die Idee des Tempolimits es selbst immer war. Die Hoffnung von Andreas Troge, Präsident des UBA, den CO₂-Ausstoß der Pkws auf Deutschlands Autobahnen um 10 bis 30 % zu reduzieren, ist sicherlich sehr hoch gegriffen. Insgesamt, so hatte sein Haus, das Umweltbundesamt, einmal berechnet, vermindere eine auf 130 km/h festgelegte Höchstgeschwindigkeit die Produktion von CO₂ um lediglich 0,3 %. Dafür der ganze Aufwand? Das bei den sichersten Verkehrswegen, die wir in Deutschland haben? Wieder eine Knebelung des Bürgers?

Ich selbst bin kein Raser. Aber mehr als 130 ...

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Na!)

– Ja, Herr Peschkes, ich fahre nicht nur Fahrrad so wie Sie. Ich mache das schon ein bisschen anders. Ich bin immer fasziniert von den Leistungen des Motorenbaus. Bis vor kurzer Zeit hatte ich noch einen alten wertstoffrecyclten Diesel-Pkw mit 150 PS, 3 l Hubraum. Inzwischen habe ich die gleiche PS-Zahl, 2,2 l Hubraum und verbrauche 4 l weniger. Das ist der richtige Weg,

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

auf den wir uns konzentrieren sollten und nicht die Durchsetzung von Knebelmaßnahmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rimmel, ich habe Ihnen sehr genau zugehört, aber nicht verstanden, was Sie eigentlich wollten. Sie haben formuliert, ich solle in Nordrhein-Westfalen unter Klimaschutz- und Mobilitätsgesichtspunkten Standortpolitik machen. Soll ich Ford und Opel in Bezug auf die Flotten oder die Modelle, die sie bauen, etwas abverlangen? Soll ich bei den Zulieferern etwas tun? Sie haben es nicht gesagt. Sie sind schön im Allgemeinen geblieben.

Ich trage jetzt das vor, was ich ohnehin vortragen wollte:

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Was Ihnen aufgeschrieben wurde!)

Mein Eindruck ist, dass wir bei der Mobilität, insbesondere bei der individuellen, zu wenig über unser Verhalten reden.

(Zustimmung von Holger Ellerbrock [FDP])

Wenn ich in einer Großstadt sehe, dass die Leute die Kinder mit Geländewagen zum Kindergarten bringen, überzeugt mich das nicht besonders. Dann müssen wir in der Debatte darüber, ob wir Klimaprobleme haben und ob wir vernünftig und sparsam mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, sagen: Es werden die Produkte gebaut, die wir nachfragen, die wir plötzlich für „geil“ halten; diesen Begriff verwendet man doch jetzt dafür.

Es gab in Deutschland ein entwickeltes 3-Liter-Auto. Das hat keine Kunden gefunden. Das heißt, wir müssen über andere Dinge reden. Der technische Fortschritt im Automobilbau ist da. Wir haben in Deutschland – das kann man ebenfalls nicht vorwurfsvoll formulieren – viel stärker als einige Nachbarn in mehr Sicherheit und mehr Komfort und nicht so stark in die Reduzierung des Spritverbrauchs gesteckt.

Wenn Sie sagen, dass die Selbstverpflichtung nicht richtig funktioniert hat, dann bin ich bei Ihnen. Da wünsche ich mir mehr, sonst hat dieses Instrument keine Berechtigung. Aber noch einmal: Wenn Angebote kommen, die in die richtige Richtung gehen und sie keiner kauft, hätte ich gerne Ihre Antwort darauf, was wir noch machen sollen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie wissen, dass wir ziemlich engagiert sind bei Kraftstoffen der Zukunft. Es gibt die Initiative „Rhein-Ruhr gibt Gas. Autofahren mit Erdgasantrieb“. Wir versuchen über Verabredungen zu mehr Erdgastankstellen zu kommen, damit derjenige, der diese Autos nutzt, nicht auf Komfort und Bequemlichkeit verzichten muss.

Wir sind Energie-, Kraftstoff- und Technologie-land. Die Herstellung von Biokraftstoffen, NRW-Forschungsinstitute des Motor- und Fahrzeugbaus, Hybridtechnologie, Brennstoffzellen, Hochenergiedebatten – das alles gibt es in diesem Land. Wir üben Anwendungen in kleinen Elementen, um festzustellen, wo die Schwachstelle ist, an welcher Stelle wir weiterforschen müssen. Auch im Export sind wir als Komponentenlieferer und Anlagenbauer auf den entsprechenden Märkten durchaus dabei. Aber solche Netzwerke ersetzen nicht – ich sage das noch einmal – unser privates Verhalten. Wenn der Ehrgeiz der Kunden darin bestehen und sie sich bei Anschaffungen entsprechend verhalten würden, entsprechende Autos zu kaufen, gäbe es nach meiner Überzeugung das eine oder andere Auto hier, das anders aussähe, als wir es im Moment haben.

Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass uns die Ansiedlung eines Unternehmens – das zwischen Forschung und betriebswirtschaftlicher Rentabilität liegt – im Norden des Ruhrgebietes gelungen ist und wir es aus München haben hierherholen können. Wir verbauen keine Wege.

Sie sprechen von CO₂. Jeder, der sich mit der CO₂-Steuer befasst, muss eigentlich zu dem Ergebnis kommen, dass sie nicht besonders intelligent ist. Die einzige Frage, die man debattieren muss, lautet: Wie kommt man aus dem jetzigen Zustand in den neuen? Ich habe große Zweifel,

dass eine weitere bürokratische Aufladung für einen zusätzlichen Zweck vernünftig ist. Wir werden das aber im Detail prüfen.

Ich finde eine Anregung von Herrn Dudenhöfer viel spannender.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Kollege.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank. – Frau Ministerin, kann ich Ihrer Äußerung entnehmen, dass die Landesregierung keine Position zu der Veränderung der Kfz-Steuer auf der Basis von CO₂ hat?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir erarbeiten sie uns. Ich kann Ihnen auch gleich begründen, warum.

Die Kfz-Steuer ist jetzt schon bürokratisch. Sie wissen, dass unser Finanzminister gesagt hat, der Bund solle die Kraftfahrzeugsteuer übernehmen, dafür sollten die Länder die Versicherungssteuer bekommen. Wenn der Bund so gute Ideen habe und die Kfz-Steuer umgestalten wolle, aber meine, das würde kein bürokratisches Monster, dann solle der Bund diese Steuer übernehmen.

Die Bundesregierung verhält sich sehr zögerlich, auf dieses Angebot einzugehen. Der Vorschlag zur Umgestaltung der Kfz-Steuer kommt nicht aus Nordrhein-Westfalen, er kommt von der Bundesebene. Man kann nicht immer Vorschläge machen, die irrsinnige zusätzliche Bürokratie bedeuten und sich dann zurücklehnen und sagen, Gott sei Dank sei man nicht zuständig.

Noch einmal: Ich finde die Anregung von Herrn Dudenhöfer nachdenkenswert, spezifische CO₂-Zertifikate je nach Schadstoffklasse der Autos zu organisieren. Dann würde nämlich Folgendes passieren: Das kleine Auto mit geringeren Werten würde in der Anschaffung preiswerter. Das heißt, das angeblich soziale Argument, man müsse den Umstieg nicht noch erschweren, erledigte sich. Dann bräuchte man kein KfW-Programm, weil das sparsamere Auto preiswerter würde. Wer trotz allem dann immer noch glaubt, er brauche einen Porsche oder ein riesengroßes Auto – das sind ja

nicht so schrecklich viele –, der würde dann 4.000 bis 5.000 € mehr bezahlen müssen.

Die Kennzeichnung des Kraftstoffverbrauchs ist heute schon zwingend vorgeschrieben. Die CO₂-Emissionen und die Verbrauchswerte von neuen Fahrzeugen müssen in den Verkaufsräumen der Autohändler deutlich sichtbar gemacht werden.

Wir haben übrigens festgelegt, dass die Anschaffung von Fahrzeugen auf Landesebene strengen Abgasnormen entspricht. Wir haben bei unseren Dienstwagen den Vorteil, dass wir sie überwiegend leasen, also können wir jedes Jahr vergleichsweise neue und schadstoffärmste Fahrzeuge anschaffen. Und das tun wir.

Zum Tempolimit: Auf 98 % der Straßen in Deutschland gibt es eine Geschwindigkeitsbegrenzung, sodass ein generelles Tempolimit – ich wiederhole noch einmal die eben genannte Zahl – nach Berechnungen des Bundesumweltamtes den CO₂-Ausstoß lediglich um 0,3 % reduzieren würde. Selbst der Bundesumweltminister hat darauf hingewiesen, er verspreche sich nichts davon. Aus diesem Grunde würde er diese Forderung auch nicht erheben. Er dünkte eher an ein Tempolimit – er will natürlich mit der Forderung auffallen –, weil man damit die Zahl der Verkehrstoten reduzieren könnte. Ob die Rechnung stimmt, weiß ich nicht.

Mobilität und Umwelt bedeutet nach unserer Auffassung kein Widerspruch. Wir wollen modernste Anlagen. Wir wollen die technologische Entwicklung begleiten. Wir wollen modernste Antriebstechniken. Aber wie immer soll man bei der Umsetzung nach meiner Überzeugung mit Augenmaß vorgehen.

Allerletzte Anmerkung: Sie haben von einem Dienstwagenprivileg gesprochen. Hoffentlich verstehen Sie darunter nicht das Privileg, mit dem Zug irgendwohin zu fahren und sich am Zielort mit einem Dienstwagen abholen zu lassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Kollegin Wiegand das Wort.

Stefanie Wiegand (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thoben, nach Ihrer Rede bin ich dankbar, dass ich neulich die Kleine Anfrage zum Fuhrpark der Landesregierung gestellt habe. Ich bin gespannt, welche Werte in der Antwort Ihre Rede unterstützen werden.

Herr Burkert, habe ich das gerade nicht richtig mitbekommen in Ihrer Rede oder haben Sie vergessen zu sagen, „ich zitiere“. Ich habe den Eindruck, weite Teile Ihrer Rede – die Hälfte – sind aus der Standortbestimmung der Deutschen Automobilindustrie, sind vom VDA abgeschrieben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zeigt viel vom Politikverständnis der CDU. Wir bewerten alle Seiten und bilden uns dann eine Meinung. Wenn Sie aber hier die Meinung der Automobilindustrie vorlesen, sagt das eigentlich alles.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Rimmel, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, viele Ihrer Anträge sind nicht abgeschrieben oder kopiert? Sie sind gut mit anderen Parlamenten vernetzt, sodass Sie immer etwas einbringen, womit sich andere Parlamente auch schon befasst haben. Da frage ich mich, wie Ihnen der Fauxpas passieren kann, dass wir heute auf Ihren Antrag hin wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr debattieren, wo sich Frau Höhn, Ihre ehemalige Umweltministerin, am Mittwoch im „Morgenmagazin“ von WDR 2 dafür stark gemacht hat, nicht einzelne Aspekte wie den Straßenverkehr aus einem Klimaschutzkonzept herauszugreifen, sondern ein wirksames Gesamtkonzept für den Klimaschutz zu erstellen.

(Beifall von der SPD – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wenn Sie so weit wären wie wir, wären wir froh!)

Hier geben wir Frau Höhn Recht.

So muss ich Ihnen aus umweltpolitischer Sicht leider sagen: Ihr Antrag ist wie immer zu kurz gesprungen, um dem Klimaschutz langfristig zu dienen. Es geht nämlich nicht darum, dass alle immer nur auf den jeweils Nächsten zeigen – die Energiewirtschaft auf die Automobilindustrie, die Automobilindustrie auf die Hausbesitzer, die Hausbesitzer auf den Flug- und den Straßenverkehr, oder – global ausgedrückt – Nordrhein-Westfalen beschuldigt Deutschland, Deutschland beschuldigt die Amerikaner, und alle beschuldigen die Chinesen.

(Beifall von der SPD)

Dabei muss doch im Gesamtkonzept gedacht und gehandelt werden, wenn man wirklich etwas erreichen will. Denn der Geist der Rio-Deklaration der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung „Think global, act local“ – oder zu Deutsch: „Global denken, lokal handeln“ – aus dem Jahre 1992 gilt gerade auch für den Klima-

schutz. Aber darauf haben Herr Römer und Herr Stinka von der SPD im vorangegangenen Tagesordnungspunkt sowie Herr Wißen gerade bereits hingewiesen.

Kürzlich haben wir über Feinstaub im Straßenverkehr debattiert, heute über CO₂ im Straßenverkehr und demnächst höchstwahrscheinlich über NO_x im Straßenverkehr – ganz zu schweigen von der Lärmbelastung durch unsere Kraftfahrzeuge.

Jeder dieser Themenbereiche für sich ist wichtig und richtig, aber wir können uns doch nicht immer tagesaktuell einen einzigen Aspekt davon herausgreifen, wenn wir etwas für das Klima und die Menschen im Land erreichen wollen.

Wir von der SPD wollen den Menschen nicht vorschreiben, ob und wohin sie in den Urlaub fahren, aber wir wollen sie dabei unterstützen, ihre Mobilitätsbedürfnisse so ökologisch wie möglich zu gestalten. Schließlich darf man Klimaschutz nicht gegen die Menschen machen.

Sie machen dem Menschen den Vorwurf, dass ihnen der Geldbeutel näher ist als die Klimaschutzpolitik. Aber wir von der SPD wollen möglichst viele Menschen für den Klimaschutz begeistern und auf unserem Weg mitnehmen. Wir machen Klimaschutz gemeinsam mit den Menschen, denn sonst erreichen wir nichts für den Klimaschutz, sondern treten als die Spaßbremsen der Nation auf.

(Horst Becker [GRÜNE]: Klimaschutz zum Anfassen!)

Dafür brauchen wir eine Klimaschutzpolitik und -strategie, die alle Emittenten und nicht nur isoliert den Straßenverkehr einbezieht. Wenn man schon einen einzelnen Aspekt aus dem Gesamtkonzept herausgreift, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, dann doch bitte diesen kleinen Teilbereich wenigstens komplett.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme noch einmal auf die Energiestrategie der Landesregierung zurück, über die heute schon einmal gesprochen wurde. Was dort, wie auch in diesem Antrag, völlig fehlt, ist der ÖPNV. Herr Wißen hat bereits darauf hingewiesen. Dabei kann und sollte doch gerade der ÖPNV einer der verkehrspolitischen Schlüssel zum Klimaschutz sein.

(Beifall von der SPD)

Zu unserem Projekt „Güter auf die Schiene“ – Herr Wittke ist leider nicht da –: Auch hier gilt für die Landesregierung: Vom Klima reden – gegenteilig handeln. Sie führen unsere Vorrangpolitik der Mittelverteilung nicht weiter. Sie beschneiden

den Schienenverkehr und fördern stattdessen den Güterverkehr auf der Straße. Damit sind zukünftig noch mehr Lkw auf den Straßen unterwegs. Mehr Straßenverkehr heißt aber auch mehr Stau auf unseren Straßen. Schon jetzt verursachen Staus auf den deutschen Straßen jährlich einen Mehraufwand von 12 Milliarden Litern Kraftstoff. Das entspricht ungefähr 30 Millionen Tonnen CO₂.

Zum Gesamtkonzept eines vernünftigen Klimaschutzes gehören aber selbstverständlich auch, wie mein Vorredner Herr Wißen bereits ausführlich erläutert hat, sozialverträgliche und damit bezahlbare Alternativangebote für die Menschen.

(Beifall von der SPD)

Dazu brauchen wir einen vernünftigen Instrumentenkasten und nicht die Verurteilung einzelner Teilaspekte. Zusammenfassend möchte ich für die Fraktion der SPD darstellen: Wir nehmen die Menschen mit und stellen nicht Klimaschutzanforderungen gegen sie auf. Wir in Nordrhein-Westfalen müssen heute die Umwelttechnologie entwickeln, die die Welt morgen braucht. Das gilt selbstverständlich auch für die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der Menschen vor Ort. Schon deshalb müssen wir spritsparende und klimaschonende Kraftfahrzeuge hier entwickeln.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte noch einmal an die Debatte des vorangegangenen Tagesordnungspunktes anknüpfen. Der Klimaschutz muss sektorübergreifend sein. Jeder Bereich muss und kann dabei seinen eigenen Beitrag leisten. Das gilt für die Industrie genauso wie für die Energiewirtschaft, für den Energiegebäudebereich und den gesamten Verkehrssektor gleichermaßen. Es ist bezeichnend für diese Landesregierung, dass das Thema Verkehr in Bezug auf Klimaschutz in der sogenannten Energieoffensive der Landesregierung gar nicht erst auftaucht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Wiegand. – Als nächster Redner hat für die CDU der Kollege Kress das Wort.

Karl Kress (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion – ich denke, das ist beim vorherigen Tagesordnungspunkt deutlich geworden – begleitet und unterstützt die vielfältigen Initiativen der Landesregierung zur Minderung der Kohlendioxidemission auf allen Ebenen sehr aktiv, und das – damit haben

Sie, Frau Wiegand, in der Tat recht – macht die Landesregierung ganz vorzüglich.

Das Thema CO₂-Reduzierung ist nicht vorrangig ein verkehrspolitisches Thema, sondern begleitet uns in sehr vielen Lebensbereichen, in denen Kohlendioxid oder gleichermaßen schädigende Äquivalenzgase entstehen.

In der Tat dürfen wir den Fokus nicht nur auf die Verkehrspolitik richten, sondern müssen, um nachhaltig entgegenzuwirken, einen Gesamtansatz finden. Das spüren Sie im Moment in jeder Diskussion. So haben es die Koalitionsfraktionen mit dem Antrag zum vorherigen Tagesordnungspunkt auch detailliert gefordert, und so hat die Landesregierung das mit ihrem ressortübergreifenden energiepolitischen Konzept vom 13. Februar 2007 überzeugend vorgestellt und hier begründet.

Unsere Landesregierung hat mit diesem umfangreichen Programm Akzente gesetzt und weitgehende Ziele formuliert. Das ist gut so. Insbesondere begrüßen wir, dass weitergehende Forschungsprojekte zur Biostrategie, zur Gewinnung von Treibstoffen wie Biodiesel, Ethanol oder Wasserstoff über verschiedene chemisch-technische Verfahren gefordert und auch gefördert werden. Dass Bündnis 90/Die Grünen nach diesen umfangreichen Aktivitäten der Landesregierung und nach dem CDU/FDP-Initiativantrag auch einen eigenen Antrag hier behandeln wollen, verstehe ich. Das ist ja auch für das Protokoll und die eigene Klientel wichtig.

Was ich nicht verstehe, ist, dass der Antragsteller aus diesem vom Kabinett beschlossenen energiepolitischen Konzept einen einzigen Baustein herausgenommen hat. Frau Wiegand hat an dieser Stelle Frau Höhn zitiert. Das kann ich nur unterstreichen.

So machen Sie, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, auf die Steigerung des CO₂-Ausstoßes durch den Automobilverkehr aufmerksam – garniert mit dem allgemeinen Hinweis, dass die Automobilindustrie ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Damit werden Sie, Herr Remmel, Ihrer Verantwortung als Politiker gegenüber dieser Schlüsselindustrie in Deutschland nicht gerecht. Sie vergessen dabei, dass der Motorisierungsgrad, die Fahrzeugdichte pro 1.000 Einwohner, in den letzten Jahren um fast 12 % bei gleichzeitiger Steigerung der Jahreslaufzeit der PKW deutlich zugenommen hat.

Tatsächlich sind die spezifischen Kohlendioxidemissionen pro gefahrenem Kilometer vor allem bei PKW mit Ottomotoren spürbar gesunken.

Mein Kollege Oskar Burkert hat das mit Zahlen unterlegt und detailliert vorgetragen. Ich finde es gut, wenn man solche Zahlen nennt, die man in der Literatur findet. Es ist auch gut, Frau Wiegand, dass Sie die gleichen Zahlen gefunden haben. Damit haben Sie seine Aussage bestätigt.

Richtig ist, dass der Spritverbrauch durch Nebenaggregate, zum Beispiel durch Klimaanlage, um ca. 1 l pro 100 km gestiegen ist. Wenn man bedenkt, dass 90 % aller Neufahrzeuge eine Klimaanlage haben, dann liegen in der Optimierung der Nebenaggregate hohe Minderungspotenziale.

Das Fraunhofer-Institut – das habe ich auch der Literatur entnommen – hat diese Bereiche weitgehend analysiert und Handlungsvorschläge entwickelt. Dazu zählt natürlich auch der verstärkte Einsatz von Erdgasfahrzeugen und die technische Optimierung der Fahrzeuge durch Leichtbauweise, ständige Verbesserung der Aerodynamik und der Einsatz von Leichtlaufölen. Die entsprechenden Forschungsprojekte werden alle gemeinsam von den Forschungsinstituten und der Automobilindustrie forciert.

Es ist doch auch richtig, dass die technische Innovationsstrategie für leisere, saubere und sparsamere Fahrzeuge nur gemeinsam mit der Automobilindustrie weiterentwickelt werden kann.

Die Politik setzt Eckdaten und fördert alternative Kraftstoffe, zum Beispiel CHOREN-Dieselmethylester und Autoschnaps. Darüber hinaus können wir vor Ort durch eine intelligente Verkehrslenkung und Maßnahmen zur Verkehrsoptimierung mit weniger Abbrems- und Beschleunigungsvorgängen und zum Beispiel durch intelligente Ampelschaltungen, wie man es in Leverkusen gemacht hat, spritfahrende Fahrweisen unterstützen.

McKinsey hat die energetischen Potenziale analysiert und im Abschlussbericht einen großen NRW-Politiker mit dem Satz zitiert: „Alles ist mit allem verbunden“. Den Fokus auf ein Segment zu legen, bringt uns nicht weiter.

Das gilt insbesondere für den hier eingebrachten Antrag, der viel zu kurz greift und weit hinter den Vorschlägen von CDU und FDP sowie der Handlungsoffensive der Landesregierung liegt. Aber das werden wir ja im Ausschuss noch vertiefend diskutieren. Auf die Diskussion freue ich mich. Wir stimmen selbstverständlich der Überweisung des Antrags in den Fachausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kress. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich habe Sie nicht verstanden, weil in unserem Antrag eigentlich sehr konkrete Maßnahmen genannt werden. Ich verstehe auch die Kollegen der SPD nicht, weil in dem Antrag nichts Verwerfliches steht, nichts steht, was Menschen quält. So stellen Sie das ja quasi dar. Wenn auf der einen Seite das Dienstwagenprivileg, das Sie eben in Führungsstriche gesetzt haben, wegfällt und wir möglicherweise bundesweit wieder Steuern in Höhe von bis zu 5 Milliarden € – davon gehen diejenigen aus, die das geschätzt haben – einnehmen würden und man auf der anderen Seite kritisiert, dass in dem Antrag nichts zum ÖPNV gesagt werde – der ÖPNV gehört auch nicht unbedingt in den Antrag –, und gleichzeitig nicht einsehen will, dass der Wegfall dieses Privilegs eine vernünftige Maßnahme wäre vor dem Hintergrund, dass das auch mithilfe Ihres Bundesverkehrsministers und Finanzministers eingesparte Geld bei den Regionalisierungsmitteln, beim ÖPNV, 3,5 Milliarden € ausmacht,

(Beifall von den GRÜNEN)

also weniger, als das Dienstwagenprivileg an Steuereinnahmen im Bundesdurchschnitt kostet, dann kann ich nicht verstehen, wie Sie ernsthaft sagen können, dass Sie in unserem Vorschlag keine vernünftige Maßnahme entdecken können oder dass wir den Leuten als Spaßbremse entgegengetreten wollen. Das Gegenteil ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wer davon spricht, dass die Autoindustrie alle erforderlichen Maßnahmen selber ergreifen würde und dass es nur eine Frage der Nachfrage sei, der hat offensichtlich die Geschichte des Dieselfilters übersehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die deutsche Automobilindustrie hat in den letzten Jahren im Umweltbereich, wo sie vor zehn bis 15 Jahren noch führend gewesen war, ihren Führungsanspruch völlig aufgegeben und auf ganz andere Dinge gesetzt. Ich weiß es aus meinem Bekanntenkreis und von mir selber: Ich habe sehr lange gewartet, bis ich mir einen neuen VW gekauft habe, und zwar deshalb, weil es extrem lange gedauert hat, bis dieser einen Dieselfilter hatte. Ich habe sehr lange mit mir gekämpft, ob ich nicht deswegen auf ein anderes Produkt umsteige. Deswegen, Frau Ministerin Thoben, geht Ihre Kri-

tik in unsere Richtung fehl. Sie hätten stattdessen mit uns zusammen die Kritik an der Automobilindustrie aufrechterhalten und verstärken sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer Industriepolitik in positivem Sinne in diesem Land machen will, der muss doch aus den letzten Jahren mit uns zusammen die Lehre ziehen, dass Klimapolitik und Industriepolitik nur dann in Verbindung zu bringen sind, wenn wir die Automobilindustrie ein Stück weit dazu treiben. Denn dass das alles von alleine geschieht, das entspricht nicht der Wahrheit. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat der Kollege Ellerbrock für die FDP das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den mir nachfolgenden Debattenbeiträgen ist immer wieder auf den ÖPNV hingewiesen worden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land, das nicht nur aus Verdichtungsgebieten besteht. Wir haben den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum zum Glück in der Koalitionsvereinbarung definiert. Dort ist der öffentliche Personennahverkehr hinsichtlich der Mobilität zwangsweise eingeschränkt. Da brauchen wir den Individualverkehr. Diesen zu verdammen, lohnt sich wirklich nicht.

Der Kollege Becker hat sich jetzt wieder darin ergangen, die Neiddiskussion des Dienstwagenprivilegs anzuheben.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dieses mag ich nun gar nicht ansprechen. Dazu hat Frau Ministerin Thoben eben das gesagt, was man sagen sollte.

Ich komme auch nach den nochmaligen Debattenbeiträgen vom Kollegen Becker einfach nur zu dem Schluss: Dieser Antrag, den Sie hier stellen, ist ein reiner Schauantrag. Das, was die Leute hier immer so höflich ausdrücken, sie freuten sich auf die Diskussion im Umweltausschuss oder so ähnlich, kann ich nicht sagen. Ich freue mich nicht darauf. Diese Diskussion über diesen Antrag ist völlig überflüssig.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Frage des Klimaschutzes im Straßenverkehr nicht losgelöst vom Thema Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz diskutieren. Natürlich ist es so – das ist prinzipiell richtig –, dass jeder Kilometer, der anders als durch motorisierten Individualverkehr zurückgelegt wird, ein Gewinn für Klima und menschliche Gesundheit ist. Allerdings – darauf hat der Abgeordnete Ellerbrock gerade hingewiesen – ist niemand so lebensfremd und behauptet, dass Individualverkehr im PKW- und Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen verzichtbar sei. Frau Abgeordnete Wiegand, gerade wer aus dem Münsterland oder aus den ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen kommt, kann darauf erst recht nicht verzichten. Bei bestimmten Debatten und Veranstaltungen, bei denen das schick ist, wird auch immer eine besondere Welt gezeichnet. Man ist in den ländlichen Räumen schlicht und einfach auf die Benutzung des Autos angewiesen. Wenn man in Essen oder in Düsseldorf wohnt, ist das natürlich etwas anderes als wenn man aus den ländlichen Räumen kommt.

Deswegen kommt es mir darauf an, dass erstens der motorisierte Verkehr durch kraftstoffeffiziente Fahrzeuge mit exzellenter Abgasreinigungstechnik klima- und umweltverträglicher gestaltet wird – darauf müssen wir uns konzentrieren –, dass zweitens mit intelligenten Verkehrslösungen der Verkehr flüssig und damit auch emissionsarm gemacht wird – ein Verkehrsstau trägt nicht dazu bei – und dass drittens Alternativen zum Individualverkehr im ÖPNV und in Logistik für den Gütertransport gefunden werden. Es fällt mir oft ganz schwer, dass wir das überhaupt noch hinbekommen, gerade was die Logistik – auch der Bahn – angeht. Das muss ich deutlich sagen. Ich habe das in den letzten Wochen sehr konkret verfolgt. Als es darum ging, Holz aus Nordrhein-Westfalen in andere europäische Länder zu transportieren, habe ich gesehen, wie unendlich kompliziert das Ganze geworden ist. Das liegt aber nicht am nordrhein-westfälischen Verkehrsminister, sondern das liegt schlicht und einfach daran, dass sich die Deutsche Bundesbahn in den vergangenen Jahren inhaltlich schon sehr weitgehend von diesem Antrag verabschiedet hat. Viertens kommt es mir darauf an, dass besonders emissionsintensive Fahrzeuge in sensiblen Bereichen, zum Beispiel in feinstaub- und stickstoffdioxidbelasteten Innenstädten, einfach nicht mehr fahren dürfen.

Sie wissen, dass am 1. März die Kennzeichnungsverordnung in Kraft getreten ist. Zeitgleich hat der Bundestag das Gesetz zur Förderung von

Dieselpartikelfiltern verabschiedet. Mein Haus hat im Vorfeld bei dieser Regelung auf Bundesebene ganz intensiv mitgearbeitet. Ich freue mich, dass die Regelungen endlich greifen können, wenngleich ich nicht bereit bin hinzunehmen, dass es bei der Einstufung von älteren Ottomotor-PKW mit geregelten Katalysatoren eine Ungereimtheit gibt. Ich habe das dem Bund mitgeteilt und gehe davon aus, dass bis zum Januar 2008, wenn die erste NRW-Umweltzone in Köln eingerichtet wird, die Plakettenregelung schlüssig ist.

Lassen Sie mich zu diesem Thema Umweltzone auch noch etwas sagen, meine Damen und Herren, ein Thema, das nicht nur in Nordrhein-Westfalen diskutiert wird, sondern in ganz Deutschland. In Stuttgart, in München, in Berlin, überall wird dieses Thema Umweltzone diskutiert.

Deswegen bitte ich Sie alle sehr herzlich, diese Diskussionen konstruktiv zu begleiten. Wir müssen hier etwas machen, um die Menschen in den Bereichen zu schonen und den Gesundheitsschutz in den Innenstädten, in denen wir eine besonders hohe Belastung haben, auch wirklich nach vorne zu stellen.

Ich gehe in Nordrhein-Westfalen an dieses Thema heran, aber nicht in der Form, dass wir die Menschen verschrecken, sondern indem wir zunächst einmal mit allen reden. Zum Thema Umweltzone gibt es eine Menge Vorbehalte. Deswegen bin ich zum Beispiel im Gespräch mit dem Vorstand des RVR im Ruhrgebiet. Ich gehe auch zu den Fraktionen, wenn sie mich einladen. Ich spreche mit allen. Wir haben in unserem Haus intensive Gespräche mit den Industrie- und Handelskammern geführt, was das Thema Umweltzone angeht.

Ich habe den Eindruck, wenn man beim Thema Umweltzone nicht zu einer Überforderung kommt, dann kann man die Menschen in Nordrhein-Westfalen beim Thema Umweltzone mitnehmen, wie das in anderen Bundesländern auch der Fall ist. Deswegen sollten wir nicht reflexartig irgendwelche Erklärungen zu diesem Thema abgeben. Dabei bin ich als Umweltminister auf die Unterstützung der Landtagsabgeordneten angewiesen. Da diese eine entsprechende Wirkung in die Wahlkreise haben, sind wir dann in der Lage, das Thema Umweltzone voranzutreiben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rimmel?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich bin gerne bereit, eine Frage zu beantworten,

Frau Präsidentin, aber zunächst möchte ich meine Ausführungen fortsetzen.

Der Abgeordnete Becker hat davon gesprochen, dass die gesamte technische Entwicklung von der Automobilindustrie quasi nicht wahrgenommen worden sei. Davon kann keine Rede sein. Ich wünsche mir bei der Automobilindustrie ein größeres Engagement. Das ist richtig. Aber wir in Nordrhein-Westfalen haben gerade im mittelständischen Bereich eine Vielzahl von Betrieben, die sowohl bei der Katalysatortechnik als auch bei der Partikelfiltertechnik in Deutschland führend sind. Das müssen wir mit aufbauen.

(Vizepräsidentin Angela Freimuth zeigt das Ende der Redezeit an.)

Ich bin froh, dass wir diese Möglichkeiten in Nordrhein-Westfalen haben und dass diese Betriebe bei uns ansässig sind. Hierbei geht es auch um viele Arbeitsplätze.

Nun bin ich gerne bereit, auf eine Frage einzugehen, wenn sie denn gestellt wird.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich gehe davon aus, dass die Frage gestellt wird. Der Kollege Remmel hat jetzt die Gelegenheit dazu.

Ich weise den Minister aber rein vorsorglich darauf hin, dass seine Redezeit bereits überschritten ist. Die Beantwortung der Frage wird natürlich nicht auf die Redezeit angerechnet. Ich bitte Sie aber, darüber hinaus keine weiteren Ausführungen mehr zu machen.

Bitte, Herr Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, Sie wissen, dass meine Fraktion Sie bei der Einrichtung von Umweltzonen unterstützt. Wir würden Sie gerne auch unterstützen bei Ihrer Position, jedenfalls bei der allgemeinen Positionierung, was die Ausgestaltung der Kfz-Steuer als CO₂-Steuer angeht. Wann und wo ist der Ort, wo das in dieser Landesregierung entschieden wird? Wie können wir Ihnen dabei helfen?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Remmel, darauf hat Frau Wirtschaftsministerin Thoben eben eine klare Antwort gegeben. Wir führen Gespräche, um eine gute Regelung zu finden. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich auch mit der Bundesregierung im Gespräch.

Die Finanzminister spielen hierbei eine wichtige Rolle. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe,

geht es um ein Aufkommen von insgesamt 880 Millionen €. Der Bund überlegt ja, sich von diesem Teil der Steuer zu trennen und einen entsprechenden Ausgleich vorzusehen.

Nach meiner Überzeugung sollten wir eine Regelung unterstützen, die im Sinne des Umweltschutzes wirklich greift. Daran arbeitet die Landesregierung – sowohl die für den Klimaschutz zuständige Wirtschaftsministerin als auch der Umweltminister. Hier sind wir auf einem guten Weg, denke ich. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir jetzt am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/3848** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Nun rufe ich auf:

5 Passivraucherschutzgesetz (PSG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3673

erste Lesung

Zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs erteile ich Frau Kollegin Meurer vonseiten der antragstellenden Fraktion der SPD das Wort.

Ursula Meurer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich vor einigen Monaten in diesem Hohen Hause zum ersten Mal zum Nichtraucherinnen- und Nichtraucherenschutz sprach, begann ich meine Rede mit den Worten: Ein gutes Thema, um sich Freunde zu machen.

Ich sollte Recht behalten. Ich habe viele neue Freunde gewonnen. Einige haben Sie in den letz-

ten Wochen kennengelernt, Herr Minister Laumann. Nachdem Sie auf der Konferenz der Gesundheitsminister am 23. Februar verkündeten, dass NRW beim Nichtraucherschutz in Gaststätten einen Sonderweg anstrebt, haben meine neuen Freunde Ihren Server im Ministerium fast stillgelegt.

So kann es gehen, wenn man aufs falsche Pferd setzt. Oder sollte ich sagen: so kann es gehen, wenn man den falschen Partner an seiner Seite hat – einen Partner, der so liberal ist, dass ihm die große Freiheit der Raucher vor Kinder- und Jugendschutz und vor Nichtraucherschutz geht?

(Beifall von der SPD)

Meine neuen Freunde haben bestimmt auch schon gelesen, dass Bayern und Sachsen, das Saarland und Baden-Württemberg, Hamburg und Schleswig-Holstein um die gleiche Aufmerksamkeit bitten. Sie wollen es den Gastronomen überlassen, sich zu Nichtraucher-Gaststätten zu erklären. Damit stehen wir wieder am Beginn der Debatte.

Heute bieten wir Ihnen, Herr Minister, und auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition – Sie wissen ja: die Hoffnung stirbt zuletzt –, mit der Einbringung unseres Gesetzentwurfes zum Passivraucherschutz ein Gesetz an, das seit Langem überfällig ist.

Nach den jahrelangen Diskussionen auf allen Ebenen der Politik bildet Deutschland das Schlusslicht in Europa, was eine vernünftige Regelung des Schutzes unserer Kinder und Jugendlichen vor Passivrauchen, aber auch vor schlechten Beispielen erwachsener Raucher angeht.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband hat zwei ganze Jahre lang versucht, den Nichtraucherschutz durch freiwillige Selbstverpflichtungen seiner Mitgliedsunternehmen zu regeln. Er ist gescheitert. In 60 % der Speisegaststätten sollten mindestens 40 % Nichtraucherplätze ausgewiesen werden. Gerade einmal 15,5 % erfüllen die Vorgaben bezüglich des Platzangebotes. Bei den Kneipen bieten nur 10,9 % ausreichend und deutlich gekennzeichnete Nichtraucherplätze an.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing stellte fest, dass mit Einführung der Geldkarte für Zigarettenautomaten der Konsum der Kinder und Jugendlichen rückläufig ist. Ein Schrittchen in die richtige Richtung.

Im Bericht von UNICEF zur Situation der Kinder in Industrieländern nimmt Deutschland Platz 11 ein. Die Niederlande führen die UNICEF-Tabelle als kinderfreundlichstes Land an, gefolgt von Schwe-

den, Dänemark und Finnland. Den elften Platz nehmen wir unter anderem aus folgendem Grund ein – ich zitiere –:

„Besorgniserregend ist das Risikoverhalten deutscher Jugendlicher. Hier liegt Deutschland vor Großbritannien auf dem vorletzten Platz. Hauptgrund ist das Rauchen. Etwa jeder zehnte 15-Jährige in den Industrieländern raucht mindestens einmal pro Woche. In Deutschland sind es sogar mehr als 16 % – trauriger Spitzenplatz, in keinem anderen Land rauchen so viele junge Menschen.“

Gleiches gilt übrigens auch beim Alkoholkonsum. Auch hier geben 16 % der Kinder und Jugendlichen zwischen elf und 15 Jahren an, zweimal oder öfter betrunken gewesen zu sein. Das ist allerdings ein ganz anderes Thema, das auch mit Sucht und mit Gesundheitspolitik zu tun hat, aber heute nicht Gegenstand der Debatte ist.

Der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen, aber auch der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat die SPD-Fraktion veranlasst, dieses Artikelgesetz zu schreiben, in ihren Reihen zu beraten und heute hier erstmals zur Debatte zu stellen. Wir haben uns für diese Form des Gesetzentwurfes entschieden, weil wir durch die Föderalismusreform auch für das Gaststättengesetz zuständig sind und so alle Passivrauchschutzgesetze unter einem Dach vereinen.

Der heute vorgelegte Gesetzentwurf ist von allen von den Ländern bisher vorgelegten Entwürfen der weitestgehende und eignet sich bei positiver Verabschiedung als Vorbild für die anderen 15 Bundesländer.

Herr Minister Laumann, Sie können stolz auf die Opposition im Landtag sein,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

dass sie Ihnen die Arbeit abgenommen hat, einen eigenen Entwurf vorzulegen. Das haben wir gern getan, weil die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger für uns ein wichtiges Anliegen ist.

Doch nun zum Gesetzentwurf selbst:

„Artikel 1

Gesetz zum Schutz vor den Folgen des Passivrauchens sowie der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“

Hier fordern wir ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden und Gebäudeteilen, die von Landesbehörden genutzt werden. Gleiches gilt für alle Dienststellen und Einrichtungen der Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften. Conse-

quent fordern wir auch, dass mit Mitteln des Landes finanzierte Einrichtungen regelmäßig aufgefordert werden, Rauchverbote einzurichten.

Ebenfalls soll ein generelles Rauchverbot in allen Kitas, Horten, schlicht in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden, desgleichen in Krankenhäusern und allen anderen Einrichtungen oder Institutionen des Gesundheitswesens, in allen Bildungseinrichtungen, in Einrichtungen der Altenpflege und in Einrichtungen für Behinderte.

Selbstverständlich gilt dort, wo der öffentliche Raum den privaten ersetzt – will sagen: dort, wo Menschen tagein, tagaus leben, weil sie straffällig geworden sind bzw. weil sie in geschlossenen Anstalten der Forensik oder der Psychiatrie untergebracht sind –, die dort lebenden Menschen in den von ihnen genutzten Räumen rauchen dürfen.

Wenn es dort zur Mehrfachbelegung der Räume kommt, dann achten die Einrichtungsleiter und Einrichtungsleiterinnen selbstverständlich darauf, dass Raucher mit Rauchern ein Zimmer, eine Zelle teilen. Gleiches gilt für die Palliativmedizin. Menschen, die dem Tode näher sind als dem Leben, werden wir nicht daran hindern, ihre Zigarette, Pfeife oder Zigarre zu rauchen. Das sind Ausnahmen, die durch Ausführungsverordnungen geregelt werden können und die teilweise medizinisch geboten sind oder mit Menschenwürde zu tun haben.

Wir werden niemanden zwingen, nicht zu rauchen. Wir werden aber den Nichtraucher vor dem Passivrauchen schützen. Anders als bei anderen Süchten wie Alkohol, Drogen oder Tablettenabhängigkeit schadet der Rauch auch anderen, die einen Anspruch an den Staat auf Schutz haben.

Dazu gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gaststättengewerbe. Wir wollen keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse. Der § 5 der Arbeitsstättenverordnung, der hier Ausnahmen zulässt, darf keine Anwendung finden.

Damit sind wir bei Artikel 2 „Gaststättengesetz“ unseres Entwurfes. Hier haben wir das bestehende Bundesgesetz weitestgehend übernommen. Die gravierenden Änderungen finden Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den §§ 16, 22 und 25.

§ 16 regelt das Rauchverbot in allen Gaststätten ohne Unterschied zwischen Schank- oder Speisewirtschaft und gilt auch für Discos. Die Außengastronomie und den Ausschank in Festzelten haben wir herausgenommen. Die Außengastronomie ha-

ben wir aufgrund der positiven Erfahrungen in anderen europäischen Ländern vom Verbot ausgenommen. Auch der häufig geäußerte Diskussionsbeitrag, dass in den südlichen Ländern die Witterung diese Ausnahme auch ohne Probleme zulasse, lässt sich leicht entkräften. Auf der immer grünen Insel Irland gilt das Rauchverbot seit zwei Jahren – Irland ist so schön grün, weil es viel regnet – und trotzdem haben die Verantwortlichen einen strikten Nichtrauchererschutz in ihren kleinen Eckkneipen durchgesetzt. Die Kneipen sind noch genau voll wie vorher, und die Raucher stehen vor der Tür – auch bei Regen. Nach dem sonntäglichen Kirchgang im überwiegend katholischen Irland treffen sich nun ganze Familien – von Opa und Oma angefangen bis zum Kleinkind – im Pub. Die Umsätze sind nicht gesunken.

Die Festzelte haben wir ebenfalls ausgenommen, weil bei Brauchtumsfesten häufig Ehrenamtliche tätig sind und es sich nicht um eine ständige Veranstaltungsform handelt.

Im § 22 „Vereine und Gesellschaften“ fordern wir den Nichtrauchererschutz genauso konsequent ein wie bei Gaststätten. Es gilt der § 16. In Absatz 4 wird die Möglichkeit eröffnet, gemeinsam mit Gleichgesinnten in sogenannten Raucherclubs die Havanna oder handgerollte Puros in blauen Dunst aufgehen zu lassen.

§ 25 hat schon in der Presse seine Würdigung gefunden. Hier werden die Ordnungswidrigkeiten aufgezählt. Schlagzeilen wie „SPD bestraft Raucher mit 5.000 €“ machten die Runde. Wir haben da das geltende Bundesgesetz eins zu eins übernommen. Hier wie dort steht: Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden.

Erstens. Es ist eine Kann-Regelung. „Kann“ heißt: kann, muss aber nicht.

Zweitens. Bis zu 5.000 € heißt: kann, muss aber nicht.

Drittens – das ist der entscheidende Punkt – gilt: Wenn Alkohol an Jugendliche unter 16 Jahren abgegeben wird, heißt das, dass gegen den Jugendschutz verstoßen wird. Wenn das Verabreichen von Speisen von der Bestellung von Getränken abhängig gemacht wird, wenn Personen beschäftigt werden, deren Beschäftigung untersagt worden ist und wenn ohne die erforderliche Erlaubnis ein Gaststättengewerbe betrieben wird: 5.000 € sind dann die Höchststrafe. Dazwischen ist alles drin.

Herr Minister, meine lieben nicht rauchenden Kolleginnen und Kollegen, liebe Raucherinnen und Raucher!

(Günter Garbrecht [SPD]: Ich wollte schon sagen!)

Sie sehen, unser Gesetzentwurf ist umfassend; er ist der weitestgehende in ganz Deutschland. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen vor dem Passivrauchen schützen, aber auch vor dem Nachahmen schlechter Vorbilder. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf das Einkommen aus ihrer Stellung als Kellnerin und Kellner, Ober und Sommelier, Koch und Köchin angewiesen sind, sollen den gleichen Gesundheitsschutz haben wie alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Republik.

Wir haben bei unserem Gesetz wohl an alles gedacht. Wenn wir dennoch etwas vergessen haben sollten, nehmen wir Ihre Verbesserungsvorschläge gerne auf. Strittige Punkte klären wir in einer öffentlichen Anhörung gemeinsam mit Ihnen und Expertinnen und Experten. Wir bitten Sie: Geben Sie sich einen Stoß; stimmen Sie zu! – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Meurer. Ich danke für die Einbringung. – Als nächstem Redner gebe ich dem Kollegen Henke für die Fraktion der CDU das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts lebte in Bückeberg der Gräflich Schaumburg-Lippische Leibarzt Bernhard Christoph Faust.

(Vorsitz: Präsidentin Regina von Dinther)

Bernhard Christoph Faust verfasste 1794 eine der ersten hygienischen Fibeln im Sinne der Aufklärung. Der Text ist eine frühe Form der heute im Internet verbreiteten Listen mit „Frequent Asked Questions“, der FAQ-Listen, und im ersten Teil, überschrieben „von der Gesundheit“, findet sich der damalige Kenntnisstand „vom Tobacke. So nannte man damals den Tabak. Das Kapitel ist kurz. Deswegen kann ich es Ihnen zitieren. Es umfasst drei Fragen:

Erstens. „Ist das Tobacksrauchen gut?“ Antwort: „Nein, es ist nicht gut; es geht vieler Speichel, der zur Verdauung so nöthig ist, verloren;

und es schadet der Gesundheit, dem Geschmacke und den Zähnen.“

Zweitens: „Dürfen Kinder und junge Leute Toback rauchen?“ Antwort: „Nein; Kinder und junge Leute dürfen ganz und gar keinen Toback rauchen.“

Drittens: „Ist das Tobacksschnupfen gut?“

Das war damals die neben dem Rauchen ebenso weit verbreitete Form, den Tabak zu sich zu nehmen.

Antwort: „Nein, es ist nicht gut; es verstopft die Nase durch welche der Mensch Athem schöpfen muß; der so wichtige Sinn des Geruchs geht verloren; und es ist unreinlich und schadet der Gesundheit sehr.“

Seit mehr als 210 Jahren predigen wir den Rauchern die Schädlichkeit des Tabaks. Ganz offen gesprochen: Nach diesen über 210 Jahren habe ich keine Hoffnung mehr, dass man die Raucher mit bloßen Appellen über die Beeinträchtigung ihrer eigenen Gesundheit

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

oder Wünschen an ihre Bereitschaft zur Rücksichtnahme gegenüber anderen dazu bringen kann, die Zwangsbequaltung von Nichtraucher aufzugeben.

Selbst wenn wir noch 210 Jahre so weitermachen, der harte Kern der Rauchergemeinde hat jenseits von jeder Parteizugehörigkeit lange bewiesen, dass bloße Appelle nicht reichen, um einen zuverlässigen Schutz der Nichtraucher zu gewährleisten. Deshalb sind wir froh über den einstimmigen Beschluss des Nichtrauchergipfels der Gesundheitsminister. Der Beschluss beginnt wie folgt:

„Die Länder stimmen darin überein, dass zum Schutz der Bevölkerung vor den schwerwiegenden gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens gesetzliche Regelungen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten und Gesetzgebungskompetenzen notwendig sind. Die Rechtsgrundlage für ein gesetzliches Rauchverbot als umfassender Nichtraucherschutz leitet sich aus den Aussagen des Grundgesetzes Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 zum Gesundheitsschutz ab.“

Mit diesem Beschluss hat die Konferenz der Gesundheitsminister von Bund und Ländern am 23. Februar 2007 die Konferenz der Ministerpräsidenten am 22. März 2007 vorbereitet.

Wir begrüßen diesen Beschluss sehr. Wir unterstützen diesen Beschluss vorbehaltlos. Es liegt

nun in der Hand der Ministerpräsidenten, die grundsätzliche Klarheit dieses Beschlusses aufzunehmen und endlich einem zuverlässigen Nichtrauchererschutz in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen.

Wo der Bund – verehrte Kollegen von der SPD, da haben wir beide Aktien drin – die Kraft nicht aufgebracht hat, seine eigenen amtlichen Erkenntnisse in konsequentes Handeln umzusetzen, sind es jetzt die Ministerpräsidenten, die sich das historische Verdienst erwerben können, jedes Jahr Tausende von Menschen vor dem Tod an den heute schlimmsten Schadstoffen in der Innenraumluft zu bewahren.

Schon in dem gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vom 7. November 2006 steht:

„Der Schutz von Nichtrauchern muss im Fokus der Gesundheitspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen stehen. Daher wollen wir dafür sorgen, dass Nordrhein-Westfalen alle Möglichkeiten nutzt, auf der Ebene seiner Landeskompetenzen einen zuverlässigen Schutz vor allem von Kindern, Jugendlichen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor dem Passivrauchen zu erreichen. Dabei kommen die Einrichtungen in Betracht, in denen das Land eigene Regelungskompetenzen hat.“

Angesichts der Bundesdiskussion, die im November 2006 noch lief, sind in dem Antrag insbesondere die Schulen, die Kindertagesstätten, die Krankenhäuser und Universitätskliniken explizit benannt. Der Antrag spricht sich weiter für einen wirksamen Nichtrauchererschutz an den Hochschulen sowie in allen öffentlichen Einrichtungen aus.

Darüber hinaus sagt der von uns gemeinsam eingebrachte Text:

„Wenn sich weitere Möglichkeiten des Nichtraucherschutzes für das Land NRW eröffnen, werden diese geprüft und zeitnah sowie unbürokratisch umgesetzt.“

Mit diesen Forderungen folgen CDU und FDP der Erkenntnis, dass Rauchen und Passivrauchen massive Schädigungen der menschlichen Gesundheit verursachen. Sie folgen der Erkenntnis, dass Rauchen die häufigste Einzelursache für Erkrankungen und Todesfälle in Deutschland ist. Sie folgen der Erkenntnis, dass starkes Rauchen die Lebenserwartung durchschnittlich um 12,3 % verkürzt. Das entspricht, je nach Geschlecht, acht bis zwölf Lebensjahre. Sie folgen der Erkenntnis, dass allein in Deutschland jährlich mehr als 110.000 Menschen an den direkten Folgen des

Rauchens sterben. Sie folgen der Erkenntnis, dass das Passivrauchen eine ähnliche Problematik birgt.

35 Millionen erwachsene Nichtraucher werden von den Rauchern heute gezwungen, zu Hause, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit unfreiwillig mitrauchen zu müssen. 3.000 Nichtraucher kostet diese Vergiftung jedes Jahr das Leben.

Ich will jetzt nicht auf die Zahlen zu den Ursachen eingehen, die die Epidemiologen Keil und Becher von der Universität Heidelberg präzise beziffert haben; darüber haben wir hier schon einmal gesprochen.

Ich will daran erinnern, dass das Deutsche Krebsforschungszentrum im Dezember 2005 festgestellt hat, dass Tabakrauch in Innenräumen keine Belästigung, sondern eine Gesundheitsgefährdung ist. Denn Passivrauch enthält Substanzen wie Blausäure, Ammoniak, Kohlenmonoxid, Benzol, Vinylchlorid, Arsen, Cadmium, Chrom, das radioaktive Isotop Polonium 210, die sämtlich die Gesundheit bereits in kleinsten Dosen schädigen und entscheidend zur Entstehung von Tumoren beitragen können. Deshalb wurde der Tabakrauch in die oberste von fünf Gefährdungstufen gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe aufgenommen.

Tabakrauch ist der mit Abstand bedeutendste und gefährlichste vermeidbare Innenraumschadstoff und die führende Ursache von Luftverschmutzung in Innenräumen. Der volkswirtschaftliche Schaden des Rauchens in Deutschland, so die Universität Hamburg, liegt bei rund 52 Milliarden € jährlich.

Die CDU-Landtagsfraktion ist, wie die Kollegen der SPD-Fraktion es gesagt haben, nicht der Meinung, dass man das Rauchen verbieten soll. Aber angesichts der schädlichen und tausendfach tödlichen Folgen des Passivrauchens darf niemand unfreiwillig dazu gezwungen werden, sich durch das Inhalieren fremden Qualms selbst schädigen zu müssen. Die Zeiten, als die Zwangsbequalmung von Nichtrauchern bloß eine Frage des guten Geschmacks, der Höflichkeit und der Kinderstube war, sind vorbei.

Tabakqualm ist nicht nur lästig, Tabakqualm ist gesundheitsschädlich, Tabakqualm ist giftig. Deshalb hat niemand ein Recht dazu, seine Mitmenschen zur Befriedigung der eigenen Lust am Rauchen durch aufgezwungenen Qualm zu vergiften. Es ist ja auch nicht gestattet, anderen in ihr Bier zu pinkeln.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich spreche mich ausdrücklich dafür aus – das muss natürlich klar sein –, auch die Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer in der Gastronomie zuverlässig vor fremdem Tabakqualm zu schützen. Ich bin überzeugt davon, dass ein konsequentes Rauchverbot der Gastronomie nicht schadet, sondern nützt, weil man endlich auch als Nichtraucher wieder Lokale aufsuchen kann, bei denen man bisher nicht weiß, ob dort vielleicht geraucht wird oder nicht.

(Beifall von der SPD)

Deswegen unterstützen wir den Appell der Gesundheitsminister der Länder an die Bundesregierung, rückhaltlos den Arbeitnehmerschutz in der Gastronomie durch entsprechende Änderungen in der Arbeitsstättenverordnung des Bundes zu gewährleisten.

Ich freue mich, dass mit den Anträgen der Fraktionen von CDU und FDP, der Grünen und der SPD nun aus allen Fraktionen parlamentarische Initiativen vorliegen, die in die gleiche Richtung weisen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist Föderalismus verkehrt herum!)

Ich begrüße ausdrücklich die Übereinstimmung in allen Anträgen, dass auch Gaststätten vom Rauchverbot nicht ausgenommen werden dürfen. Ich habe auch noch nicht begriffen, worin die Logik von Raucherräumen oder sogar Rauchergaststätten liegen soll, wenn man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Raucherräumen und Rauchergaststätten zwangsbequalmen würde.

Ich bin allerdings schon der Meinung, dass auch nach der Föderalismusreform, Frau Meurer, natürlich der Bund die Zuständigkeit für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsstätten hat.

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

Es gibt eine Arbeitsstättenverordnung. Mit ihr hat der Bund auch nach der Föderalismusreform die Möglichkeit, wenn sich der starke Raucher Mühterung dazu überwindet, an dieser Stelle auch den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sicherzustellen.

Lassen Sie mich auch sagen: Viel wichtiger als die Frage, ob es in der Gastronomie einzelne Ausnahmen gibt oder nicht, ist die Suche nach Lösungen dort, wo Menschen ihr Leben nicht mehr in der eigenen Wohnung verbringen können, sondern zeitweise oder auf Dauer in Einrichtungen ziehen müssen.

(Zuruf von der SPD)

In solchen Fällen ist es nicht in Ordnung, schematisch zu agieren, zum Beispiel gegenüber den schon erwähnten todgeweihten Patienten auf einer Palliativstation. Einem abhängigen Raucher in den letzten vier Wochen seines Lebens eine Raucherentwöhnung aufzunötigen, wäre auch für mich kein Ausdruck vernünftiger Verhältnismäßigkeit der Mittel, sondern ein Zeichen mangelnder Barmherzigkeit. Ähnliche Beispiele fallen mir für den Justizvollzug, für die Wohnbereiche in Alten- und Pflegeheimen, für den Maßregelvollzug oder für die Wohnheime für Menschen mit Behinderung ein. Eine Abtrennung von Raucherzonen in solchen Einrichtungen scheint mir jedenfalls wichtiger als der Einsatz für getrennte Raucherräume in Restaurants.

Ich will auch sagen, dass ich keinen Widerspruch zwischen der Ausweitung des Schutzes vor Passivrauchen und dem Anspruch auf Liberalität und soziale Verantwortung sehe. Liberalität heißt, Menschen davor zu schützen, sich auf fremdes Geheiß schädigen zu müssen. Freiheit bedeutet, nicht gezwungen zu werden, sich einem Giftstoff exponieren zu müssen, der leicht vermieden werden kann.

Deswegen finde ich an dieser Stelle auch die Diskussion interessant, die auf uns zukommt. Der Überweisung des Gesetzentwurfs der SPD stimmen wir ebenso zu, wie wir das bei anderen Anträgen zum gleichen Thema im August und im November vorigen Jahres getan haben.

Von der Landesregierung erwarten wir alsbald die Vorlage eines umfassenden Nichtraucherschutzgesetzes für Nordrhein-Westfalen, das den einstimmigen Beschlüssen der Gesundheitsministerkonferenz folgt. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Henke. – Frau Steffens hat nun das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Henke, ich fand diesen Zwischenruf gerade ziemlich passend. Wovon wollten Sie uns gerade überzeugen? Ihr Redebeitrag hat in einem Teil ganz umfassend die Gefährlichkeit des Rauchens erklärt; dabei haben wir absolute Übereinstimmung.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist doch gut!)

In einem anderen Teil wurde er zu einem Eiertanz ohnegleichen. Ich hatte nämlich das Gefühl, Sie wollen irgendwie erklären, warum die Arbeitnehmerinnen in den Gaststätten trotzdem diesen tödlichen Gefahren ausgesetzt werden können und warum die anderen das nicht dürfen. Da haben Sie ziemlich herumgeeiert. Sagen Sie doch einfach ganz ehrlich: Wir bekommen nicht hin, was wir eigentlich wollen, weil wir die FDP als Koalitionspartner haben. Das ist besser, als herumzueiern. Das fände ich konsequent.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich stimme Ihnen voll und ganz zu. Ich fände auch eine Lösung galanter und richtig, bei der man sagt: Man macht das über die Bundesebene und regelt dort Arbeitsschutz und Arbeitsrecht. Ich finde, das wäre der richtige Weg.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich fände es ganz klasse, wenn Sie direkt eine Bundesratsinitiative gemeinsam mit uns allen machten. Ich wäre dabei. Die SPD würde sicherlich auch mitmachen; ich sehe Kopfnicken. Lassen Sie uns gleich im Anschluss an die Debatte hinsetzen. Wir schreiben eine Bundesratsinitiative. Herr Laumann bringt es im Bundesrat ein. Es gibt dann eine flächendeckende Übereinstimmung: super! Wir bekommen es dann angeschoben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn es im Bund auf der Strecke bleibt, können wir immer noch sagen: Wir haben alles getan. Aber ich finde es einfach verlogen zu sagen: Ich finde es im Bund klasse, weil ich dann nicht sagen muss, dass die FDP nicht mitmachen will. – Sagen Sie den Leuten, dass Sie in der Koalition kuscheln, anstatt die Nichtraucher und Nichtraucherinnen zu schützen.

Ich schaue mir den Gesetzentwurf an, der auf dem Tisch liegt. Ich fände, die Bundesebene wäre die bessere Lösung. Die zweitbeste Lösung ist, eine nordrhein-westfälische Lösung zu schaffen. Wir haben schon im August letzten Jahres den ersten Antrag als erste Fraktion eingebracht. Dabei haben wir ganz klar gesagt: Wir wollen eine Lösung in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen eine Initiative ergreifen. Ich finde gut, dass jetzt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch liegt. Ich finde, es ist eine ziemlich peinliche Veranstaltung, wenn Sie zu erklären versuchen, welche Ausnahmen nicht im SPD-Antrag stehen. Wir haben doch schon alle gemeinsam darüber geredet, dass genau das die Bereiche sind, die ausgenommen werden sollen. Niemand in diesem Parlament hat

jemals gesagt, dass er für Hospize oder für andere Bereiche keine Ausnahme will. Genau das ist an allen Stellen genannt worden.

Auch dazu ein Angebot an Sie: Wir haben uns schon einmal die Mühe gemacht, genau die von Ihnen aufgezählten Bereiche als Änderungsantrag für § 3 des SPD-Antrags aufzuschreiben, wo man die Bereiche der Altenpflege, der Behinderten, der forensischen Einrichtungen, der Strafvollzugseinrichtungen und der Hospize ebenso wie Einrichtungen für Obdachlose, die Sie eben nicht aufgezählt haben, ausnehmen würde, und zwar da, wo die Räume privat genutzt werden und wo man aber noch für die Forensik oder für den Strafvollzug einen zweiten Raum braucht, zumal man es wahrscheinlich nicht schafft, immer Nichtraucherinnen und Nichtraucher in eine Zelle oder in einem Wohnraum unterzubringen. Für diese Bereiche sollte es auch eine Ausnahmeregelung geben. Dort kann man adäquat Gemeinschaftsräume als Raucherräume schaffen. Wir haben eine Formulierung für Sie. Herr Henke, wenn das Ihr einziges Problem ist, könnten Sie jetzt sagen, dass Sie dem Gesetzentwurf der SPD mit den Änderungen der Grünen zustimmen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Alles andere, was Sie veranstalten, ist einfach nur Augenwischerei. Sagen Sie besser ehrlich: Liebe Leute, erwarten Sie von CDU und FDP nicht, dass Nichtraucher und Nichtraucherinnen geschützt werden; wir tun es nämlich nicht. Wir verkünden nur, dass der Schutz uns wichtig ist. Wir können Ihnen auch erklären, woran Sie sterben. Aber dass Sie sterben, daran werden wir nichts ändern. – Danke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon auffallend, für wie wichtig und ernsthaft die SPD-Fraktion die Einbringung dieses Gesetzentwurfs hält. Ich sehe weder den gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, noch den zuständigen Fraktionsvize, Herrn Schmeltzer.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich sitze hier! Ich bin die zuständige Fraktionsvize! Machen Sie sich mal schlau! Ich muss Ihrem Scheiß jetzt leider zuhören!)

Das ist schon bemerkenswert. Diese Debatte ist wichtig; es gibt bereits viele Erfolge, nämlich immer mehr freiwillig rauchfreie Gaststätten.

(Norbert Killewald [SPD]: Haben Sie mal bei Ihrem Koalitionspartner gezählt?)

Auch große Ketten wie Starbucks und McDonald's signalisieren eindeutig: Rauchen ist uncool. Bei dieser Gelegenheit sollte man noch einmal deutlich machen, dass es in vielen Bereichen eine große Übereinstimmung quer durch alle Fraktionen gibt. Allen ist klar, dass Passivrauchen schädlich ist, dass Nichtraucher deutlich besser als bisher geschützt werden müssen und dass hierzu ein umfassendes Rauchverbot in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens notwendig ist.

Die Gefahren des Passivrauchens sind seit sehr vielen Jahren bekannt. Trotzdem haben sich in der Vergangenheit eben auch SPD-Gesundheitsminister im Bund – Frau Schmidt ist lange in Amt und Würden und hat sich vornehm zurückgehalten – als auch auf Landesebene nicht mit Vorschlägen zum Nichtraucherschutz hervorgetan.

(Britta Altenkamp [SPD]: Hilfe!)

Die FDP hat im vergangenen Sommer als erste Fraktion in diesem Haus mit einer Initiative zum Rauchverbot in Krankenhäusern konkrete Maßnahmen zum Nichtraucherschutz vorgelegt. Wir haben uns frühzeitig mit unserem Koalitionspartner auf ein gesetzliches Rauchverbot in Kliniken und Kindergärten verständigt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wir sind stolz auf Sie!)

Im neuen Krankenhausgesetz, das die Landesregierung Ende des Monats in den Landtag einbringt, ist ein wirksames Rauchverbot vorgesehen. Damit wird NRW wirklich zum ersten Flächenland in Deutschland mit gesetzlichem Rauchverbot in Kliniken. Wir reden nicht nur, wir machen.

(Beifall von der FDP – Lachen von der SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Da lachen Sie! – Gegenruf von Norbert Killewald [SPD]: Wenn Sie dabei ernst bleiben können?)

Bei den Gaststätten setzen wir hingegen auf eine differenzierte Lösung. Daher haben wir Liberalen dem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers Unterstützung für seinen Vorschlag angeboten, die Einrichtung von reinen Raucherkneipen mit entsprechender Kennzeichnung zu ermöglichen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: In welcher Welt leben Sie?)

Das ist angemessener Nichtraucherschutz.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Nein!)

Raucher und Nichtraucher wissen an der Kneipentür, worauf sie sich einlassen. Niedersachsen mit seinem Ministerpräsidenten Wulff will denselben Weg gehen. Bezeichnend ist, dass eben zahlreiche andere Bundesländer – auch mit SPD-Regierungsbeteiligung – mittlerweile über solche Ausnahmen nachdenken.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nur eines, nämlich Sachsen!)

Inzwischen gibt es auch für den Landtag NRW eine Regelung, die für alle Räumlichkeiten – mit Ausnahme der fraktionseigenen Räume – ab 1. April ein Rauchverbot vorsieht. Doch auch hier wurden Ausnahmen vereinbart – gerade auch für rauchende Kollegen der SPD. Jetzt werden die teuren Rauchabzugskabinen installiert. Hier wollen Sie Ausnahmen, aber in Kneipen ein komplettes Rauchverbot. Liebe Sozialdemokraten, das ist pharisäerhaft. Sie verordnen Wasser und trinken selbst den Wein. Das ist echt schäbiger Politikstil.

(Beifall von der FDP – Carina Gödecke [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Rauchende Liberale hingegen sind in diesem Parlament nicht auffindbar.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: So ist es!)

Weder in noch vor unserem Fraktionsraum werden Sie Aschenbecher finden. Vor dem grünen Fraktionsaal hingegen steht ein großer Aschenbecher.

(Horst Becker [GRÜNE]: Den habt ihr doch dahingestellt!)

Auch in der Fraktion der Grünen gilt mittlerweile ein selbst verordnetes Rauchverbot. Das Problem mit den rauchenden Mitarbeitern wurde bis heute nicht gelöst. Immer noch stehen Grüne auf dem FDP-Flur und qualmen uns voll.

(Beifall von der FDP)

Das finde ich gerade von Ihnen unlauter, Frau Steffens. Ausnahmen müssen nicht notwendigerweise schlecht sein. Im Gegenteil sind sie Zeuge einer gewissen Vielfalt und ein Bekenntnis zur Differenzierung.

Auch die Grünen, die sich bekanntlich besonders vehement für ein ausnahmsloses Rauchverbot stark machen, fallen in anderen Bereichen durch-

aus als Hüter von Minderheitenrechten auf. Auf eine SPD-Initiative hin geht es im nächsten Monat mit dem Ausschuss nach Österreich. Schauen wir doch auf die Meinung der österreichischen Sozialdemokraten: Die niederösterreichische Gesundheitsministerin Karin Kadenbach setzt weniger auf ein Verbot als auf Aufklärung. Sie sagte zur aktuellen Debatte in Deutschland im Interview mit dem „Standard“ vom 5. Februar dieses Jahres:

„Verbote setzen sehr spät an. Wichtiger wäre zu verhindern, dass junge Menschen mit dem Rauchen überhaupt anfangen. Und dass all jene unterstützt werden, die sich von der Sucht befreien wollen. Man muss dem Rauchen den Chic nehmen. Die Frage von Nichtraucherbeiräten in Lokalen ist da eine sehr nachgeordnete. ... Wie viel Zeit verbringt ein Mensch in der Regel in Lokalen, wie viel daheim oder am Arbeitsplatz? Das Problem mit dem Rauchen in Lokalen regelt der Markt.“

(Horst Becker [GRÜNE]: Mein Gott!)

„Man muss eher daheim ansetzen, etwa rauchende Eltern aufklären, die ihre Kinder zu unfreiwilligen Mitrauchern machen.“

Das ist eine bemerkenswerte Frau und Mutter von fünf Kindern.

(Britta Altenkamp [SPD]: Manche Freunde kann man sich nicht aussuchen!)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die EU verweisen, die ein radikales Verbot für die eigenen Gebäude verabschiedet hatte, das sie mittlerweile wieder kassiert hat, weil so ein radikales Verbot einfach nicht brauchbar ist. Überzogener Nichtraucherschutz schadet der Sache und überspannt den Bogen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Quatsch!)

Forderungen wie zum Beispiel von der SPD-Politikerin Bätzing nach einem Rauchverbot im Auto gibt es übrigens auch in China – ohne Wirkung.

(Britta Altenkamp [SPD]: China werden Sie in unserem Gesetzentwurf nicht finden!)

China ist mit 2 Billionen Zigaretten der größte Tabakkonsument.

(Carina Gödecke [SPD]: Könnten Sie jetzt zu den Sachen reden, die wir in unseren Gesetzentwurf geschrieben haben? Über China steht da nichts!)

Solche Vorschläge nutzen nur der Raucherlobby um die Spitzenpolitiker der SPD Struck und Mün-

tefering. Gerade der SPD-Arbeitsminister hat sich bisher noch nicht als großer Initiator im Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz hervorgetan. Die Toleranz der Bevölkerung ist deutlich größer. Laut „Politbarometer“ des ZDF wollen nur 28 % ein absolutes Rauchverbot. Das sind Prozentzahlen, die die SPD in wohlgemeinten Umfragen im Moment auch im Bund hat. Aber 43 % wollen, dass der Gastwirt bestimmen kann, ob ein Lokal ein Raucher- oder ein Nichtraucherlokal ist.

Ein Rauchverbot in Kneipen wird eher dazu führen, dass die Menschen mehr zu Hause rauchen und dass Kinder geschädigt werden. Das ist doch gerade das Problem. Passivrauchinduziertes Asthma tritt häufig auf. Der Schutz von Kindern ist doch am wichtigsten. Kein Gesetz kann sie vor den Gefahren dort schützen. Außerdem kommt es dadurch häufig auch zur Suchtverlagerung. Wenn Menschen nicht rauchen, werden sie mehr trinken. Die Gefahren des Trinkens – auch dass Menschen passiv geschädigt werden – sind ziemlich groß.

Diese Koalition steht für angemessenen, praktischen, nachhaltigen und zielführenden Nichtraucherschutz. Den werden wir in den nächsten Wochen konsequent umsetzen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Romberg.

Bevor ich Herrn Minister Laumann das Wort erteile, darf ich sagen, dass auch Zwischenrufe parlamentarisch zu erfolgen haben. Auch wenn er provoziert war, Frau Altenkamp, war Ihr Zwischenruf nicht parlamentarisch.

(Britta Altenkamp [SPD]: Dafür entschuldige ich mich natürlich! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Dieses Vokabular gehört nicht ins Parlament!)

Herr Minister Laumann hat jetzt das Wort.

(Horst Becker [GRÜNE]: Passivrauchen ist schlimm, aber Passiv-Romberg ist schlimmer!)

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die heutige Debatte und die öffentliche Diskussion zeigen, dass die Notwendigkeit,

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

einen umfassenden Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher sicherzustellen, unbestritten ist. Nordrhein-Westfalen will eine klare Verbesserung erreichen, und die SPD-Fraktion macht sich das nun mit ihrem Gesetzentwurf zu eigen.

Auf der Konferenz der Gesundheitsminister der Länder am 23. Februar in Hannover ist ein umfassender Nichtraucherschutz einstimmig beschlossen worden. Er soll insbesondere in Kindertagesstätten und im Schulbereich, aber auch in Einrichtungen des Gesundheitswesens und zum Beispiel in Diskotheken gelten. Ausnahmen von einem Rauchverbot sollen nur noch dann zulässig sein, wenn dies zwingende konzeptionelle oder therapeutische Gründe rechtfertigen oder wenn die Privatsphäre gewahrt werden muss.

Besonders intensiv wurde die Frage nach einem Rauchverbot in Gaststätten diskutiert, und diese Frage bestimmt ja auch ohne Frage die öffentliche Diskussion. Es besteht Übereinstimmung darin, dass auch Gaststätten vom Rauchverbot nicht ausgenommen werden dürfen. Rauchen soll nur in definierten Räumen möglich sein, für die eine ausdrückliche Kennzeichnung zu erfolgen hat.

Ich habe mich in Hannover dafür ausgesprochen zu prüfen, inwieweit einzelne gastronomische Betriebe gegebenenfalls die Möglichkeit erhalten können, sich zu sogenannten Rauchergaststätten zu erklären. Dies prüfen zurzeit Fachleute meines Ministeriums, der Staatskanzlei, des Wirtschaftsministeriums und des Wissenschaftsministeriums zusammen mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband – DEHOGA – und der IHK.

Ich beabsichtige in Abstimmung mit allen Ressorts, noch vor der Sommerpause ein umfassendes Nichtraucherschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen vorzulegen. In dieses sollen die bereits bestehenden Regelungen aufgenommen und weiterentwickelt werden. Dazu gehören sowohl gesetzliche als auch untergesetzliche Normen: der Nichtraucherschutzerlass zum Schutz der Beschäftigten und Besucher in Gebäuden der Landesregierung und des nachgelagerten Bereichs, die Regelung des Rauchverbots auf dem Schulgelände im Schulgesetz, das im Entwurf des neuen Krankenhausgestaltungsgesetzes enthaltene Rauchverbot in Krankenhäusern und die internen Rauchverbote im Schul- und Gesundheitsministerium. Zudem werden neue Regelungen aufgenommen, die Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen und in Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie für Erziehung, Bildung, Sport und Kultur vorsehen.

Das Gesetz ist als Spezialgesetz für alle Regelungsbereiche des Landesrechts vorgesehen.

Neben den gesetzgeberischen Maßnahmen behalten selbstverständlich Projekte, Aktivitäten und Konzeptionen zur Änderung des Bewusstseins und des Verhaltens der Bevölkerung ihren Platz.

Freiwillige regelmäßige Aktionen für Kinder und Jugendliche, die den Einstieg in den Tabakkonsum verhindern bzw. den Ausstieg erleichtern sollen, werden fortgeführt. Dazu zählt zum Beispiel die Landesinitiative „Leben ohne Qualm“, bei der auch 2007 der Schwerpunkt auf der Unterstützung der Schulen auf ihrem Weg zur Rauchfreiheit liegt.

Therapeutische Gründe zum Beispiel in der Palliativmedizin, das Leben „hinter Mauern“, also im Maßregelvollzug oder in Strafanstalten, oder notwendige Aufenthalte in Heimen können Gründe für definierte Ausnahmen vom Rauchverbot sein.

Die Grundsätze von Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot sowie die Berücksichtigung der Privatsphäre von Rauchern und Nichtrauchern verlangen eine differenzierte und ausgewogene Gesetzgebung. Wirksam wird ein Nichtraucherschutzgesetz allerdings nur dann sein, wenn die ausgesprochenen Verbote auch beachtet werden. Daher sind Kontroll- und gegebenenfalls Sanktionsmechanismen wichtig und müssen mit Augenmaß eingeführt werden.

Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass derzeit zur Frage des Rauchverbots in Gaststätten eine eigene Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Gaststättenverbandes Vorschläge erarbeitet. Zwei Gespräche mit Vertretern des DEHOGA und der IHK unter Beteiligung der Staatskanzlei, des Wirtschaftsministeriums und des Wissenschaftsministeriums haben bereits stattgefunden.

Die Beteiligten stimmen darin überein, dass ein differenziertes Rauchverbot in Gaststätten zum Beispiel nach der Unterscheidung zwischen Speisewirtschaft oder Schankwirtschaft sehr schwierig ist.

(Britta Altenkamp [SPD]: Eben!)

Probleme sind aber dazu da, um erkannt und gelöst zu werden.

Ganz entscheidend ist auch die Meinung der Bevölkerung zu dieser Frage. Ich kann bestätigen, Frau Kollegin Meurer, was Sie gesagt haben: Täglich erreicht eine Fülle von Mails, Anrufen und Faxen, die an Eindeutigkeit nichts vermissen lassen, das Gesundheitsministerium.

Im Interesse des Gesundheitsschutzes und der Rechtsklarheit halte ich es deshalb für erforderlich, eindeutige Regelungen auch für Gaststätten zu schaffen.

Der Gesetzentwurf der SPD enthält als Artikel 2 die Vorlage eines eigenen Gaststättengesetzes für Nordrhein-Westfalen. Dies ist meines Erachtens deutlich überzogen und ein bisschen übereilt. Für ein neues Landesgesetz lediglich das geltende Bundesrecht abzuschreiben, kann vor dem Hintergrund der Föderalismusreform keine sinnvolle Lösung sein.

Für den Gaststättenbereich wurden bereits vor dem Föderalismusgesetz Deregulierungsansätze diskutiert: Personalkonzession statt raumbezogener Erlaubnis, überwachungsbedürftiges Gewerbe statt Erlaubnispflicht. Diese Diskussion ist in einem Landesgesetz zu klären und zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, der politische Wille und die Entschlossenheit, sobald wie möglich zu einem umfassenden Schutz von Nichtrauchern zu kommen, sind doch bei allen Fraktionen vorhanden. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird dafür konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen bis zur Sommerpause vorlegen.

Jetzt möchte ich gerne noch einmal etwas zu der Debatte der letzten Monate sagen: Kurz vor Weihnachten hat der Bund festgestellt, dass er nicht in der Lage ist, dieses Problem zu lösen. Hinzu kam noch, dass man auf der Ebene über diese Frage völlig zerstritten war. So war die Situation kurz vor Weihnachten.

Die Gesundheitsminister haben im Februar einen weitestgehend einvernehmlichen Vorschlag vorgelegt. Am 22. März werden sich die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer mit diesem Thema zu beschäftigen haben, weil bei diesem Gesetzentwurf natürlich der Anspruch vorhanden ist, eine möglichst bundeseinheitliche Regelung zu finden. Das heißt nicht, dass diese Regelung in jedem Land hundertprozentig gleich sein muss. Ich verstehe aber schon den Wunsch vieler, dort, wo es geht, einheitlich zu verfahren. Das ist auch ein Anspruch, der am 22. März unter den Ministerpräsidenten abgesprochen werden muss.

In Deutschland machen sich nunmehr 16 Landesregierungen in ihrer Zuständigkeit mit den jeweils beteiligten Ministerien Gedanken darüber, wie man das praktikabel umsetzt. Es ist so, dass wir als in der Landesregierung federführendes MAGS Kontakte zu anderen Landesministerien unterhalten. Ich kann Ihnen sagen, dass der Teufel in der

Frage, wie man das regelt, wie man etwas abgrenzt und praktikabel regelt, für ein Gesetz, das man nachher erlässt und das administrierbar sein muss, im Detail steckt. Deswegen bitte ich bei aller Eile darum, Frau Steffens, dass wir uns schon die Zeit – darunter verstehe ich „einige Monate“, hatte ich doch als Zeitraum „bis zur Sommerpause“ genannt – gönnen sollten, ein handwerklich vernünftiges Gesetz in diesem Bereich vorzulegen, weil wir in viele Lebensbereiche von Menschen regelnd eingreifen.

Dann kann daraus eine gute Sache mit Akzeptanz in der Bevölkerung werden. Ich rate sehr dazu, dass wir bei dem, was wir dort regeln müssen, nach der Wahrheit fragen. Wie sieht denn die Wahrheit heute aus? – Die Menschen wollen heute vom Staat geregelt haben, dass es in der Frage der Freiheit der Raucher gegenüber den Interessen der Nichtraucher eine Definition geben soll. Ich appelliere aber, dass wir auch in dieser Frage nicht ideologisch argumentieren, sondern Realitätssinn für die Wirklichkeit der Lebenswelt beweisen.

(Beifall von der CDU)

Die ist nun einmal unterschiedlich. Deswegen glaube ich, dass für den sehr sensiblen Bereich der Gaststätten eine Regelung zu finden ist, die dort einen konsequenten Nichtraucherschutz darstellen kann.

Daran zu arbeiten, ist schwierig, aber auch eine sehr spannende Aufgabe. Politisch ist es ohnehin so, dass die Debatte des letzten Jahres sehr deutlich gemacht hat, keiner sollte die Illusion haben, am Ende könne es so bleiben, wie es heute ist. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Vielleicht vorab eine persönliche Erklärung: Herr Kollege Dr. Romberg, ich entschuldige mich für den Ausdruck, den ich vorhin bei dem Zwischenruf, den ich gemacht habe, gebraucht habe, ganz persönlich bei Ihnen, obwohl ich natürlich sagen muss: Eine Erschwerungszulage hätte ich bei dem, was Sie vorgetragen haben, zwischenzeitlich schon verdient.

(Beifall von der SPD)

Noch einmal zu drei Punkten, die in der Debatte gefallen sind: Herr Henke, das, was Sie heute gemacht haben, war Rumeierei der allerhöchsten

Ordnung. Ich spreche Ihnen Lob und Anerkennung dafür aus, wie Sie sich hier heute bewegt haben. Das war schon pirouettenartig.

Das ist eine Föderalismusdiskussion verkehrt herum, die ich schon seltsam finde: Wir haben im Land die Möglichkeiten und das Recht, nach der Gaststättenverordnung und dem Gaststättengesetz tatsächlich etwas zu regeln. Das haben wir im Grunde genommen bundesweit allgemein so gewollt, insbesondere die Partner, die in Berlin zusammengesessen haben. Jetzt bekommen wir das Recht, aber die CDU sagt – manchmal kann man sich seine Freunde nicht aussuchen – wegen ihres Koalitionspartners, der an der Stelle nicht richtig mitziehen will: An der Stelle muss der Bund mit der Arbeitsstättenverordnung ran.

Seien Sie sich sicher, dass das mit der Arbeitsstättenverordnung noch kommt. Aber warum, eigentlich, lassen wir so viel Zeit verstreichen, statt in diesem Parlament die Dinge zu regeln, die zu regeln sind?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Altenkamp, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Henke und Herrn Dr. Papke?

Britta Altenkamp (SPD): Bitte.

Rudolf Henke (CDU): Frau Altenkamp, könnten Sie denn dem Hohen Haus wenigstens bestätigen, dass ich damit nicht den Wunsch der CDU-Landtagsfraktion vorgetragen habe, sondern das gemeinsame Votum der 16 Gesundheitsminister auf dem Nichtrauchergipfel? Die haben das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aufgefordert, den Arbeitsschutz in der Arbeitsstättenverordnung entsprechend zu ändern.

Britta Altenkamp (SPD): Das bestätige ich. Das entbindet uns nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner Fraktion nicht davon, im Gaststättengesetz eben auch die entsprechenden Regelungen vorzusehen.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Papke, bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Kollegin, Sie haben gerade formuliert, warum wir beim Nichtraucherschutz so viel Zeit verstreichen lassen. Tragen Sie dem Plenum im Landtag von Nordrhein-Westfalen doch bitte einmal vor, welche konkreten

rechtlichen Maßnahmen Sie zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen in den langen, langen Jahren ihrer Regierungszeit umgesetzt haben.

(Zurufe von der SPD)

– Nennen Sie doch bitte einmal eine konkrete Maßnahme.

Herr Kollege Dr. Romberg hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass wir im neuen Krankenhausgesetz einen umfassenden Nichtraucherschutz an nordrhein-westfälischen Krankenhäusern bekommen. Frau Kollegin, beantworten Sie doch bitte dem Landtag, weshalb eine solche Regelung, ein Rauchverbot in Krankenhäusern, nicht unter Rot-Grün gekommen ist.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist keine Frage mehr! Das ist ein Koreferat!)

Weshalb haben Sie es noch nicht einmal zuwege gebracht, ein Rauchverbot an Kindertageseinrichtungen zu verhängen? Das ist bisher nicht im GTK enthalten.

Wenn Sie fragen, warum wir so viel Zeit verstreichen lassen, sagen Sie uns doch bitte, weshalb Sie es in Ihrer Regierungszeit nicht hinbekommen haben, auch nur eine konkrete Maßnahme für einen verbesserten Nichtraucherschutz ins Werk zu setzen.

(Beifall von der FDP)

Britta Altenkamp (SPD): Herr Dr. Papke, da die Absicht Ihrer Zwischenfrage über alle Maßen deutlich geworden ist, habe ich nicht den Eindruck, dass Sie allen Ernstes eine Antwort von mir darauf erwarten. Sie haben Ihr Koreferat gehalten, freuen Sie sich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Ich möchte vielmehr noch etwas zu der Debatte insbesondere in der Frage der Gastronomie sagen: Herr Minister Laumann, Sie haben im Kern deutlich gemacht – da sind wir uns auch einig –, dass es in der Diskussion um den Passivraucherschutz im Augenblick nur in der Frage des Gaststättengesetzes einen Dissens im Haus gibt. Den müssen wir ausräumen.

Mit unserem Vorschlag geht es uns mitnichten darum, über das Ziel hinauszuschießen und die Gastronomie abzuwürgen, sondern wir wollen dazu beizutragen, dass es aufgrund von Ausnahmeregelungen, die ausgesprochen schwer – Sie haben es geschildert – zu formulieren sein werden, nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen kann.

Ich kann mich gut an einen Wortbeitrag von Ihnen im Radio erinnern. Sie gesagt haben: Wir wollen insbesondere die kleinen Eckkneipen schützen, weil es da zum Teil um große Existenzängste geht. Das stimmt. Ich bin in der Gastronomie aufgewachsen und kann das bestätigen. Eines muss man aber auch sehen: Bestimmte bauliche Gegebenheiten werden Sie nicht verändern können. Wenn eine kleine Eckkneipe heute noch nicht einmal mehr die Investitionen für den Regenschutz und andere Maßnahmen für die Raucher, die dann draußen rauchen würden, aufbringen kann, sind sie sowieso am Rande des Existenzminimums und möglicherweise zum Sterben verurteilt, ob mit Passivraucherschutz oder ohne. Das ist das Problem.

Es geht darum, es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommen zu lassen, denn Ausnahmeregelungen werden am Ende nur die Starken stärken und die Kleinen nicht schützen, so wie Sie es vorhaben.

Nun zu dem Punkt, über den wir alle gemeinsam nachdenken sollten: Wenn es zu einer konsequenten Lösung käme – sehen Sie sich die Stellungnahmen vieler Wirte vor Ort an, die wollen tatsächlich eine konsequente Lösung, ja oder nein, damit sie sich darauf einstellen können –, dass in Gaststätten nicht mehr geraucht werden dürfte – es geht insbesondere um die Getränkergaststätten –, dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir quasi ganzjährig Außengastronomie haben so wie in Irland oder Italien. Die Gängelei, die in vielen Kommunen bei der Genehmigung von Außengastronomie stattfindet, darf in dieser Form dann nicht mehr weitergehen. Das muss man wissen.

(Beifall von der SPD)

Zum Arbeiterschutzeschutz: Wir reden über die Arbeitsstättenverordnung, aber ein ganz entscheidender Punkt beim Arbeiterschutzeschutz ist, dass Sie bei Ausnahmeregelungen auf der einen Seite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die in der Lage sind, sich zu schützen, und auf der anderen Seite diejenigen, die das eben nicht können. Das ist genau das Problem. Gerade in der Gastronomie gibt es jede Menge 400-Euro-Kräfte und auch darunter, geringfügig Beschäftigte. Glauben Sie, die wären in der Lage, sich ihrem Arbeitgeber gegenüber durchzusetzen und einen konsequenten Schutz für ihre Person einzufordern? Das ist abenteuerlich. Das kriegen Sie in der Form nicht hin.

Zu den Brauchtumsfesten: In diesem Punkt sind wir im Gesetzentwurf durchaus offen, weil ein

Brauchtumsfest schwer zu schützen ist. Wir wollen nicht, dass Ehrenamtler mittels Sicherheitsdiensten den Nichtrauchererschutz in Zelten durchsetzen müssen. Man muss aber auch sehen, dass ein Großteil der großen Brauchtumsfeste und der Zelte mittlerweile kommerziell vergeben wird. Das heißt, dort gibt es Wirte. Damit sind wir wieder beim Thema Wettbewerbsverzerrung, denn es kann nicht sein, dass der Wirt in der Altstadt den Nichtrauchererschutz durchsetzen muss, im Festzelt aber nicht, weil das ein Brauchtumsfest ist. Die Düsseldorfer Kirmes ist ein Schützenfest und damit ein Brauchtumsfest.

(Minister Karl-Josef Laumann: Also auf dem Schützenfest lassen wir es mal, wie es ist! Da kenne ich mich aus!)

Gucken Sie sich an, wer da gutes Geld verdient – doch nicht der Schützenverein.

(Minister Karl-Josef Laumann: Auch!)

Deshalb sage ich: Das ist alles in Ordnung, nur man muss darüber reden, wie man es lebens- und bedarfsnah in einem Gesetz fassen kann. Ich halte das für die Probleme und nicht die Frage, die die FDP hochzieht, ob man mit einem konsequenten Passivraucherschutz die Bürgerinnen und Bürger gängelt. Seien Sie sicher: Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger findet Wege, so wie in Irland oder in Italien, sich mit Freunden in der Kneipe zu treffen und trotzdem zu rauchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Altenkamp. – Frau Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist noch einmal dran.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Laumann, ich glaube, dass man sich selbstverständlich Zeit lassen kann, eine Regelung zu finden, wenn man sich zumindest im Ziel einig ist. Ich habe aber das Gefühl, dass wir uns im Ziel nicht einig sind. Wir – damit meine ich auch die SPD – sagen: Wir wollen keinen Flickenteppich für Nordrhein-Westfalen, sondern eine umfassende Lösung, die die gesamte Gastronomie beinhaltet. Das ist etwas anderes als das, was Sie und die FDP sagen. Dazwischen ist ein Riesendissens. Ich will keine Sonderregelung für Gaststätten, und zwar weder für separate Räume noch für die Unterscheidung zwischen Speisewirtschaft und Schankwirtschaft.

(Minister Karl-Josef Laumann: Aber selbst die Minister aller 16 Länder haben sie beschlossen!)

– Eine solche Sonderlösung möchte ich nicht für Nordrhein-Westfalen. Deswegen sind wir uns in dem Punkt nicht einig, weil das, was Sie und vor allen Dingen was Ihr Koalitionspartner sagt, an der Stelle etwas anderes bedeutet.

Ein Vorschlag, der in den letzten Wochen unter anderem durch die Medien ging, war: Wir lassen alles so, wie es ist, weil jede Kneipe selber entscheiden dürfen soll, was sie tut. Dann sind wir da, wo wir jetzt sind. Das haben wir auch heute. Das ist kein Nichtraucherschutz, kein Schutz von Kindern, die in die Gastronomie zum Mittagessen kommen, sondern das ist der Status quo. Das ist nur das Huldigen der Zigarettenlobby.

Auch die Diskussion über separate Räume in großen oder kleinen Gaststätten ist keine Lösung, das würde zu einer Wettbewerbsverzerrung ohne Ende führen. Das würde Gastronomen kleiner Gaststätten unter Druck setzen. Das ist kein Nichtraucherschutz und das ist auch nicht wirtschaftsfreundlich. Die Unterscheidung nach Speisewirtschaft und Schankwirtschaft ist ebenfalls keine Lösung, weil die Grenze an der Stelle nicht gezogen werden kann.

Alle diese Ausnahmeregelungen schaffen Probleme, aber sie schaffen weder Sicherheit für die Gastronomie noch schaffen sie Sicherheit für die Menschen, die vor dem Qualm geschützt werden wollen. Erst einmal durch die Gegend zu laufen und von Kneipe zu Kneipe zu gehen und zu sehen, wo sich eine mit einem Schild befindet, dass es dort Nichtraucherschutz gibt, ist eine unzumutbare Situation für die Menschen in diesem Land. Deswegen wollen wir gleiche Bedingungen. Gleiche Bedingungen heißt Rauchverbot flächendeckend in der gesamten Gastronomie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Reden Sie einmal mit Gastronomen kleiner Gaststätten. Diese Wirte schreiben Sie vielleicht nicht an, weil Sie nicht für kleine und mittlere Unternehmen stehen. Bei uns sind entsprechende Mails eingegangen, in denen um ein flächendeckendes Angebot gebeten wird, damit es kein Stückwerk gibt.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Aber klar.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich danke Ihnen sehr dafür, Frau Kollegin, und hoffe, dass Sie etwas auskunftsfreudiger sind als die Kollegin Altenkamp. Auch Sie möchte ich gern bitten, da Sie hier so engagiert für einen verbesserten Nichtraucherschutz werben, einmal so nett zu sein, im Landtag darzulegen, welche Initiativen für einen verbesserten Nichtraucherschutz Ihre Fraktion in den zehn Jahren ihrer Regierungsbeteiligung vorgelegt hat. Wären Sie zweitens so nett, dem Plenum darzulegen, weshalb Sie es in Ihrer zehnjährigen Regierungszeit, die ja erst vor anderthalb Jahren zu Ende gegangen ist, weder geschafft haben, ein Rauchverbot an Krankenhäusern im Krankenhausgesetz zu verankern, noch an Kindertageseinrichtungen das Rauchen zu verbieten, um nur zwei Beispiele zu nennen?

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Ich habe Ihre Frage verstanden und kann Ihnen darauf auch eine Auskunft geben. Ich kann Ihnen einmal erzählen – es ist gut, dass die Antwortzeit nicht auf meine Zeit angerechnet wird –, wie es war, als ich im Jahre 2000 in den Landtag kam. Ich kam in die erste Ausschusssitzung im Gesundheitsausschuss. Dort wurde von allen möglichen Abgeordneten geraucht. Ich habe damals beantragt, dass dieser Ausschuss ein Nichtraucherausschuss werden soll. Es gab am Anfang gerade auch von Ihrer Fraktion, obwohl für Sie dort Frau Dr. Pavlik, eine Ärztin, saß, keine Unterstützung. Ich habe gesagt bekommen, das müsste doch jeder Abgeordnete selber entscheiden können. Die SPD hat das gemeinsam mit uns befürwortet. Auch Herr Henke hat sich dafür ausgesprochen und gesagt, er würde es begrüßen, wenn der Gesundheitsausschuss ein Nichtraucherausschuss würde. Aber Ihre Fraktion hat uns dabei nicht unterstützt.

(Zurufe von der FDP)

– Brüllen Sie nicht dazwischen, melden Sie sich zu Wort, wenn Sie etwas zu sagen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damals ging es um einen kleinen Schritt. Mit diesem Beispiel will ich Ihnen klarmachen, dass die Stimmung in dieser Gesellschaft, wenn es darum ging, den Nichtraucherschutz an die erste Stelle zu setzen, vor zehn Jahren noch eine andere war. Ich habe, als ich schwanger war, Ausschussvertretung gemacht. Im Kommunalausschuss bin ich von etlichen Abgeordneten angerannt worden, ich müsse in diesem Ausschuss doch keine Vertretung machen, wenn ich Nichtraucherschutz haben

wolle. Vor diesem Hintergrund finde ich es unverschämt von Ihnen, wenn Sie sich hier hinstellen und fragen, was wir denn getan hätten, wo doch die gesellschaftliche Stimmung damals noch anders war. Wenn Sie ein bisschen nachdenken würden, wüssten Sie, wie die Raucherlobby, die bei Ihnen immer praktisch auf dem Schoß sitzt, Stimmung gemacht hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also hören Sie mir auf, hier mit solchen faden-scheinigen Vorwürfen zu kommen. Überlegen Sie sich lieber genau, was Sie hier und heute machen. Dann erklären Sie den Menschen in diesem Land, was Sie heute tun, damit Kinder vorm Passivrauchen geschützt werden in der Gastronomie, wenn sie mit ihren Eltern Essen gehen. Sie machen gar nichts. Drücken Sie sich nicht davor, dass Sie verantwortungslos gegenüber den Menschen hier stehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Noch eines, wo Herr Romberg ausführt, was wo welche Mitarbeiterin der Grünen gemacht hat. Es ist doch seit Tagen eine Strategie von Ihnen, dass Ihre Leute den Aschenbecher von der einen Seite zur anderen rücken, damit wieder Abgeordnete hingehen und sagen können, da habe wieder ein Grüner geraucht.

(Lachen von der FDP)

Sehen Sie sich einmal an, wie viele Ihre Mitarbeiter rauchen. Auf das Niveau lasse ich mich bei dieser Diskussion nicht ein. Das ist nämlich ein Kindergartenniveau. Frau Präsidentin, wahrscheinlich ist das sogar eine Beleidigung für die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen, wenn man das damit vergleicht.

Zur Sache zurück: Wir wollen einen umfassenden Schutz für Nichtraucher und Nichtraucherinnen. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das doch den Menschen ins Gesicht und machen Sie nicht solch eine heuchlerische Nummer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Steffens. – Gemeldet hat sich noch Herr Papke. Bitte schön, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Steffens, ich stelle zunächst einmal fest, dass Sie die klare Frage, weshalb Sie beim Nichtraucherschutz untätig geblieben sind, ebenfalls nicht beantwortet haben.

(Beifall von der FDP)

Sie können hier rumtoben in der Ihnen eigenen Art, aber Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Ich möchte aber in der verbliebenen kurzen Zeit noch auf einen bemerkenswerten Vorgang hinweisen, der gerade die Grünen betrifft. Ich sage das mit Blick auf Ihre Bemerkung, Frau Kollegin Steffens, wonach die Tabaklobby bei uns auf dem Schoß säße.

Wir werden alle als Abgeordnete des Landtags von Nordrhein-Westfalen seit Wochen – fast täglich – mit Meldungen eines sogenannten Netzwerkes Rauchen traktiert. Dort nimmt immer ein Bundesvorsitzender des Netzwerkes, angeblich unabhängig und überparteilich, namens Christoph Lövenich Stellung. Darin sind Äußerungen enthalten, die Sie, wenn überhaupt, gern der FDP unterstellen würden, wie, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: Die Pläne der Gesundheitsministerkonferenz sind ein Schritt in Richtung Gesundheitsdiktatur, urteilt der Bundesvorsitzende des Netzwerkes Rauchen Christoph Lövenich.

Ich darf ihn weiter zitieren:

„Wer die Freiheit aufgibt, um Gesundheit zu erzwingen, wird letztlich beides verlieren.“

Dieser ominöse Herr Lövenich behauptet für sein Netzwerk Rauchen in einer Presseerklärung vom 21. Februar:

„Passivrauchen als Schreckgespenst ist wissenschaftlich nicht haltbar.“

Er erklärt „rauchfrei“ zum Unwort des Jahres 2006. Ich kann ihn noch stundenlang zitieren.

Jetzt komme ich zu dem interessanten Punkt, meine Damen und Herren. Dieser Bundesvorsitzende des Netzwerkes Rauchen, der erkennbar als Lobbyist der Tabakindustrie unterwegs ist, ist aktives Mitglied der Grünen.

(Lachen und Beifall von der FDP)

Wissen Sie das oder wissen Sie das nicht? Dieser Bundesvorsitzende ist führendes Mitglied der Bonner Grünen, gibt an, er sei als freiberuflicher Sozialwissenschaftler aktiv – was auch immer das heißen mag – und findet neben seinem freiberuflichen unabhängigen Engagement erkennbar Zeit, täglich solche Pamphlete gegen einen verbesserten Nichtraucherschutz herauszugeben.

Meine Damen und Herren, so sind die Grünen halt. Als Heuchlerpartei sind sie nicht zu übertreffen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD:
Sie disqualifizieren sich, Herr Kollege!)

Sich hier hinzustellen -Sie haben ja genickt, Frau Kollegin Steffens – und anderen vorzuwerfen, sie würden nichts oder zu wenig für einen verbesserten Nichtraucherschutz tun, während Sie in zehn Jahren Regierungsbeteiligung nichts auf die Reihe bekommen haben, ist schon abenteuerlich genug. Uns aber auch noch vorzuwerfen, es gebe bei uns eine Verbindung mit der Lobby der Tabakindustrie und den Cheflobbyisten der Tabakindustrie in den eigenen Reihen zu haben, das ist an Pharisäertum und Heuchlertum kaum noch zu übertreffen. Das will ich Ihnen schon sagen.

(Beifall von der FDP)

Ich darf zum Schluss hier von dieser Stelle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich aufordern, ihre Verbindung zum Netzwerk Rauchen in geeigneter Form darzulegen. Uns und die Öffentlichkeit würde sehr interessieren, liebe Kollegin, wie Ihre Verbindung zu dieser merkwürdigen Institution aussieht. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Sylvia Löhrmann
[GRÜNE]: Vergaloppieren Sie sich doch nicht so!)

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vizepräsident Edgar Moron: So, wir machen fliegenden Wechsel hier und auch am Rednerpult. – Frau Steffens, jetzt haben Sie das Wort, und Sie haben auch noch ein wenig Zeit, nämlich zweieinhalb Minuten.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Papke, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Was Grüne in ihrer Freizeit machen, bleibt ihnen überlassen, wenn sie es von ihrem politischen Handeln trennen.

(Lachen von der FDP)

– Lachen Sie noch lauter.

Oder glauben Sie, dass ich jetzt im Umkehrschluss behaupte: „Weil ein FDPler beim Schmuggeln von Zigaretten erwischt worden ist, ist die ganze FDP eine Schmuggelbande“?

(Beifall von den GRÜNEN)

Auf so ein plattes Niveau lassen wir uns nicht ein. Vielleicht sollten Sie auch einmal differenziert inhaltlich Politik machen, anstatt mit solchen Parolen zu kommen. Grüne haben vielleicht Lobbyisten in ihren Reihen, Sie aber haben bestimmt eine ganze Menge von Lobbyisten in Ihren Reihen. Der

Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir unsere inhaltlichen Positionen trotzdem klar vertreten. Sie vertreten die Lobbypositionen als Parteipositionen. Das ist der Unterschied.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Ah! – Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, kann ich davon ausgehen, dass die Debatte damit beendet ist? – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann schließe ich die Debatte und darf Ihnen Folgendes mitteilen: Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/3673** an – und jetzt geht es los – den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**, den **Ausschuss für Frauenpolitik**, den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**, den **Hauptausschuss**, den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Innenausschuss**, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**, den **Rechtsausschuss**, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Sportausschuss**, den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – also an fast alle. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung des Gesetzentwurfs einstimmig so beschlossen.

(Zuruf: Eine Enthaltung!)

– Eine Enthaltung habe ich nicht gesehen.

Meine Damen und Herren, gehen wir weiter in der Tagesordnung. Es ist 15 Uhr. Ich weiß nicht, wie lange Sie heute noch machen wollen, aber wir haben noch einiges auf der Tagesordnung.

Wir kommen zu:

6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kommunalpolitik und
Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 14/3863

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Aßbrock das Wort.

Wolfgang Aßbrock (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zum Bürokratieabbau ist zwar auch aufregend, aber offensichtlich nicht so aufregend wie die Debatte zum Nichtraucherschutz.

Das Bürokratieabbaugesetz I ist ein wichtiger Schritt, Bürokratie im Lande Nordrhein-Westfalen abzubauen und zurückzudrängen. Nur wer bereit ist, bürokratische Hemmnisse dauerhaft abzubauen, schafft neue Freiheiten. Es ist inzwischen völlig unstrittig, dass die zunehmende Bürokratie auch mit einer entscheidenden Ursache für strukturelle Wirtschaftsschwäche ist. Gerade die Unternehmen empfinden die staatliche Bürokratie als eine schwere Bürde.

Nach einer Untersuchung des Institutes der deutschen Wirtschaft in Köln – bereits aus dem Jahre 2004 – empfinden 60 % der Unternehmen im Mittelstand die Bürokratie als starke Behinderung. Ich kann diese Untersuchung aus eigenen Unternehmensbesuchen nur bestätigen. Gerade mittelständische Unternehmen beklagen immer wieder eine überbordende Bürokratie.

Staatliche Bürokratie ist damit ein gravierendes Problem für unsere Unternehmen und schadet der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei zeigt sich übereinstimmend, dass sich gerade kleine und mittelständische Unternehmen stärker als Großunternehmen in ihrem unternehmerischen Handeln durch die Bürokratie beeinträchtigt fühlen. Ein zügiger Abbau von Bürokratie ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil unseres politischen Handelns.

Bei der Vorbereitung der heutigen Debatte fiel mir natürlich nicht rein zufällig das „Düsseldorfer Signal“ für Erneuerung und Konzentration von Rot-Grün in die Hände. Ich möchte zwei Passagen zitieren:

„In NRW dürfen Unternehmen nicht durch unnötige bürokratische Hindernisse oder durch unzureichendes Verwaltungshandeln daran gehindert werden, ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial voll auszuschöpfen.“

Konkret wurde vereinbart:

„Zügige Realisierung des OWL-Modells zur Entbürokratisierung und“

– das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen –

„Übertragung auf das gesamte Land.“

Nun haben wir einen längeren Beratungsgang in den Ausschüssen hinter uns. Aber zu keinem Zeitpunkt habe ich den Eindruck gewonnen, dass Rot-Grün eine zügige Übertragung der Ergebnisse aus OWL auf das Land wirklich will: Bedenken hier, Bedenken da, Abschaffung des Widerspruchsverfahrens nein, Evaluierung ja, Abwarten ja.

Meine Damen und Herren, so schaffen wir in Nordrhein-Westfalen bestimmt keine Bürokratie ab. Was wir jetzt brauchen, ist Kreativität, Neugier, unternehmerische Findigkeit und Lust auf Innovation. Das bringt unser Land nach vorne. Wir werden der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Bürokratieabbaugesetz I folgen und dieses Gesetz heute in zweiter Lesung verabschieden.

Meine Damen und Herren, breiten Raum hat in der Anhörung am 29. November 2006 die Frage der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens eingenommen. Wir fühlen uns durch die Anhörung im Ausschuss in unserer Auffassung ausdrücklich bestärkt und bekräftigt, dass dieser Schritt richtig und notwendig ist.

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Prof. Klenke, den Präsidenten des VG Düsseldorf, zitieren:

„Meinem schriftlichen Statement können Sie entnehmen, dass Sie meiner Meinung nach keine Rechtskultur vergeben und auch sonst nichts riskieren, wenn Sie sich entschließen, es abzuschaffen.“

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen möchte ich keine weiteren Zitate anfügen. Der Untergang des Abendlandes, wie uns von SPD-Kollegen vorhergesagt wurde, ist nicht gegeben, sondern wir schaffen das Widerspruchsverfahren als konsequenten und richtigen Schritt ab.

Meine Damen und Herren, der Abbau bürokratischer Hemmnisse hat sich in OWL bereits bewährt. Wenn wir nunmehr diese positiven Beispiele aus OWL auf das gesamte Land übertragen, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen sicherlich folgen.

Ich komme zum Schluss. Bürokratieabbau erfordert Mut, Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen. Die Koalition der Erneuerung hat den Mut, die Entschlossenheit und das Durchsetzungsvermögen, bürokratische Schranken einzureißen. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Aßbrock. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade – das scheint eine ständige Übung zu werden – wieder einmal einen weitestgehend argumentationsfreien Wortbeitrag zu einem Erneuerungsvorhaben dieser Landesregierung erleben dürfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe – das drücke ich vorsichtig aus – an verschiedener Stelle – da fühle ich mich durchaus angesprochen – auf einige offene Fragen hingewiesen, die nach unserer Ansicht zumindest noch abgeklärt werden müssen. Das beginnt mit der Frage nach der Übertragbarkeit der Regeln der Modellregion auf das gesamte Land. Ich bin froh, dass der Kollege Aßbrock auch etwas Vernünftiges gelesen hat, nämlich das „Düsseldorfer Signal“. Darin stehen viele ganz vernünftige Sachen.

(Beifall von der SPD)

Grundlage der Modellregion und unserer Überlegungen dazu war in der Tat, zu prüfen, ob die Ergebnisse auf das Land übertragbar sind. Jetzt zitiere ich einmal die Gesetzesvorlage:

„Bereits heute kann unterstellt werden, dass in der Modellregion erprobte Entbürokratisierungen dazu geeignet sind, über die Modellregion hinaus Anwendung zu finden.“

Es kann unterstellt werden, aber überprüft worden ist es ganz offensichtlich noch nicht.

Selbstverständlich stehen wir zu diesen Dingen, die in OWL unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeführt worden sind. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen sich fragen lassen, ob sich das, was Sie so großspurig als Entfesselungsprogramm bezeichnen, bei genauem Hinsehen nicht eher als Drahtseilakt mit hohem Unfallrisiko herausstellt.

Das belegen aus unserer Sicht insbesondere die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung und die schriftlichen Stellungnahmen. Der Kollege Aß-

brock hat mit viel Mühe eine Stellungnahme gefunden, die sich aus Sicht der Mehrheitsfraktionen zitieren lässt. Wir haben ähnlich wie die kommunalen Spitzenverbände – die haben das sehr deutlich ausgeführt – erhebliche Zweifel an der Aussage in der Gesetzesbegründung, das Widerspruchsverfahren führe zu deutlichen Verzögerungen, insbesondere bezogen auf die Gesamtvorgänge. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass verlässliche Erhebungen zu den mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens verbundenen Konsequenzen für Bürger, Verwaltung und Gerichte nicht vorliegen. Als Konsequenz fordern nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, davon abzusehen, landesweit das Widerspruchsrecht im Baubereich abzuschaffen.

Meine Damen und Herren – das ist auch für Liberale sicherlich auch ein interessanter Hinweis –, das deckt sich exakt mit dem, was die Architektenkammer schriftlich und in der Anhörung mündlich ausgeführt hat. Sie geht sogar einen Schritt weiter. Die Architektenkammer, also Menschen, für deren Interessen Sie vornehmlich Partei ergriffen haben, warnt vor finanziellen Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger.

Stellungnahmen aus dem Bereich der Justiz gehen von ganz erheblichen Mehrbelastungen für den Justizapparat aus.

(Beifall von der SPD)

Wir warnen ausdrücklich vor ideologischer Phrasologie

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und raten Ihnen: Kehren Sie zu einer systematischen Vorgehensweise zurück. Beziehen Sie die Erwägungen der Betroffenen in Ihre Überlegungen ein, und schalten Sie vor Inbetriebnahme des Gesetzgebungsapparates bitte Sachverstand ein.

(Beifall von der SPD)

Ansonsten betreiben Sie hier experimentelle Politik mit sehr hohem Unfallrisiko für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Sie gehen – alles unter Effektivitäts- und Kostengesichtspunkten – in Ihrer eigenen Vorlage von einem nicht quantifizierbaren Minderaufwand bei den Verwaltungsbehörden und einem ebenfalls nicht quantifizierbaren Mehraufwand bei den Gerichten aus. Das ist an Undeutlichkeit nicht zu schlagen und zeigt, dass zumindest noch Fragen geklärt werden müssen.

(Beifall von der SPD)

Die Erfahrungen in anderen Bundesländern – ich weise hier auf die Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Ipsen hin – zeigen, dass die Eingänge bei den Verwaltungsgerichten sprunghaft ansteigen. Prof. Ipsen nimmt von der Entbehrlichkeit des Widerspruchsverfahrens ganz besonders den Baubereich aus. Genau diesen nehmen Sie sich hier vor. Bezogen auf den Umgang mit Sachverständigen gehen Sie mit den Dingen ähnlich um wie die sprichwörtlich gewordenen drei Affen: nichts hören, nichts sehen und im Ergebnis auch nichts sagen, nicht zu den Ergebnissen Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Was Sie hier als Entfesselungsprogramm bieten wollen, ist sicherlich ganz großes Kino, aber eben nicht unter dem Titel „Entfesselungsprogramm“, sondern das ist eher ein Remake des Hollywoodklassikers „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Allerdings kommen weder Herr Wolf noch Herr Palmen in ihrer schauspielerischen Qualität an Herrn Dean heran. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen redet jetzt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen ähnlich wie Herr Körfges sagen: Vor dem Hintergrund dessen, was die Experten in der Anhörung deutlich gemacht haben, nämlich dass die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens nicht Bürokratieabbau, sondern – im Gegenteil – mehr Bürokratie bringen wird und eine einschneidende Rechtsschutzverkürzung für die Bürgerinnen und Bürger darstellt, ist Ihr heutiges Auftreten das, was Sie gemeint haben, nämlich mutig, aber es ist wagemutig. Ihr Vorgehen hat nichts mit Innovationskraft, sondern mit dem Wagemut eines Fahrens einer Dampfwalze zu tun.

Meine Damen und Herren, alles an Kritik hält Sie nicht davon ab, das Widerspruchsverfahren über die vorgesehenen Fälle hinaus noch weiter einzuschränken, wie wir dem gerade vorgelegten Referentenentwurf zu einem weiteren Gesetz zum Bürokratieabbau und zur Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens entnehmen können. Obwohl auch die Kritik, die vorgetragen worden ist, durchaus von wohlmeinenden Verbänden kam, sehen Sie sich jetzt schon zu zwei Änderungsanträgen genötigt, die verdeutlichen, dass der Teufel im Detail stecken wird.

Die Koalition will dem Antragsteller bei einer Nutzungsänderung baulicher Anlagen wenigstens die Option auf die Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens eröffnen statt wie bisher auf einem reinen Anzeigeverfahren zu bestehen. Damit muss man dann wohl doch die Erfahrungen aus OWL einbeziehen, wo die Bauordnungsbehörden genauso wie die Unternehmen beklagen, dass es durch das reine Anzeigeverfahren zu einer Menge von Unklarheiten und Problemen gekommen ist.

Meine Damen und Herren, warum gehen Sie nicht den Weg, den wir Ihnen immer wieder vorgeschlagen haben, und warten die Evaluierung des gesamten Modellversuchs ab, bevor Sie wegen weniger Monate, die Sie das dann höchstens vorziehen können, hier ein derartiges Stück aus dem Tollhaus veranstalten, wie Sie das tun?

(Beifall von der SPD)

Bei unproblematischen Nutzungsänderungen ist jetzt schon die Verfahrensdauer sehr kurz. Andere oder weitergehende Anforderungen, wie zum Beispiel beim Brandschutz, Rettungsanforderungen, Geschossdecken, Trennwände etc., würden jedoch vom Antragsteller oft nicht erkannt. Das wird immer wieder vorgetragen. Das führt auch zu unvollständigen Bauvorlagen. Also ist durch das Anzeigeverfahren nicht etwa Bürokratieabbau der Fall, sondern es entsteht neue Bürokratie, weil nachgehakt werden muss. Es ist im Übrigen auch nicht bürgerfreundlich, wie Sie offensichtlich suggerieren wollen.

Was Sie außer Ihrem ehrgeizigen Programm und Ihrer Sprachphilosophie dazu treibt, das ist offensichtlich nicht in der Sache nachvollziehbar, sondern nur aus dem Umstand heraus, dass wir es auch hier wieder mit einem Punkt zu tun haben, wo die FDP ihre Monstranz, ihre Ideologie vor sich hertragen darf und Sie hinterherrennen müssen – gegen jede Praxis.

Da Sie sich mit diesem Gesetz als die Bürokratieabbauer Nummer eins darstellen wollen, stelle ich auch hier für Sie die schon standardmäßige Frage: Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass die kommunalen Spitzenverbände, die Ihnen nun vehement davon abraten – um nicht Schlimmeres zu sagen –, Spitzenverbände sind, die der Partei der CDU nicht fern sind, sondern im Personal, in den Vorständen, in den Präsidien Ihnen in der Regel sehr nahestehen?

Wie erklären Sie sich, dass unter dem Datum vom 8. März bereits ein neues Schreiben an Staatssekretär Brendel gegangen ist, in dem sich der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen noch einmal ganz deutlich gegen die geplanten

Gesetzesänderungen ausspricht? Ich darf wenige Passagen zitieren und möchte damit an der Stelle anfangen, an der gesagt wird:

„Wir nehmen gerne erneut Stellung. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hatte sich diesbezüglich bereits gegenüber dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zum Bürokratieabbau Ende letzten Jahres geäußert und sich gegen die Aussetzung des Widerspruchsverfahrens zum Arbeitsschutz-, Gewerbe- sowie Bau- und Gaststättenrecht ausgesprochen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten vorgeschlagen, dass in einem ersten Schritt eine rechtstatsächliche Erhebung über die damit verbundenen Konsequenzen vorgenommen wird, um dann abschließend über die Aussetzung bzw. Abschaffung des Widerspruchsverfahrens zu beschließen. Hieran halten wir fest.“

Meine Damen und Herren, ich erspare Ihnen und mir, noch mehr daraus zu zitieren, aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Art von Beratungsresistenz, die Sie in kommunalen Fragen, die Sie in rechtlichen Fragen und die Sie in einer Reihe von anderen Fragen in diesem Haus hier inzwischen aufweisen, wird Ihnen irgendwann auf die Füße fallen, wenn die Leute merken, dass nichts außer Sprachhülsen von Ihrem sogenannten Bürokratieabbau übrig bleibt, sondern den Menschen eine wichtige Hilfe genommen und den Verwaltungen mehr Arbeit gemacht wurde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Engel das Wort.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich konzentriere mich auch mit Blick auf die Zeit auf drei ganz kurze Bemerkungen und komme zunächst einmal zum Widerspruchsverfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Becker, Herr Körfges, auch wenn es zwischen den Koalitionären und der Opposition hier einen Dissens gibt, können Sie eins nicht wegdiskutieren: Die drei Zielsetzungen Selbstkontrolle der Verwaltung, Stärkung des Rechtsschutzes der Bürger und Entlastung der Verwaltungsgerichte werden zurzeit doppelt abgedeckt, und zwar durch das Widerspruchsverfahren und durch das Anhörungsgebot. Widerspruchsverfahren sind deshalb zeitaufwendig, und ihre Aussetzung in Verwaltungsverfahren des Arbeitsschutzes, im Gewerbe- sowie im Bau- und Gaststättenrecht ist

ein wesentliches Mittel zur Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens.

Deshalb sind wir der Ansicht, dass dieses Instrument abgeschafft werden kann. Bürgern kann auch ohne Widerspruchsverfahren geholfen werden, indem dem Anhörungsgebot eine zentralere Bedeutung zukommt.

Zweite Bemerkung zur Anhörung: Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, im federführenden Ausschuss die Anhörung ausgewertet und können im Ergebnis dem Vorschlag der Architektenkammer und der kommunalen Spitzenverbände nicht folgen. Mit der Einführung des Anzeigeverfahrens für Kleingaragen im Außenbereich verkürzen wir das Verwaltungsverfahren erheblich. Wir schaffen einfach einen bürokratischen Weg völlig ab. Dadurch wird den Bürgern die lange Wartezeit auf eine Reaktion der Verwaltung verkürzt.

Gleichwohl sind wir der Anregung der kommunalen Spitzenverbände gefolgt und haben den Gesetzentwurf modifiziert. Die neuen wirtschafts- und bürgerfreundlichen Regelungen sollen bis zum 31. Dezember 2010 erprobt werden. Auf diese Weise haben wir einen ausreichend langen Zeitraum, um Erfahrungen mit Vorschriftserleichterungen zu sammeln.

Abschließend möchte ich noch einmal dafür werben – Sie haben noch eine Chance; wir sind heute in der zweiten Lesung –: Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Sie sollten es sich noch überlegen, ebenfalls rüberzukommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir vollenden mit diesem Gesetz etwas, was in einer Region dieses Landes seinen Anfang genommen hat. Ich möchte noch einmal sagen, dass es ausgesprochen positiv war, dass OWL eine Initiative gestartet hat, die ja auch unter der alten Landesregierung interessanterweise schon Zuspruch gefunden hat.

Umso erstaunlicher ist es, dass der damals im Dialog mit dem Land erarbeitete Katalog nun plötzlich von der jetzigen Opposition in Zweifel gezogen wird. Am Ende haben Sie sich im Wesentlichen ja nur noch auf das Thema Widerspruchs-

verfahren eingeschossen – wahrscheinlich schon als gewisse Warmlaufphase für den zu erwartenden Gesetzentwurf zum Widerspruchsverfahren insgesamt. Deswegen möchte ich meine Ausführungen auch auf dieses Thema beschränken.

Jedem, der mit Verwaltung zu tun hat, ist völlig klar, dass Widerspruchsverfahren ein aufwendiges Instrument sind und am Ende wenige Erfolge zeitigen. Jeder weiß, dass die Abhilfequoten ausgesprochen gering sind, sodass man hier von einem rechtsstaatlichen Vorteil wahrhaft nicht sprechen kann.

Natürlich wird man im Vollzug schauen müssen, inwieweit sich das tatsächlich in höheren Klageeingängen niederschlägt. Auch dort gilt aber der alte Grundsatz: Man kann sich das ja einmal angucken.

Dort, wo der Widerspruch Dritter aus rechtsstaatlichen Gründen wichtig war, weil ein Bürger erstmalig mit einer Entscheidung konfrontiert war, haben wir das ausdrücklich beibehalten. Die mehr oder weniger nutzlosen Doppelbearbeitungen der vergangenen Zeit sollen ein Ende haben.

Ich spreche mich sehr dafür aus, dass dieses Gesetz bald Wirklichkeit wird, sodass die entsprechenden Erleichterungen, die in OWL ja schon lange gang und gäbe sind, jetzt auch dem ganzen Land zugute kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich mit Ihrer Zustimmung die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3863**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/2242 in der Fassung der Beschlüsse des kommunalpolitischen Ausschusses anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Trotz erheblicher Lücken im Landtag war die Mehrheit der Koalitionsfraktionen eindeutig. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

7 Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2006

Große Anfrage 3
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1910

Antwort
der Landesregierung
Drucksachen 14/3156 und 14/3479

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Eumann von der SPD-Fraktion das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir wäre es lieb, wenn Sie Zeitung läsen und nicht sprächen; dann wäre es einfacher, hier vorne zu reden.

(Unruhe – Glocke)

Die Medienlandschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Dieser Umbruch erfasst auch die Tageszeitungen. Davon sind insbesondere die lokalen und regionalen Abonnementzeitungen betroffen.

Die deutsche Tageszeitungslandschaft ist in ihrer bestehenden verlegerischen sowie regionalen und lokalen Vielfalt einzigartig in Europa und in der Welt. Das gilt ganz besonders für die Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist diese Landschaft ein Stützfeiler für plurale Willensbildung, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für das Funktionieren gerade auch eines föderal verfassten Staates. Für uns sind Zeitungsverlage nicht nur Wirtschaftsunternehmen; mit ihrem Beitrag zur Informations- und Meinungsvielfalt sind sie auch eine wichtige demokratische Säule in unserer Gesellschaft und für unsere Gesellschaft.

Selbstbewusst sage ich: Es gibt keine andere Fraktion, die sich so intensiv mit den Entwicklungen und Veränderungen im Zeitungsmarkt beschäftigt, wie dies die SPD-Landtagsfraktion seit nunmehr vier Jahren tut. Diese Große Anfrage knüpft nämlich an die Große Anfrage 19 vom 2. Juli 2003. Im Jahr 2006 erfolgte dann die Fortschreibung.

Es gibt in keinem anderen Land in der Republik etwas Vergleichbares. Deswegen danke ich all denjenigen in der Landesregierung, die mit der Antwort auf unsere Große Anfrage einen, wie ich finde, wichtigen Beitrag zum Informationsgewinn geleistet haben. Die Große Anfrage und die Ant-

wort der Landesregierung sind, insgesamt gesehen, für die Diskussion über die Zukunft von Zeitungen wichtig.

Noch einmal: In keinem anderen deutschen Bundesland gibt es etwas Vergleichbares. Deswegen stelle ich für die SPD-Fraktion an den Anfang dieser Debatte die zentrale politische Forderung: Wir brauchen für alle Länder der Bundesrepublik Deutschland und deutschlandweit eine kontinuierliche Medienstatistik, die uns Auskunft über die Entwicklungen gibt.

Seit der Einstellung der Pressestatistik ist die Datenlage mehr als unbefriedigend. Das große Interesse, auf das die Großen Anfragen und die Antworten stoßen, zeigt aber, dass wir neue Akzente setzen müssen.

Hier ist die Landesregierung gefordert. Sie ist aufgefordert, entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen. Nach der Föderalismusreform Teil I hat der Bund die Kompetenz verloren, ein Presserechtsrahmengesetz zu erlassen. Die entsprechende Zuständigkeit ist dem Land zugewachsen. Daher hat die Landesregierung – auch in Kooperation mit den anderen Ländern – an dieser Stelle eine Handhabe, Frau Ministerin Thoben.

Die Landesregierung hält auf die Frage, wie sich die Zeitungsvielfalt in Nordrhein-Westfalen seit 2003 verändert habe, fest – ich zitiere –:

„Die Veränderungen im Zeitungsmarkt seit Ende 2003 waren in Bezug auf die Vielfalt des Angebotes überwiegend negativ.“

Hinter dieser Formulierung verbergen sich die Einstellung der „Buerschen Zeitung“ und die Aufgabe von 16 Ausgaben von lokalen oder regionalen Abonnementzeitungen in NRW.

Dabei gibt es in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens sehr unterschiedliche Verhältnisse und Entwicklungen. Während die Zeitungsdichte beispielsweise im Regierungsbezirk Köln etwas bessere Werte aufweist als im Landesdurchschnitt und die Zahlen im Regierungsbezirk Düsseldorf in den vergangenen Jahren relativ stabil geblieben sind, hat sich insbesondere im Regierungsbezirk Münster vieles zum Negativen verändert. Im Regierungsbezirk Münster ist die Zeitungsdichte in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, und die Monopolgebiete sind stark gewachsen, so die Antwort der Landesregierung.

Aus aktuellem Anlass erkläre ich hier für die SPD-Landtagsfraktion: Die Art und Weise, in der sich der Verleger der „Münsterschen Zeitung“, Lambert Lensing-Wolff, einer kompletten Lokalredaktion entledigt, ist zynisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Art und Weise, wie Journalistinnen und Journalisten öffentlich diffamiert werden, ist bundesweit ohne Beispiel.

Die SPD-Fraktion steht an der Seite des Protes-tes, steht an der Seite der Redakteurinnen und Redakteure, der Mitarbeiter sowie an der Seite der Gewerkschaften, der Deutschen Journalistenunion, des Deutschen Journalisten-Verbandes, die diesen Protest organisieren. Das ist wirklich ein einmaliger Vorgang, der allerdings einmalig bleiben muss, wenn den Tageszeitungen, den Regionalzeitungen kein weiterer Schaden entstehen soll.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, bezugnehmend auf die Antwort der Landesregierung ist besonders bedrückend die Einstellung der „Buerschen Zeitung“ und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Vielfalt in einer ganzen Region.

Die Situation in Nordrhein-Westfalen – das dokumentiert die Antwort der Landesregierung anschaulich – ist ambivalent. Während sich auf der einen Seite nach den neuesten Angaben des Zeitungsforschers Walter Schütz, dem ich übrigens sehr herzlich danke – der macht das ehrenamtlich; das ist eine großartige Leistung von einem ehemaligen Mitarbeiter der Bundesregierung –, der Trend zur Monopolisierung des Zeitungsmarktes in den letzten Jahren verlangsamt hat, zeigt sich, dass Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil der Bevölkerung in Monopolgebieten von 10,1 % sehr gut abschneidet. Lediglich in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg finden die Zeitungsläser ein breiteres Angebot vor.

Allerdings – das ist die andere Seite – hat der NRW-Zeitungsmarkt gleichzeitig die höchsten Verluste gehabt. Wird die Zeitungsdichte auf der Ebene der Gemeinden erfasst, ist der Grad der Monopolisierung auch in Nordrhein-Westfalen größer. Und mit Blick auf die Auflage lässt sich feststellen, dass die Auflagenverluste der lokalen bzw. regionalen Abonnementzeitungen in Nordrhein-Westfalen seit 2003 durchweg höher waren als die Vergleichszahlen auf Bundesebene. Das ist umso erschreckender, als der dramatische Rückgang im Bundestrend vor allem durch die dramatische Entwicklung in den neuen Ländern verursacht war. Aber hier ist seit jüngerer Zeit Nordrhein-Westfalen tatsächlich der Negativfaktor.

Insgesamt hat der Zeitungstyp lokale/regionale Abonnementzeitung in NRW in den letzten drei

Jahren knapp eine Viertelmillion Exemplare bei der Verkaufsauflage eingebüßt. Kurzum: Auflagen und Reichweiten sinken kontinuierlich. Die Anzeigenerlöse sind im Grundsatz rückläufig, auch wenn es nach einer Phase der Stagnation auf niedrigem Niveau einen leichten Trend nach oben gibt.

Die Digitalisierung der Medienlandschaft bringt eine Vielzahl von neuen Übertragungswegen von Anbietern publizistischer Inhalte hervor, gegen deren Konkurrenz sich Zeitungsverlage nur mit sehr kapitalintensiven Strategien behaupten können. Auch die Eigentümerstruktur unterliegt starken Veränderungen, die nicht nur, aber überwiegend mit neuen wirtschaftlichen und technologischen Rahmendaten zu tun haben. Zeitungsverlage stehen vor großen Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Fraktion in ihrer Großen Anfrage einen besonderen Akzent darauf gelegt, welche neuen Tätigkeiten und neuen wirtschaftlichen Felder Zeitungsverlage aus NRW erschließen können. Hier sind die Erkenntnisse mit Blick auf das Engagement in den deregulierten Postmärkten bemerkenswert. Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass diese neuen Tätigkeiten zum Erhalt der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Verlagsunternehmen einen wichtigen Beitrag leisten können.

Einen weiteren Schwerpunkt – und das in einem ganz anderen Akzent als noch in unserer Anfrage aus dem Jahr 2003 – hat die SPD-Fraktion diesmal auf europäische Vergleiche gelegt. Wie gehen andere Staaten mit der Aufgabe der Sicherung der Zeitungsvielfalt um? Auch wenn ich im Prinzip zu demselben Ergebnis komme wie die Landesregierung, dass die Situation und die Tradition in den europäischen Ländern unterschiedlich sind und deswegen Vergleiche und möglicherweise Bezüge nur schwer herzustellen sind, liefert doch diese Übersicht wichtige Hinweise darauf, welche Akzente, welche Weichen man in der Diskussion in Zukunft stellen kann. Also auch hier eine wichtige Aufgabe, die diese Große Anfrage für die Diskussion insgesamt leistet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ausdrücklich möchte ich mich bei allen Zeitungsverlagen bedanken, die sich an Projekten wie „Zeitung in der Schule“, „Zeitung in der Grundschule“, „Zeitung 4you“ und anderen vergleichbaren Projekten engagieren. Ich bin sicher, das ist eine wichtige Investition in die Zukunft, die die Besonderheit der regionalen und lokalen Zeitungen dokumentiert. Dieses Engagement können nur sie leisten, und es ist gut, dass sie hier aktiv sind.

Pressevielfalt muss heute als möglichst große Angebotsvielfalt von journalistischen Qualitätsprodukten auf allen Plattformen verstanden werden. Wir haben, anders als in anderen Ländern, nordrhein-westfälischen Zeitungsverlagen mit ihren Beteiligungen an Radio und Fernsehen – publizistisch und ökonomisch mit Blick auf das Radio, sehr erfolgreich; beim Fernsehen gibt es wieder neue Entwicklungen, die auch ökonomischen Erfolg versprechen –, neue Entwicklungen ermöglicht, Entwicklungen, die Zeitungsverlagen in anderen Teilen Deutschlands verwehrt sind.

Die Zeitungsverlage sind als wichtige Qualitätsanbieter ein tragender Pfeiler der Meinungs- und Informationsvielfalt. Diese Rolle können und müssen sie in Zukunft sowohl auf den alten Märkten der Printprodukte als auch in der neuen digitalen Welt spielen. Aber – das ist meine Überzeugung – sie können diese Rolle nur dann wahrnehmen, wenn sie ihre wirtschaftliche Basis verbreitern und sich zu leistungsfähigen Unternehmen entwickeln. Das ist die Grundlage für eine möglichst große Vielfalt von selbstständigen Redaktionen, die mit einer möglichst großen Vielzahl von publizistischen Produkten auf allen Plattformen zur Medienvielfalt beitragen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte die Große Koalition in Berlin einen erneuten Anlauf unternehmen, um über die Rahmenbedingungen von Zeitungen nachzudenken. Gefordert ist dabei auch der BDZV, einen eigenen Vorschlag zu machen, wie er die auch in seinem Verband sehr unterschiedlich organisierten Interessen bündelt und damit der Politik einen Hinweis gibt, welche Rahmenbedingungen aus Sicht des BDZV diejenigen sind, die für eine möglichst große Vielfalt auf dem Zeitungsmarkt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen notwendig sein werden.

Die SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen hat ein großes Interesse daran, dass die Rahmenbedingungen für lokale und regionale Zeitungsverlage stimmen, damit diese auch in Zukunft ein tragender, ein unverzichtbarer Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft sein können. Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. – Für die CDU-Fraktion hat Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die „Frankfurter Rundschau“ hatte vor etwa einem Monat, am 19. Februar, einen Artikel zum Thema „Zeitungen, Zeitungslesen“ mit der Überschrift: „Lesen ist sexy – Warum Zeitungen wichtig für die Demokratie sind – und der Karriere dienen“ veröffentlicht. Dort wird beschrieben, dass die Veränderungen im Leseverhalten, auch gerade bei jungen Menschen, sehr ernst zu nehmen sind. Ich werde gleich darauf eingehen.

Aber es wird auch sehr gut dargelegt, warum es nicht nur Spaß macht, Zeitung zu lesen, sondern auch als kultureller Beitrag der Demokratie dient und der persönlichen Entwicklung, nicht zuletzt auch in beruflicher Hinsicht, Rechnung trägt.

Es ist – das hat auch Kollege Eumann eben schon erwähnt – Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte, eine vitale und vielfältige Zeitungslandschaft in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen haben zu wollen. Der Rundfunk kann sie nicht einfach ersetzen, und auch das Internet könnte dies nur zum Teil.

Ich danke namens der CDU-Fraktion auch der Landesregierung für ihre Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion, die einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen und über die Veränderungen in den letzten Jahren gibt.

Grundsätzlich ist anzumerken, es hat punktuelle Veränderungen in der Zeitungslandschaft gegeben, aber weniger strukturelle, was die Marktzusammensetzung betrifft. Sehr wohl bahnen sich aber tiefgreifende Veränderungen im Hinblick auf das Nutzungsverhalten der Kunden bzw. der Leser an – mit Auswirkungen auf die Art und Weise, wie das Blatt gemacht wird. Die Zeitungen in Nordrhein-Westfalen stellen sich darauf ein.

Gesondert zu erwähnen ist das Thema „Junge Menschen und Zeitungen“, auf das ich, wie gesagt, gleich noch eingehen werde.

Zunächst zu den Veränderungen des Marktes: Kollege Eumann hat es eben schon gesagt und aus der Antwort auf die Große Anfrage zitiert. Es gibt einen abgeschwächten Trend zur Monopolisierung. Dort steht auch, daraus kann man nicht automatisch ableiten, dass sich dieser Trend der Abschwächung immer weiter fortsetzt.

Erwähnenswert ist nicht nur der Rückzug der „Ruhr-Nachrichten“ aus Bottrop, Gelsenkirchen und Gladbeck durch die Schließung der Lokalredaktionen. Davon sind mehr als 400.000 Einwohner betroffen. Zu beachten ist allerdings, dass es

sich um eine Zeitungsaufgabe von deutlich unter 10.000 handelt.

Ebenso erwähnenswert ist auch der Rückzug des „Westfalenblattes“ vornehmlich aus dem Kreis Lippe. Ich frage mich, warum Kollege Eumann das nicht erwähnt hat. Kann es daran liegen, dass jetzt die „Neue Westfälische“, die bekanntermaßen im Besitz der SPD ist, jetzt dort das Monopol hat? Herr Kollege Eumann, es hätte nicht geschadet, wenn Sie das, was von der Auswirkung her mindestens genauso schwerwiegend ist, auch erwähnt hätten.

Übrigens sind viele Gebiete, die in der Antwort auf die Große Anfrage als zwei Zeitungsgebiete gekennzeichnet sind, ohnehin faktisch schon seit Langem Monopole: Entweder ist die Auflage eines Blattes der beiden Zeitungen ohnehin nur marginal – das habe ich gerade erwähnt –, oder bei den zwei genannten Zeitungen ist der Mantelteil mit dem überregionalen politischen Teil ohnehin der gleiche. Aus dem Kreis Gütersloh kann ich zum Beispiel das „Haller Kreisblatt“ und die „Neue Westfälische“ im Altkreis Halle erwähnen. Das ist faktisch, den Mantelteil betreffend, ein Monopol.

Man sollte aber, wenn man von einer leicht zunehmenden Tendenz zur Monopolisierung spricht, auch beachten, dass es durchaus auch gegenläufige Entwicklungen gibt, nicht nur in Köln, wie es Kollege Eumann eben kurz beschrieben hat. Es gibt vielmehr auch Gegenden mit drei statt nur zwei Zeitungen.

Ich kann dies aus meiner Heimatstadt Rietberg berichten. Dort ist das „Westfalenblatt“ hinzugekommen, weil es offensichtlich die Chance sieht, in einem Markt, der sich vergrößert – wir haben in den letzten Jahren stark steigende Bevölkerungszahlen –, wieder Fuß zu fassen und sich zu entwickeln. Vor 20 Jahren hatte es das schon einmal versucht.

Man darf also nicht alles in einen Topf werfen, es gibt sicherlich auch Möglichkeiten für die Zeitungen, zu expandieren und neu mit Redaktionen, mit Redakteuren Fuß zu fassen.

Fazit: Es bleibt zu beobachten, wie sich der Markt in den einzelnen Regionen entwickeln wird. Wenn sich die Verringerung der Leserzahlen und der Abozahlen schleichend fortsetzt, ist ein weiterer Rückzug kaum zu verhindern, besonders da, wo die Bevölkerung insgesamt zurückgeht, da eine Zeitung nicht dauerhaft mit roten betriebswirtschaftlichen Zahlen zu fahren ist.

Kostensenkungen werden angestrebt – auch durch veränderte Tarifstrukturen. Dies verursacht

naturgemäß große Spannungen zwischen Verlegern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Gesetzgeber ist gut beraten, die Tarifhoheit zu respektieren. Nur so viel sei angemerkt: Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören nun einmal zusammen. Darum haben wir die Vorgänge in Münster mit Sorge verfolgt. Nach Möglichkeit darf es zu solch einer Situation erst gar nicht kommen. Darum sind beide Seiten in einem solchen Konfliktfall gut beraten, aufeinander zuzugehen.

Zum Thema „Änderung des Landespressegesetzes“, da wir gerade über die Rolle des Gesetzgebers sprechen: Sie haben die Antwort der Landesregierung in der Großen Anfrage gelesen. Derzeit besteht auch für unsere Fraktion kein Anlass, das Landespressegesetz zu ändern – auch nicht durch die Ergebnisse der Föderalismusreform, also den Wegfall des Presserechtsrahmengesetzes. Dies soll nur nachrichtlich erwähnt werden.

„Veränderung des Nutzungsverhaltens“ ist das nächste Thema. Ich möchte zwei Trends hervorheben. Ein Trend, der eben schon von mir behandelt worden ist, sind die weiterhin schleichend sinkenden Leserzahlen, vor allem bei jüngeren Menschen. Der zweite Trend ist, dass sich die Informationseinholung über das Internet weiterhin verstärkt.

Zum ersten Trend: Wenn im Abobereich die Reichweitenentwicklung bei der Gruppe der 14- bis 19-Jährigen innerhalb von nur zehn Jahren von knapp 53 % auf 40 % zurückgeht, ist das besorgniserregend. Ein Viertel der Jugendlichen in dem Alter werden Zeitungsverweigerer genannt. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir alle gemeinsam nicht hinnehmen. Wir müssen zusehen, dass möglichst viele junge Menschen Zeitung lesen.

(Beifall von der CDU)

Da ist auch das Elternhaus gefragt. Da man aber Lesen und das Verarbeiten von Texten in der Schule lernt, ist es ausdrücklich zu begrüßen, in welcher vielfältiger Weise sich in Nordrhein-Westfalen die Zeitungen und die Schulen zusammengetan haben, um die Kompetenz des Zeitungslesens zu fördern. Diese Projekte, die von der Landesregierung ausführlich beschrieben werden, gehen inzwischen weit über punktuelle Maßnahmen hinaus. Daher möchte ich mich im Namen der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich bei den Verlegern in Nordrhein-Westfalen und unserem Schulministerium bedanken, das erfolgreiche Projekt „ZeitungsZeit – Nachrichten für die Schule“ in einer zweiten Runde weiterzuführen.

Übrigens bedanke ich mich auch bei Herrn Kollegen Lindner, dass er gerade so vorbildlich die Zeitung liest.

(Christian Lindner [FDP]: Bitte schön!)

Die Schülerinnen und Schüler werden sich auch im Rahmen dieses Projektes mit Online-Nachrichtendiensten und mit Rundfunk beschäftigen. Das fügt sich hervorragend in unsere politische Absicht, in der Schule neben Zeitungen auch Radio verstärkt zu fördern. Mit dieser Änderung im Landesmediengesetz stärken wir die Medienkompetenz junger Menschen.

Zum zweiten Trend: Im jüngsten „Journal“ des DJV gab es einen sehr lesenswerten Artikel über die Aktivitäten verschiedener Zeitungen und Verlage in unserem Land, die zunehmende Online-Community in ihr Produkt Zeitung einerseits als Leser via Online-Ausgaben und andererseits als Reporter einzubinden. Sehr genau werden in diesem Artikel die fast fließenden Übergänge zwischen Leser-/Blogger- und klassischem Qualitätsjournalismus beschrieben.

Das hat Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe und auf die Arbeitsplatzbeschreibungen innerhalb der Redaktionen, wobei die Stichworte Newsdesk und Newsroom zu erwähnen sind. Aber auch viele redaktionelle Traditionen werden damit eingerissen – Stichwort: Versäulung zwischen den einzelnen Ressorts. Ebenfalls differenziert sich das Berufsbild des Journalisten in Richtung eines Editors oder eines Reporters. Hinzu kommen noch die verschiedenen Anforderungen, wenn es um die Online-Produkte geht. Der Ausbildungsmarkt vor allem an den Hochschulen trägt dem durch eine stark gestiegene Anzahl unterschiedlicher Studiengänge Rechnung. Auch das zeigt die Antwort der Landesregierung.

Man sieht auch hierbei: Durch die technologischen Umwälzungen ändert sich das Nutzungsverhalten der Menschen, und die Märkte – in diesem Fall die Zeitungen – passen sich an. Die Politik hat die Aufgabe, den Menschen zu ermöglichen, dass sie weiterhin auf eine Vielfalt von Informationen und Meinungen zugreifen können und dass insbesondere die jungen Menschen befähigt werden, diese Informationen vernünftig zu nutzen.

Die Koalition hat sich, wie gesagt, auf verschiedenen Gebieten diesem Ziel verschrieben. Sie wird diese Daueraufgabe weiterhin sachgerecht begleiten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. – Jetzt spricht Herr Kollege Keymis von den Grünen.

Oliver Keymis (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist aufgefallen beim Kollegen Eumann, dass der Dank an die Landesregierung bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage nicht so groß ausgefallen ist wie beim letzten Mal.

(Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Damals hatte die Landesregierung die Große Anfrage auch beantwortet. Das ist mir insofern aufgefallen, als Rot-Grün damals die Mehrheit stellte und wir unter Federführung der SPD eine sehr niveauvolle Anfrage hatten. Ich bin auch der SPD-Fraktion sehr dankbar, dass sie diese Anfrage noch einmal aufgearbeitet und neu gestellt hat. Denn so wird erst deutlich, was an Vergleichbarem festzustellen ist.

Vor diesem Hintergrund haben wir das mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Vermutlich haben verschiedene Personen der Mitarbeiterschaft auch bei dieser Beantwortung mitgewirkt, weil diese Dinge immer wieder von den Expertinnen und Experten unserer Apparate bearbeitet werden. – Herzlichen Dank also an die Landesregierung und an die Fraktion der SPD!

Ich will aber auch inhaltlich auf die Antwort der Landesregierung eingehen und zunächst deutlich machen, dass wir uns bei der Betrachtung der Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen in gewisser Weise auf einem zweigeteilten Feld befinden: Auf der einen Seite nehmen wir wahr, dass wir immer noch ein sehr vielfältiges Zeitungsland sind, bei dem viele Angebote über das Land verteilt sind. Dabei gibt es gewisse Ungleichgewichte zwischen dem westfälischen und dem rheinischen Landesteil. Das hat sicher auch mit der Verteilung der Einwohnerzahlen zu tun. Der Kollege Brinkmeier hat auch darauf hingewiesen, dass solche Ungleichgewichte natürlich auch bei der jetzigen Beantwortung fortgeschrieben worden sind. Das ist sicher eine Entwicklung, die nicht leicht zu beeinflussen ist.

Auf der anderen Seite – darauf hat Kollege Eumann schon hingewiesen – haben wir den Einbruch weiterer 16 Lokalausgaben zu verzeichnen. Es gibt Entwicklungen der zunehmenden Konzentration zu verzeichnen. Ich will einmal eine These wagen: Die weiter zunehmende Konzentration darf nicht zu abnehmender Vielfalt führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns politisch Gedanken machen. Von den bisherigen Rednern von SPD und CDU haben wir noch nicht viel hören können, welche politischen Herausforderungen möglicherweise an uns herangetragen werden bzw. wir an uns herantragen müssen, um solche Entwicklungen, wenn sie weiter fortschreiten, ein Stück weit in den Griff zu bekommen.

Ich habe mit großem Interesse weiter hinten in der Beantwortung der Großen Anfrage gelesen, dass in unseren europäischen Nachbarländern vielfältig öffentliche Mittel eingesetzt werden, um Pressevielfalt zu sichern. An vorderster Stelle ist unser großer Nachbar Frankreich zu nennen. Dort liegt die Summe bei über 100 Millionen €. Dort wird subventioniert, weil Pressevielfalt Verfassungsrang genießt.

(Ralf Witzel [FDP]: Privat vor Staat, Herr Keymis!)

Dort wird bei Agenturen und beim Vertrieb subventioniert. Ob das die richtige Entwicklung ist, weiß ich nicht. Auf jeden Fall sollten wir sie im Blick haben.

Wir haben immer wieder das Beispiel der Entwicklung in Münster diskutiert, das heute auch von meinen beiden Vorrednern angesprochen wurde. Ich habe mit größten Schmerzen zur Kenntnis genommen, was sich dort abgespielt hat. Ich glaube, der Verleger Lensing-Wolff hat sich und seinen künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keinen Gefallen getan, indem er eine Redaktion auf den Flur ausgliedert und eine andere heimlich über eine neugegründete Gesellschaft hineinbringt und so von einem Tag auf den anderen 18 Leuten sagt: Ihr seid für mich nicht mehr wichtig. – Das waren alte, eingeseessene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aber das hat etwas damit zu tun, dass eine Entwicklung bei den Zeitungen in Gang gebracht worden ist, die über neue strukturelle Formate versuchen, Nachrichten zu produzieren. Das Thema Newsdesk und die Großraumatmosfera, in der man gemeinsam alles zusammenträgt und in einer Art Dauerredaktionskonferenz die Themen abarbeitet, sind Neuerungen, die unter Umständen nicht zu einer besonderen Vielfalt und nicht zu einer besonderen Qualität führen, sondern die vor allen Dingen dazu dienen, das rasche Geschäft der schnellen medialen Vermittlung effektiver und am Ende wahrscheinlich auch noch ökonomisch effizienter zu betreiben. Das allein aber ist natürlich kein Effekt, der Vielfalt erzeugt. Das sind zunächst einmal Konzentrationen und Veränderungen in der Arbeitswelt.

Auch wird unterschieden zwischen sogenannten Editoren – ich habe das mit Interesse gelesen; viele Begriffe aus dem Englischen und Amerikanischen wurden übernommen – und dem Reporter, der sozusagen rasend ist und dem Editor zuarbeitet. Das Ganze wird dann schnell in ein Blatt hineinkonstruiert, das über den Computer zusammengefasst wird. Eine andere Zeitungswelt ist entstanden, auf die sich die Verlage einzustellen haben. Die Frage danach, ob sie das so machen müssen wie in Münster, beantworte ich mit Nein. Herr Kollege Eumann hat richtigerweise gesagt, dass das an Zynismus, an Kälte und an sozialer Unbefangenheit, mit der operiert und vorgegangen wurde, eigentlich nicht zu überbieten ist. Das ist beispiellos in der bundesdeutschen Geschichte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So ist es von all denjenigen auch bewertet worden, die außerhalb des Verlags stehen.

Man kann eine interessante Entwicklung beobachten, dass es zumindest beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine starke Konzentration auf das Regionale gibt, was ich richtig finde. Die Menschen sind interessiert an dem, was um sie herum lokal passiert. Interessanterweise gibt es bei Zeitungen eine gegenläufige Entwicklung; das haben wir schon einmal festgestellt. Hier wird das Lokale eher weggenommen und zusammengefasst. Die „Buersche Zeitung“ wurde als ein Beispiel angesprochen. Es gibt auch noch andere, die nicht ganz so spektakulär vom Markt verschwinden. Durch das entsprechende Zusammenfassen der Nachrichten auf einer schnellen Seite oder sogar durch das Übergehen ganzer lokaler Bereiche geht man ökonomischer vor. Auch das ist aus meiner Sicht keine überzeugende Strategie, wenn man die Menschen für das Zeitungslesen gewinnen will.

Ich bin meinen beiden Vorrednern sehr dankbar, weil Sie darauf hingewiesen haben, dass wir ein Interesse daran haben müssen, dass gerade auch die Jüngeren an das Zeitungslesen herangeführt werden. Es sind Projekte beschrieben worden wie etwa das Grundschulprojekt. „Zeitung 4 You“ darf man nicht mehr sagen, weil der Ministerpräsident die Anglizismen aus unserer Sprache verbannen will. Es hat jetzt, glaube ich, einen anderen Namen, den ich aber nicht parat habe. Auf jeden Fall sind die Entwicklungen, die in dieser Hinsicht seit Jahren vorangetrieben werden, richtig.

(Ralf Witzel [FDP]: Das heißt noch so!)

– Das heißt immer noch so? Dann muss Herr Rüttgers an der Stelle noch seine Durchsetzungs-

kraft beweisen. Sobald er gesund ist, wird er das tun.

Jedenfalls sind das wichtige und richtige Projekte. Ich glaube, dass wir an solchen Punkten stärkere Wirkung in unsere Schulen hinein entfalten können. Wir können die Medienunternehmen im Grunde nur auffordern und bitten, sich noch stärker um ihre künftigen Leserinnen und Leser zu kümmern.

Es gibt auch Tendenzen, die ich für sehr erfreulich halte und die weit über Nordrhein-Westfalen hinausreichen. Ich erinnere an die Cicero-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit der deutlichen Stärkung der journalistischen Arbeit und der Freiheit, Informanten zu schützen. All das sind wichtige und richtige Entwicklungen, die unsere Medienunternehmen ermutigen sollten, die sich neben dem Printmedium Zeitung zunehmend im Internet engagieren. Das ist an sich auch eine richtige und gute Entwicklung.

Zum Schluss meiner Ausführungen würde ich gerne Folgendes deutlich machen: Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass wir die Vielfalt weiterhin politisch im Blick haben. Bisher ist nicht erkennbar, welche politische Initiative sich aus der Beantwortung der Großen Anfrage entwickeln wird. Aber ich kann mir vorstellen, dass man sich unter weiterer Beobachtung der Situation mit den Fragen befassen wird, die im hinteren Teil liegen, den ich eben schon einmal angesprochen habe: Kann möglicherweise auch staatliche Hilfe damit einhergehen? Oder kann man eine Stiftung als eine Art Auffanggesellschaft gründen, wenn es einmal schlecht läuft wie bei der „Frankfurter Rundschau“, bei der es das Problem eine Zeit lang gab? Wir müssen unter Umständen noch einmal die Initiative ergreifen. Denn wir haben alle ein Interesse an vielen publizistischen Angeboten aus verschiedenen Richtungen.

Heute können wir uns mit der Großen Anfrage natürlich noch weiterhin inhaltlich beschäftigen. Dort stehen viele sehr fakten- und kenntnisreiche Informationen, die wir in einer so kurzen Debatte nicht alle erwähnen können. Ich freue mich jedenfalls, dass wir diese Anfrage vorliegen haben. Ein Vergleich mit der letzten Anfrage ist interessant. Die Tendenzen sind nicht alle erfreulich. Irgendwann – vielleicht am Anfang der nächsten Legislatur – werden wir das mit einer dritten Anfrage dieser Art noch einmal überprüfen müssen und hoffentlich wieder zu besseren Ergebnissen kommen, als wir sie jetzt haben. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Witzel das Wort. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Koalition der Erneuerung gilt das Motto „Privat vor Staat“. Deshalb kann ich meinem Vorredner nicht den Gefallen tun, größere Subventionen für den Medienbereich zu versprechen. Wir brauchen auch keine Sockel-„Rundschau“. Auch Verlegerschelte ist üblicherweise nicht unser Tagesgeschäft.

Meine Damen und Herren, ungeachtet dessen präsentiert sich der Zeitungsmarkt – ganz gleich, ob Tageszeitungen, Magazine, Fachzeitschriften etc. – in Nordrhein-Westfalen in einer beachtlichen Dichte. Deutschlandweit existieren derzeit fast 390 Zeitungen. Davon werden 46 Zeitungen in einer Gesamtauflage von 4,5 Millionen Stück in Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Das heißt, jede achte Zeitung kommt aus Nordrhein-Westfalen. Die Zeitungsdichte in NRW ist im Vergleich zu anderen Bundesländern einzigartig.

Von den Einwohnern Nordrhein-Westfalens haben 65 % täglich die Wahl zwischen zwei Zeitungen mit lokalen Informationen. Etwa 20 % der Bürger können sich sogar zwischen drei lokalen Zeitungen entscheiden. Große Medienunternehmen und Verlagshäuser wie die WAZ-Gruppe mit Hauptsitz in Essen, die Unternehmensgruppe DuMont Schauberg in Köln oder das „Handelsblatt“ in Düsseldorf sind hier in Nordrhein-Westfalen zu Hause. Daneben prägen insbesondere regionale Verlage die aktuelle Zeitungslandschaft in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt haben mehr als 5.000 Unternehmen der Printmedien hier ihren Sitz.

Auch wenn NRW insgesamt über eine attraktive und vitale Zeitungslandschaft verfügt, so darf dennoch nicht übersehen werden, dass viele Verlage heute unter einem erheblichen Kostendruck stehen. Dennoch nimmt der Printbereich mit etwa 62.000 Beschäftigten und einem Beschäftigungsanteil von 20 % in der Medien- und Kommunikationsbranche in NRW immer noch einen hohen Stellenwert ein.

Wir sind froh, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen trotz diverser neuer Medienangebote auch weiterhin zahlreich nach den klassischen Printmedien wie Büchern und Zeitungen verlangen. Das stabilisiert den Zeitungsmarkt, der in den letzten Jahren ansonsten meist positiv in seiner Entwicklung verlaufen ist, dem allgemeinen Trend der Medienlandschaft dabei aber nicht immer entsprechen konnte. Er musste auch mit einer Art Umbruchsituation umgehen. Die Verlage haben

angemessen und zeitgemäß reagiert und die Entwicklung hin zu elektronischen Medien, zu zahlreichen Aktivitäten in Online-Medien und zu einem breiten Internet-Angebot genutzt.

Wir halten es für einen natürlichen Prozess der Marktwirtschaft, dass die Zeitungsunternehmen versuchen, durch die Ausweitung ihrer Tätigkeitsfelder, durch eine geeignete Fusion oder durch Kooperationsmodelle ihren wirtschaftlichen Bestand und ihre Zukunftsperspektiven im Wettbewerb zu sichern. Neben der marktwirtschaftlichen Ausrichtung halten wir die Bewahrung einer funktionierenden pluralistischen und qualitativ hochwertigen Zeitungslandschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen ebenfalls für sehr wichtig.

Deshalb ist es erforderlich, dass sich die Unternehmen zukunftsorientiert aufstellen und dabei zugleich trotz der nicht immer leichten Rahmenbedingungen ihren hohen journalistischen Anspruch auch in Zukunft aufrechterhalten. Die FDP-Landtagsfraktion hält es daher für wichtig, dass die Verlagsführungen ihre Redakteure und Leser vor größeren Veränderungen in ihrem Unternehmen ausreichend informieren und bei ihren Entscheidungen auf etwaige Argumente und Befürchtungen eingehen und sie bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen. Es sind letzten Endes aber unternehmerische Entscheidungen, und dennoch gilt: Diese Entscheidungen im sensiblen Bereich der Presse, die auch die Meinungsfreiheit betreffen, sollten die Öffentlichkeit interessieren.

In der Regel sind die zeitgemäßen Veränderungen von Traditionsverlagen positiv zu bewerten. Nicht selten zeigen die Beteiligung von Verlagen in den Bereichen wie Hörfunksendern oder der Einstieg in den Versandhandel und in das Briefgeschäft den Wandel der Zeit. Die einstigen reinen Verlagshäuser werden zu einer Art modernen Medienhaus. Dennoch stellen trotz der Veränderungen zumeist auch hier unverändert die Zeitungen als klassische Medien die wirtschaftlichen Säulen des Unternehmens dar und sichern die publizistisch verlegerische Vielfalt und Kompetenz.

Wichtig ist für die FDP-Landtagsfraktion zudem, dass für ausreichend Nachwuchs unter den für die deutsche Zeitungslandschaft wichtigen Verlagshäusern gesorgt wird. Als die geistigen Schöpfer und Verantwortlichen für Qualitätsjournalismus sind qualifiziert ausgebildete Redakteure unverzichtbar.

Hier gilt es etwa durch die Förderung von Schülerzeitungsprojekten und andere Wettbewerbe, den potenziellen Nachwuchs junger Medienschaf-

fender schon früh zum Recherchieren und Schreiben zu ermutigen. Ein Beispiel war der von Schulministerin Sommer initiierte Schülerzeitungswettbewerb zum Thema „60 Jahre Nordrhein-Westfalen“.

Ferner benötigt eine ansprechende und vielfältige Zeitungslandschaft eine breite Leserschaft. „Lesen bildet“ – dieser Satz ist heute unverändert zutreffend, so banal er sich anhören mag. Für viele Kinder und Jugendliche und manch einen Erwachsenen scheint es aber leider spannender zu sein, sich in der Freizeit mit neuen Medien wie Computerspielen und Podcasts oder dem guten alten Fernseher zu beschäftigen und dabei das Lesen zu verdrängen.

Wir halten es für wichtig, dass sich Nordrhein-Westfalen Gedanken darüber macht, wie die Leseförderung zukünftig stabilisiert und die Lesefreude, die Lust an Büchern und an der eigenen Sprache geweckt werden können. Zu nennen ist daher der Aktionsrahmen zur Förderung der Lesekultur von Kindern und Jugendlichen im außerschulischen Bereich mit verschiedenen Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung der Lesekultur oder Schulbesuche im Rahmen der „Leseinitiative NRW“; diese Initiative hat die Bildungsministerin von Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Terminen aktiv begleitet.

Zu nennen ist ferner die von den Verlagen dtv und Ravensburger ins Leben gerufene Initiative „Lesen macht Schule“. Jüngst hat Schulministerin Sommer zusammen mit dem Verlegerverband das zukunftsweisende Projekt zur Leseförderung „Zeitung 4 you“ gestartet, bei dem die neunten Klassen der nordrhein-westfälischen Hauptschulen in den nächsten vier Monaten morgens Zeitungen bekommen, um darin lesen zu können, darüber im Unterricht zu sprechen und das Gelesene dort zu reflektieren.

Hier wird die breite Vielfalt und die Eigenart der Zeitungen genutzt. Die Zeitung soll eine Einladung sein, in sie hineinzuschauen, zu lesen und dabei zu lernen. Ob Sport, Wirtschaft, Politik, Kultur, Vermischtes: Alle Inhalte einer Zeitung spiegeln das vielfältige Leben wieder.

Nun zu einem letzten Thema, das hier angesprochen werden sollte. Kritisch aus liberaler Sicht ist nämlich immer noch zu sehen, dass es zahlreiche Beteiligungen von Parteien an Presseunternehmen und Rundfunkstationen gibt. Ich würde mich sehr freuen, Herr Eumann, wenn Sie vielleicht die Gelegenheit ergreifen würden, diesen Punkt aus Ihrer Sicht darzustellen. Denn bekanntermaßen hat gerade die SPD-Medienholding dd_vg. mit ih-

rer Beteiligung an 14 Verlagen und 27 Hörfunkstationen von allen Parteien mit Abstand den größten Einfluss.

Man erinnere sich nur an den im Frühjahr 2004 erfolgten Kauf von 90 % der Anteile der „Frankfurter Rundschau“ durch die SPD-eigene Beteiligungsgesellschaft dd_vg., der damals auch die Öffentlichkeit beschäftigt hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sonst gäbe es die „Frankfurter Rundschau“ heute nicht mehr!)

Die historische Begründung für die Beteiligung von Parteien an Medien besteht heute aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion nicht mehr.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

In einem modernen demokratischen Rechtsstaat kommt den Medien unserer Auffassung nach viel eher eine entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung der Bevölkerung zu, die nicht von Parteien beeinflusst werden sollte. Die Kontrolle der Parteien durch die Medien und die Sicherung freier Medien sind Grundvoraussetzungen für ein freiheitliches Staatswesen. Die Ausübung von politischem Einfluss und die kritische Berichterstattung und Bewertung des politischen Handelns durch die Medien gehören unserer Ansicht nach nicht in eine Hand.

(Frank Sichau [SPD]: Für welche Verlage sprechen Sie jetzt eigentlich?)

Die Partei als Anteilseignerin kann ansonsten über die Besetzung von Chefredaktion und Geschäftsführung entscheiden. Welcher Chefredakteur kann in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis noch frei und unabhängig kommentieren und die Ausrichtung seines Blattes bestimmen?

Sinnvoll wäre hier aus unserer Sicht – diesbezüglich hatte ich meine Bitte an andere Medienpolitiker hier im Haus geäußert, dazu kurz Stellung zu nehmen –, zu einer wirtschaftlichen Selbstbeschränkung der Parteien zu kommen.

Die FDP-Landtagsfraktion steht für einen starken und modernen Medienmarkt, für einen starken und modernen Medienstandort Nordrhein-Westfalen, allerdings ausgerichtet an der Devise, die die Koalition der Erneuerung prägt: Privat vor Staat. – Denn so schaffen wir am besten Zukunft für unser Land. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum Zeitungsmarkt in Nordrhein-Westfalen enthält umfassendes und aktuelles Datenmaterial zu allen Einzelfragen, die gestellt wurden.

Aus der Vielzahl der aufschlussreichen Ergebnisse möchte ich folgende besonders hervorheben:

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Zeitungsland. 41 Zeitungsverlage verlegen 45 Tageszeitungen. Die Gesamtauflage der regionalen Abonnementzeitungen liegt derzeit jeden Tag bei 3,3 Millionen Exemplaren.

Typisch für die Zeitungslandschaft in unserem Land ist der starke lokale Bezug. Dies spiegelt sich in einer einzigartigen Dichte an Lokalredaktionen wieder: In Nordrhein-Westfalen gibt es 396 verschiedene Zeitungsausgaben. Rang 2 belegt Baden-Württemberg mit 249, Rang 3 Bayern mit 229 Ausgaben.

In den vergangenen Monaten haben einige Verlagshäuser Lokalredaktionen geschlossen. Die Landesregierung bedauert dies. Denn die Vielfalt im Zeitungsmarkt und eine ausführliche Lokalberichterstattung sind hohe Güter. Guter Lokaljournalismus ist ein Stück gelebte Demokratie in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

Gleichwohl gelten die Regeln der Marktwirtschaft auch für den Zeitungsmarkt, und glücklicherweise waren viele Redaktionsschließungen nicht mit Marktausstiegen verbunden, sondern dienten einer Neuaufstellung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Außerdem führen größere Erscheinungsgebiete für einzelne Lokalredaktionen nicht zwingend zu einer Verschlechterung der Berichterstattung.

An dieser Stelle möchte ich von der Landesregierung aus noch einmal Folgendes unterstreichen: Solche Anpassungsverfahren haben für die Mitarbeiter so abzulaufen, dass sie nicht alles andere als elegant daherkommen, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken. Demgegenüber bleiben wir dabei: Qualität sollte und wird nach unserer Überzeugung für den Erfolg im Markt maßgeblich bleiben.

Bei allen berechtigten Marktanpassungen plädieren wir grundsätzlich für die Beibehaltung unserer kleinräumigen Berichtsstruktur. Der Markt ändert sich rasant. Das belegt auch die Antwort auf die Große Anfrage. Die wirtschaftliche Talsohle ist zwar nach allgemeiner Einschätzung durchschritten; die erheblichen Einbrüche bei den Werbeum-

sätzen haben jedoch Wirkung gezeigt. Praktisch alle Zeitungshäuser sahen sich gezwungen, Kosten zu senken. Vielerorts führte das zum Abbau von Arbeitsplätzen. Zugleich ist der Druck auf die Verlage gewachsen, sich von traditionellen Zeitungshäusern zu Medienhäusern zu entwickeln, die verstärkt das Internet nutzen, um ihre Leser an sich zu binden und neue Leserkreise zu erschließen.

Gerade mit Blick auf die Lesegewohnheiten und Informationsbedürfnisse jüngerer Menschen ist das ausdrücklich zu begrüßen. Denn die Antwort auf die Große Anfrage macht deutlich, dass das Medium Zeitung von Jüngeren nun einmal deutlich weniger genutzt wird als von Älteren. Die höchsten Reichweiten erzielen die Tageszeitungen bei den über 70-Jährigen, von denen 83 % regelmäßig Zeitung lesen. Bei den 14- bis 19-Jährigen sind dies nur 49 %.

Vor diesem Hintergrund können umfangreichere, hochwertige und kreative Online-Angebote ein probates Mittel sein, um junge Leser neu für guten Journalismus zu interessieren. Kinder sind die Zeitungslerner von morgen. Je früher sie eine Zeitung kennenlernen, umso eher bleiben sie Zeitungsleser.

Die Landesregierung begrüßt daher, dass inzwischen mehr als die Hälfte aller Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen Zeitungsprojekte für Schulen anbietet. Die Landesregierung hat gemeinsam mit dem Zeitungsverlegerverband NRW im vergangenen Jahr das Projekt „Zeitung 4 You“ – wir schreiben jetzt immer die Ziffer 4, Herr Keymis – aufgelegt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das muss „4 du“ heißen! – Heiterkeit!)

Etwa 33.000 Schüler der neunten Klasse von Hauptschulen wurden über mehrere Wochen täglich und gratis mit den örtlichen Lokalzeitungen beliefert.

Begleitende Studien zeigen: Schon eine halbe Stunde Zeitunglesen pro Tag hat einen messbar positiven Einfluss auf das Allgemeinwissen, die Lesefähigkeit und ganz generell auf den Umgang mit Informationen.

Es ist unstrittig, dass solche Fähigkeiten in einer Wissensgesellschaft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Ich unterstreiche gerne, dass ich es auch als eine Einengung betrachte, wenn man nicht mehr so viel hört – sprich: Radio –, wenn man nicht mehr so viel liest – sprich: Zeitung – und sich stattdessen nur noch Bilder im Fernsehen beguckt.

Guter Journalismus lebt von gut ausgebildeten Journalisten. Bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Wege in diesen Beruf. Auch das zeigt die Antwort auf die Große Anfrage.

So haben zum Beispiel die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ihr Ausbildungsangebot in diesem Feld in den vergangenen zwei Jahren deutlich erhöht. In der Antwort auf die Große Anfrage vor zwei Jahren waren 16 Hochschulen aufgeführt, die entsprechende Studiengänge anboten. Heute sind es 26 Hochschulen. Insbesondere zusätzliche Fachhochschulausbildungen haben das Spektrum erweitert, sodass insgesamt 60 Studiengänge in Nordrhein-Westfalen im Bereich Journalismus absolviert werden können. Das Spektrum reicht vom klassischen Journalistikstudium über Mediendesign bis hin zu Sportpublizistik.

Da die Berufsbezeichnung „Journalist“ nicht geschützt ist, gibt es keinen vorgeschriebenen Ausbildungsweg. Derzeit haben 68,8 % der Journalisten einen Hochschulabschluss. Rund ein Viertel hat kommunikationswissenschaftliche Fächer studiert, 14 % eine Journalistenschule absolviert.

Die Landesregierung weiß um die große Bedeutung der Printbranche für unser Land und unternimmt alles in ihren Kräften Stehende, um ihr in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft gute Entwicklungsperspektiven zu ermöglichen. Deshalb haben wir mit dem Zeitungsverlegerverband auf Landes- wie auf Bundesebene eine intensive Zusammenarbeit vereinbart.

In den kommenden Monaten werden wir ausgiebig Gelegenheit haben, alle aktuellen medienpolitischen Fragen intensiv zu diskutieren. Damit meine ich zum Beispiel die Jahreshauptversammlung der nordrhein-westfälischen Zeitungsverleger am 26. April in Remscheid-Lennep, und damit natürlich das diesjährige Medienforum in Köln vom 18. bis 20. Juni. Dieses Medienforum wird

sich nicht nur intensiv mit der Mediensparte Print beschäftigen, sondern auch mit dem Zusammenwachsen der verschiedenen Medien und Informationskanäle. Diesen Diskussionen sieht die Landesregierung schon heute mit großer Spannung entgegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. – Dem widersprechen Sie nicht. Damit schließe ich die Beratung und stelle fest, dass die **Große Anfrage 3** der Fraktion der SPD **erledigt** ist.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich entlasse Sie jetzt nach Hause und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende mit möglichst wenigen Terminen und mehr Zeit für die Familie.

Damit Sie nicht in Versuchung kommen, überhaupt nicht mehr wiederzukommen: Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 28. März 2007, 10 Uhr, hier an gleicher Stelle.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:13 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.